

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 46 vom 19. November 1982

16. Jahrgang

1 DM

Im ersten Halbjahr 1982

Nettolöhne um 2,5 Prozent gesunken

In der letzten Woche wurde eine Berechnung der Arbeitskammer des Saarlandes bekannt, nach der die Nettolöhne von Januar bis Juni dieses Jahres um 2,5 Prozent gesunken seien. Damit habe sich der Trend der Jahre 1980 und 1981 nicht nur fortgesetzt, sondern deutlich verstärkt. Der von den Kapitalisten stets geforderte Lohnverzicht, der angeblich über höhere Profite neue Arbeitsplätze schaffen soll, findet bereits seit längerem statt — und hat offensichtlich für jeden gegenteilige Auswirkungen.

Die beamteten Statistiker des Saarlandes errechneten für die ersten sechs Monate dieses Jahres ein Ansteigen der Einkommen um 3,1 Prozent im Bundesdurchschnitt, womit der Durchschnittslohn eines Industriearbeiters auf Netto 1805 Mark anstieg. Der offizielle Preisanstieg machte aber schon 5,6 Prozent aus — da blieben also 2,5 Prozent des Lohns aus. Im ersten Halbjahr des Jahres 1981 hatten diese Zahlen ein Sinken des Reallohns um 1,5 Prozent, im Jahr davor um 0,7 Prozent ergeben. Im zweiten Halbjahr waren diese Verluste insgesamt jeweils noch leicht angestiegen. Auf 4,7 Prozent wurde der Nettolohnrückgang im Bundesdurchschnitt für die beiden letzten Jahre ausgerechnet — addiert mit den ersten sechs Monaten dieses Jahres also bereits eine Summe von über 7 Prozent.

Zur selben Zeit, im ersten Halbjahr 82, stieg das Einkommen aus Unternehmertätigkeit um 8,5 Prozent — nach Abzug der Inflationsrate bleiben noch runde drei Prozent an höherem Einkommen für die Reichen des Landes. Es sind nicht nur die Großbanken, die im ersten Halbjahr 82 Rekordgewinne machten (und dies in den folgenden vier Monaten noch gesteigert haben), es ist die Klasse der Kapitalisten insgesamt, die an der Krise auf Kosten der Arbeiterklasse verdient hat.

Und alles deutet darauf hin, wie es die Beamten von der Saar schon neutral sagen, daß sich diese Entwicklung fortsetzt, und seit Juli schon fortgesetzt hat.

Und je ärmer die Menschen sind, desto mehr Einkommensverluste haben sie hinzunehmen.

Die neue Bundesregierung ist nun angetreten, um diesen Kurs noch zu verschärfen. Während von den Arbeitern Lohnpause gefordert wird, ihnen angedroht wird, trotz Krankheit arbeiten zu müssen, wird den Empfängern von Sozialhilfe eine weitere Einkommens Kürzung rundweg diktiert: Zum 1. Juli 83 gibt es 2 Prozent „mehr“ basta.

In der Theorie heißt die Wirtschaftspolitik der Konservativen „je dicker der Kuchen für die Reichen, desto mehr Krümel für die Armen fallen vom Tisch“ — in der Wirklichkeit aber werden Netze eingebaut, damit die Krümel nicht runterfallen können.

Es wird gerade bei der ersten Lohnrunde unter der neuen Regierung besonders wichtig sein, ob es die Gewerkschaftsbewegung schafft, die Politik des Abbaus der wirklichen Löhne, der Kaufkraft, Widerstand zu leisten, oder ob man diesen — beschleunigten — Kurs weiterhin hinnehmen muß. Auf daß die Reichen reicher werden. Und die Armen ärmer.

WAA bei Gorleben geplant

Bauernprotest gegen Atomfabrik

Mit einem eindrucksvollen Demonstrationszug, in dem fast 300 Tractor mitfuhren, protestierten am Samstag — aufgerufen von der Bäuerlichen Notgemeinschaft — 2000 Menschen im niedersächsischen Dannenberg gegen den geplanten Bau einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage (WAA) im Landkreis Lüneburg-Dannenberg.

Schon vor Jahren hatte die Regierung Albrecht bei Gorleben ein „nukleares Entsorgungszentrum“ bauen wollen, das die Wiederaufbereitung von abgebrannten Kernbrennstäben mit der Endlagerung von Atom Müll kombinieren sollte. Dieses Projekt war am massiven Widerstand der Bevölkerung gescheitert. Albrecht selbst bezeichnete es als „politisch nicht durchsetzbar“.

Bei Gorleben wird gegenwärtig ein Zwischenlager für Atom Müll gebaut; außerdem wird weiter „geprüft“, ob sich die Salzstöcke in diesem Gebiet auch für eine Endlagerung eignen. Und jetzt will Albrecht

also darüber hinaus doch noch eine WAA bauen lassen. Die Atomfabrik soll zwar nicht am ursprünglich vorgesehenen Standort Gorleben errichtet werden, sondern bei dem etwa 30 Kilometer entfernt liegenden Ort Dragahn. Die Planung der Atomindustrie und der Regierung in Hannover läuft jedoch eindeutig darauf hinaus, ein Entsorgungszentrum, wie es vor Jahren angestrebt war, aufzubauen.

Ob diese Pläne jetzt „politisch durchsetzbar“ sind, ist allerdings fraglich. Die Demonstration vom letzten Samstag war erst der Auftakt einer ganzen Reihe von Protestaktionen.

Begin lügt

JERUSALEM. — Die Entlarvung Begins als Lügner geht weiter, die Beweise für die Mitschuld der zionistischen Aggressionstruppen an den Massakern im Libanon häufen sich. Dieser Tage bestätigte ein ranghoher israelischer Offizier, daß Begin bereits am Morgen des 18. September von den Vorgängen gewußt hat.

Vor dem Untersuchungsausschuß hatte Begin — der dort sehr schonend behandelt wurde — behauptet, erst am Nachmittag des 18.9. aus dem Radio zum ersten Mal überhaupt etwas von dem Massaker gehört zu haben. In Wahrheit hatte er bereits um 10.30 Uhr dieses Tages mit dem israelischen Generalstabschef Eytan in dieser Angelegenheit telefoniert und wußte Bescheid. Das erklärte am Sonntag der Chef des Büros des israelischen Generalstabs in Bei-

rut, Oberst Zaharin; Eytan hatte von ihm direkt nach dem Gespräch mit Begin eine Erklärung über die Vorgänge im Gaza-Krankenhaus verlangt. Er sagte darüber hinaus, die Falangisten hätten am 19. September vor General Eytan zugegeben, daß ihre Leute für das Massaker verantwortlich waren; eine öffentliche Erklärung in diesem Sinne hätten sie aber abgelehnt, um nicht die libanesischen Präsidentschaftswahlen zu behindern.



Verboten? — Am Dienstag wurde bekannt, daß der Polizeipräsident von Bonn die für den 4. Dezember vom Verband Deutscher Studentenschaften geplante Demonstration gegen den Kahlschlag bei der Bafög-Förderung verbieten will. Die erwarteten 60.000 Teilnehmer mußten als Begründung dafür herhalten: Sie würden ein Verkehrschaos verursachen, meinte der noble Herr Polizeigeneral. Das scheint seit neuestem die größte Sorge der Polizeipräsidenten aller Städte zu sein: In München war dies ja Teil der Verbotsbegründung gewesen zum Jahrestag des Attentats auf dem Oktoberfest. Eine wirkliche Provokation, die zunichte gemacht werden muß!

Kampf für Reallohnsicherung vorbereiten!

IGM-Vertrauensleute: 200 Mark mehr!

WESTBERLIN/HANNOVER. — Während die Regierung der schwarzen Reaktion in Bonn ihren provokatorischen Ruf nach einer Lohnpause erneuerte, haben in den Betrieben Vorbereitungen für den Kampf um Reallohnsicherung begonnen. Im BMW-Motorradwerk in Westberlin und bei der Berstorff Maschinenbau GmbH in Hannover sprachen sich die Vertrauenskörper der IG Metall für eine Lohnforderung von 200 Mark aus.

Auch aus anderen Betrieben werden Lohnforderungen von IGM-Betriebsfunktionären gemeldet. Die Vertrauensleute der Honeywell GmbH in Maintal verlangen eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 10 Prozent, mindestens aber 180 Mark. Bei der diesem Beschluß vorausgegangenen Diskussion herrschte Einmütigkeit darüber, daß angesichts der Lohnverluste der letzten Jahre und der Leistungssteigerungen eigentlich eine Erhöhung der Löhne um 17 Prozent notwendig sei.

Bei Siemens in Erlangen sprachen sich die IGM-Vertrauensleute für 100 Mark plus 5 Prozent als Lohnforderung aus. Die Siemens-Kollegen halten für

die Auszubildenden eine Erhöhung der Vergütung um 60 Mark für notwendig. Die gleiche Forderung für die Auszubildenden hatten auch die BMW-Vertrauensleute in Westberlin aufgestellt.

Angesichts der seit Wochen laufenden massiven Propagandakampagne gegen Reallohnsicherung von seiten der Unternehmer und ihrer Bonner Wunschregierung ist es für die aktiven Gewerkschafter an der Zeit, nun mit aller Kraft den Lohnkampf vorzubereiten. Neben der Aufstellung der entsprechenden Forderungen müssen alle Vorkehrungen für einen harten Arbeitskampf getroffen werden (siehe auch Seite 5).

Diese Woche

Arbeitsplatzkiller

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei ihre vorrangige Aufgabe, sagt die neue Bonner Regierung. Aber jetzt werden Prämien an Unternehmen für die Stilllegung von Betrieben gezahlt. Seite 3

Betriebsbesetzung

Interview mit einem Betriebsrat der Drahtseilfabrik Heckel in Saarbrücken, die seit Wochen von Arbeitern besetzt ist. Seite 5

Bachmeier-Prozeß

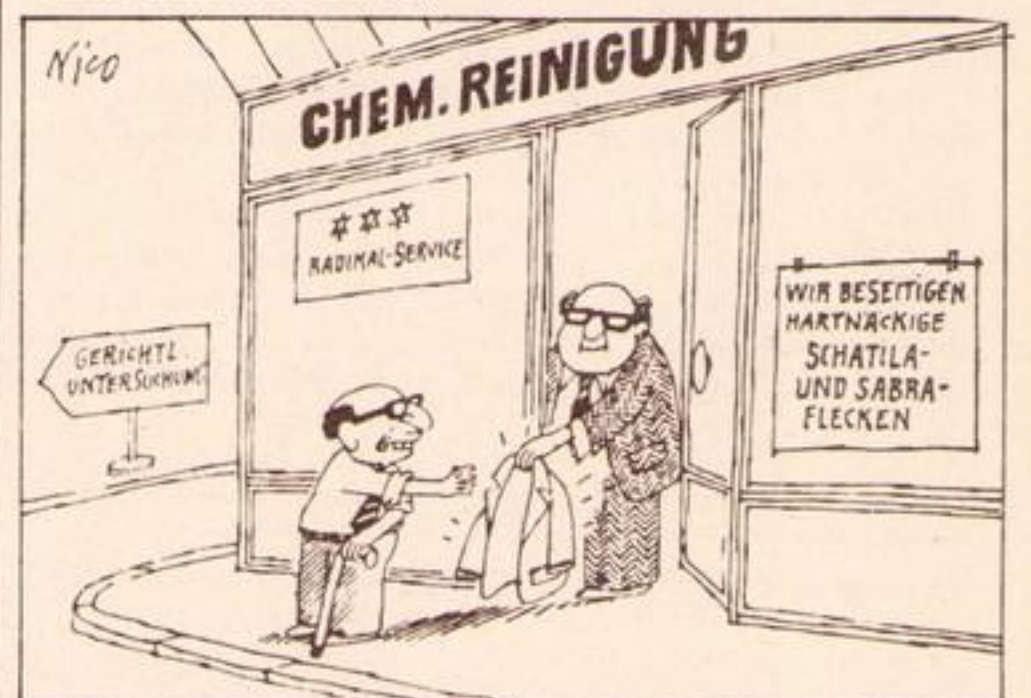
In Lübeck steht Marianne Bachmeier, die den mutmaßlichen Mörder ihrer Tochter erschossen hat, vor Gericht. Kommentar auf Seite 6.

Wahl in Brasilien

Mit massivem Terror und vielfältiger Wahlbehinderung haben die regierenden Generäle in Brasilien versucht, einen Erfolg der Opposition zu verhindern. Seite 10

Flick-Spendenaffäre

Die Ermittlungen gegen Graf Lambsdorff und andere wegen Bestechung gehen weiter. Aber nach wie vor schweigt sich der Minister zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen aus. Seite 12



Vor dem Ausschuß sprach auch Ariel Kenes, der am 17. September im Außenministerium Dienst tat. An diesem Tag habe ihn ein Amtskollege in Beirut angerufen, den der amerikanische Nahost-Beauftragte Morris Draper auf die Vorgänge im Gaza-Krankenhaus angesprochen hatte — Draper sei vom libanesischen Regierungs-

schaft Wazzan informiert worden, daß dort israelische Soldaten libanesischen Verletzte ermordet hätten.

Bei Redaktionsschluß lag noch keine Stellungnahme aus Jerusalem zu diesen Enthüllungen vor. Die Massenmörder brauchen Zeit, sich neue Rechtfertigungen auszudenken.

Kommentar der Woche

Bevor sich der neue Bundeskanzler nach Washington aufmachte, waren seine Mitarbeiter eifrig darum bemüht, den Eindruck zu verwischen, hier würde der Bonner Vasall seinem Herrn die Aufwartung machen. „Der wird auch mal nein sagen“, beteuerte etwa ein Kohl-Vertrauter, „und wenn er beim Essen mit dem Präsidenten den Mais ablehnt“.

Nun, beim Mais dürfte es denn wohl auch geblieben sein. Und es konte ja auch niemand ernsthaft erwarten, daß sich ein Kanzler, der die NATO erst jüngst in seiner Regierungserklärung den „Kernpunkt deutscher Staatsräson“ nannte, bei irgendeiner wesentlichen Frage in einen Gegensatz zum US-Präsidenten bringen würde. Über eine solche grundsätzliche Unterwerfung unter den Kurs der Reagan'schen Außenpolitik konnten auch einige für Kohl günstige Begleiterscheinungen seines USA-Besuchs nicht hinwegtäuschen: die von Reagan verfügte Aufhebung der Sanktionen gegen das Erdgas-Röhren-Geschäft beispielsweise oder Weinbergers Verzicht auf die sonst von ihm gewohnten lautstarken Forderungen nach höheren Militärausgaben der Bundesrepublik.

Kohl bei Reagan

Was die Aufstockung des westdeutschen Beitrags zur NATO-Rüstung betrifft, so hat die neuen Regierung in ihrem jetzt vorgelegten Haushaltsentwurf hier ja schon deutliche Vorleistungen erbracht. Andererseits waren die Reagan und Weinberger natürlich auch bemüht, im Hinblick auf mögliche Wahlen im Frühjahr ihren Wunschkanzler Kohl nicht allzu offensichtlich unter Druck zu setzen.

Und was das Erdgas-Röhren-Geschäft betrifft, hat Reagan hier keineswegs einen vollständigen Rückzug angetreten. Denn der Verzicht auf weitere Sanktionen gegen die an diesem Geschäft beteiligten Firmen war verknüpft mit der Aufstellung neuer, verbindlicher Richtlinien, nach denen nun die gesamte NATO einheitlich den von Reagan proklamierten Wirtschaftskrieg gegen das sowjetische Imperium führen soll (Kürzung von Krediten an RGW-Länder, Beschneidung des Technologie-Exports usw.).

Sicher wird Washington noch erhebliche Schwierigkeiten damit haben, diese Richtlinien im westlichen Militärpakt auch durchzusetzen. Aber — und das ist ein entscheidender Faktor — die Bonner Regierung steht, anders als unter Schmidt, nun auch in dieser Frage ohne jedes Lavieren hinter den Reagan-Leuten.

Und das Gleiche gilt für die Raketenfrage. Hier hat, schon vor Kohls Besuch in den USA, Kriegsminister Wörner — der als erstes Mitglied der neuen Bonner Regierung bei Reagan war — klare Verhältnisse geschaffen. Er sagte nämlich, wenn bei den Genfer Verhandlungen über die atomaren Mittelstreckenwaffen bis zum Herbst nächsten Jahres keine Einigung erzielt sei, dann müßte unverzüglich mit der Stationierung der neuen US-Raketen begonnen werden — die Verhandlungen könne man dann ja auch nach der Aufstellung der Pershing 2 und Cruise missiles weiterführen.

Damit sind nun auch die letzten Bonner Vorbehalte gegen die Stationierung aufgegeben worden. Die Kohl-Regierung hat mit dieser Erklärung die Reagan-Leute von jeglichem Zeitdruck bei den Verhandlungen befreit. Sie hat ihnen grünes Licht für die Weiterführung ihrer Verzögerungstaktik in Genf gegeben. Die Verhandlungen zwischen Washington und Moskau über die Mittelstreckenraketen in Europa waren ja von Beginn an nur eine Farce. Nun aber ist die Stationierung der Raketen vollends vom Ergebnis dieser Verhandlungen abgekoppelt worden; jetzt hat Reagan aus Bonn den Blanko-Scheck für die Aufstellung der neuen Vernichtungswaffen auf dem Boden der Bundesrepublik bekommen.

Wie Kohl schon sagte: Die NATO — und damit die strategischen Interessen des US-Imperialismus — sind für seine Regierung der „Kernpunkt deutscher Staatsräson“. Und dazu gehört es eben auch, ohne jedes Zögern und Taktieren aus diesem Land eine einzige Abschußrampe für amerikanische Atomraketen zu machen. Dankenswerterweise aber haben die neuen Leute in Bonn auch deutlich gemacht, daß sich die langfristigen Interessen derjenigen Kräfte des westdeutschen Großkapitals, die hinter ihnen stehen, durchaus mit den amerikanischen Atomkriegsplänen decken. Wenige Monate vor dem Sturz der Schmidt-Regierung nämlich schrieb der frühere Minister Windelen im Pressedienst der CDU-Bundestagsfraktion: „Wir brauchen eine Politik, die deutlich macht: auch Ostpreußen ist deutsches Land“.

Detlef Schneider

Haushaltsdebatte im Bundestag

Stoltenberg kündigt weitere Kürzungen an

Unions-Politiker beschimpfen Gewerkschaften

Finanzminister Stoltenberg hat in der vergangenen Woche den Haushaltsentwurf der Kohl-Regierung für 1983 im Bundestag vorgetragen. Die Sprecher der neuen Koalition verteidigten die darin enthaltenen sozialreaktionären Maßnahmen und machten keinen Hehl daraus, daß sie in diesen Maßnahmen nur den Beginn einer groß angelegten Umverteilungsaktion zugunsten des Kapitals sehen.

Der 83er Haushalt soll ein Volumen von 253,84 Milliarden Mark haben, das damit um etwa zwei Prozent größer wäre als von der früheren Regierung ursprünglich geplant war. Um fast fünf Prozent gegenüber den Planungen der Schmidt-Regierung wird aber der Rüstungshaushalt aufgestockt. Er soll im nächsten Jahr 46,18 Milliarden Mark umfassen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die

bis zu neun Prozent liegen könnte.

Während so immer neue Milliarden in die Rüstung fließen, wird den Werktätigen — und gerade den ärmsten Bevölkerungsschichten — immer mehr genommen. Stoltenberg bezifferte die Einsparungen im sozialen Bereich auf 5,65 Milliarden Mark. Betroffen davon sind alle Arbeiter und Angestellten durch die Erhöhung des Bei-

trags seit dem Machtantritt der schwarzen Reaktion auch nicht mehr um eine Bemäntelung dieser Tatsache. Denn die einzige „soziale Komponente“ im neuen Haushalt, eine fünfprozentige Zwangsanleihe bei Besserverdienenden, ist wahrlich nicht dazu angetan, den Schein einer „gerechten Verteilung der Lasten“ vorzuspiegeln. Die Anleihe wird nämlich in wenigen Jahren auf Heller und Pfennig zurückgezahlt.

Stattdessen können die Reichen und Superreichen im nächsten Jahr auf erneute Steuervergünstigungen rechnen, beispielsweise durch die Senkung der Gewerbesteuer. Und vor allem das Monopolkapital wird durch gezielte Subventionen „gefördert“ — so sind etwa gerade jetzt erneut 600 Millionen Mark für die Forschungsreaktoren schneller Brüder und HTR bewilligt worden; Hauptprofiteur dieses warmen Geldregens ist der Siemens-Konzern.

Von den großspurigen Ankündigungen der CDU/CSU, sie wolle die Staatsverschuldung begrenzen, ist nichts übrig geblieben. Nach Stoltenbergs Haushaltsentwurf wird die Neuverschuldung des Bundes im nächsten Jahr die Rekordhöhe von 41,5 Milliarden Mark erreichen. Angesichts immer noch extrem hoher Zinsen ein sattes Geschäft, vor allem für die Großbanken. In welchem Maße sie sich an den in erster Linie durch die Steuern der Werktätigen erbrachten Staatseinnahmen mästen, zeigt die Tatsache, daß der Bund im nächsten Jahr an die Banken und andere Kreditgeber die riesige Summe von 31 Milliarden Mark zahlen muß. (1982 betrug die Bundes-schuld noch 25 Milliarden Mark; eine Steigerung also von fast 24 Prozent.)

So sieht also die Haushaltspolitik der neuen Regierung aus. Und selbst diese jetzt in Gang gebrachte Umverteilungsaktion

Angesichts dieser Drohungen wäre es die Aufgabe einer wirklichen Opposition gewesen, dem Kohl-Regierung ein Programm zur Sicherung des Besitzstandes der Werktätigen entgegenzusetzen. Die Sprecher der SPD wiesen zwar darauf hin, daß die von Stoltenberg vorgetragenen Maßnahmen eine nachhaltige Schwächung der Kaufkraft und somit letztlich auch eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit bedeuten würden. Aber in den praktischen Konsequenzen setzt die SPD in der Opposition nur die Linie der unter Schmidt betriebenen Regierungspolitik fort. Und dazu gehört die grundsätzliche Anerkennung der „Notwendigkeit“ von Sparmaßnahmen im Sozialbereich ebenso wie die Tatsache, daß der Rüstungshaushalt für die SPD nach wie vor tabu ist oder der Umstand, daß die SPD für angeblich investitionsfördernde Steuergeschenke an die Unternehmer eintritt, statt im Gegenteil eine höhere Besteuerung der Konzerngewinne zu fordern.

Dabei ist konsequenter Widerstand gegen die Politik der schwarzen Reaktion notwendig. Das machte auch ein anderer Aspekt der Haushaltsdebatte letzte Woche deutlich. In einer Art, wie man sie im Bundestag noch nicht erlebt hat, wurden dort nämlich auch die umfassendsten Organisationen der Werktätigen, die Gewerkschaften, angegriffen und beschimpft. Einer nach dem anderen traten die Politiker der Strauß-Partei ins Rednerpult und starteten ihre Attacken gegen die großen gewerkschaftlichen Demonstrationen der letzten Wochen. Alfred Dregger, in Hessen gescheitert und jetzt Fraktionsführer der CDU in Bonn, sprach dem DGB ab, für die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten zu sprechen. Denn diese Mehrheit, so Dregger, zeige Bereitschaft zu „sinnvollen Opfern“, während der DGB „unangemessene“ Demonstrationen organisiere. Der Abgeordnete Müller aus Remscheid (CDU) pöbelte gegen die Kundgebungssprecher, denen er einen „unverschämten Ton“ vorwarf. Und natürlich war es der Arbeitsminister Norbert Blum, der dem die Krone aufsetzte. Er hetzte, die Gewerkschaften — und hier nannte er ausdrücklich die IGM, deren Mitglied er übrigens immer

Gemeinsam tragen Groß und Klein



wirklichen Militärausgaben noch wesentlich höher sind. Zählt man nämlich die entsprechenden in anderen Haushalts-posten versteckten Ausgaben zu der im offiziellen Verteidigungsetat ausgewiesenen Summe hinzu, kommt man auf Rüstungsausgaben in der gewaltigen Höhe von 70 Milliarden Mark.

Der neue Kriegsminister Wörner hatte bei seiner Amtseinführung getönt, er wolle — nachdem die Waffensysteme solange im Mittelpunkt gestanden hätten — nun wieder den Menschen in der Bundeswehr in den Vordergrund rücken. Aber natürlich denkt Wörner nicht im Traum daran, die gigantischen Beschaffungsprogramme, an denen sich die Rüstungskonzerne goldene Nasen verdienen, einzugrenzen und damit Mittel für die Verbesserung der sozialen Lage der Soldaten freizumachen. Im Gegenteil: Innerhalb des Rüstungshaushalts sind vielmehr Umschichtungen zugunsten weiterer Waffenkäufe vorgenommen worden, und den Soldaten werden beispielsweise die Essenszuschüsse oder die Beiträge zur Rentenversicherung gekürzt.

Trotz der enormen Aufblähung des Militärhaushalts bei gleichzeitigem sozialen Kahlschlag, ist das letzte Wort hier noch nicht gesprochen: Wörner kündigte jetzt schon an, daß Mehrausgaben für die Bundeswehr im nächsten Jahr wahrscheinlich seien, und er ließ durchblicken, daß die wirkliche Erhöhung des Rüstungshaushalts gegenüber 1982 nicht bei 4,8 Prozent — wie im jetzt von Stoltenberg vorgelegten Entwurf vorgesehen —, sondern bei

trags zur Arbeitslosenversicherung von 4 auf 4,6 Prozent und die Erhöhung der Rentenversicherungsbeitrags von 18 auf 18,5 Prozent. Von den Rentnern wird im nächsten Jahr ein Krankenkassenbeitrag von einem Prozent verlangt, zugleich wird die Anpassung ihrer Renten um ein halbes Jahr verschoben.



DGB-Demonstration in Stuttgart

Durch den weiteren Abbau der Leistungen für Arbeitslose werden diesen Opfern der kapitalistischen Krise 1,26 Milliarden Mark geraubt. Und vom Wohngeld bis zum Bafög — überall wütet der Rotstift.

Darüber hinaus werden alle Werktätigen zusätzlich belastet durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen weiteren Prozentpunkt, die drastische Preiserhöhungen nach sich ziehen wird. Den Armen nehmen, den Reichen geben — nach diesem Motto wird in Bonn Haushaltspolitik gemacht. Und man

zugunsten der Reichen und des Großkapitals soll erst ein bescheidener Anfang sein. Stoltenberg erklärte in seiner Haushaltsrede, daß der Tiefpunkt des „wirtschaftlichen Niedergangs“ noch nicht erreicht sei. Deshalb könne die Kombination von Sozialkürzungen und Anreizen für die Unternehmer nur ein erster Schritt sein, dem „weitere zu folgen haben“. Einmal mehr haben die neuen Herren in Bonn also deutlich gemacht, daß sie den totalen sozialpolitischen Kahlschlag, den weitgehenden Abbau aller sozialen Sicherungssysteme wollen.

noch ist — würden „Arbeiterverdrummung“ betreiben und die Basis mit „Falschmeldungen“ über die Regierungspolitik zu Demonstrationen mobilisieren.

Es zeigte sich also auch hier wieder, daß die neuen Leute in Bonn, die vom Großkapital gewünschte Politik in einer aggressiven Konfrontation gegen die Gewerkschaftsbewegung durchsetzen wollen. Und gegenüber einem solchen Kurs darf es kein Zurückweichen geben; nur durch Entfaltung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel ist er zu stoppen.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Lambsdorffs Konzept wird immer klarer:

Stilllegungsprämien aus Bonn

Arbeitsplatzvernichtung soll angekurbelt werden

Die Diskussionen und Berichte um den ARBED-Konzern, dessen Werke an der Saar und um die — über den Eschweiler Bergwerksverein — ebenfalls zur ARBED gehörende Zeche „Erin“ in Castrop-Rauxel haben eines deutlich gemacht: Daß die Bonner Wirtschaftspolitik in bezug auf von der Krise erfaßte Großbetriebe eindeutig verschärft wird. Stilllegungsprämien, wie in den sechziger Jahren, sind angesagt.

Was schon im Oktober, in der Stahldebatte, im Bundestag gesagt worden war, das wurde jetzt, in einer aktuellen Fragestunde nochmals unterstrichen: Die versprochenen 60 Millionen Mark für Erin gibt es nur im Falle der Schließung. Schon vorher waren 115 Millionen für ARBED an eine Bedingung geknüpft worden: Vernichtung von 5000 Arbeitsplätzen.

Diese „neue“ Politik stellt gerade für solche Gebiete, die ohnehin von ihrer Wirtschaftsstruktur her stark auf Kohle und Stahl ausgerichtet sind, wie das Ruhrgebiet und die Saar, eine akute Bedrohung dar.

Sicherlich: Auch die Zuschüsse der bisherigen Bundesregierung wurden von den Kapitalisten zur weiteren Vernichtung von Arbeitsplätzen eingesetzt. Aber da gab es Fortführungspläne, Sozialpläne und andere Dinge, die speziell dafür da waren, eventuellen Unmut einigermaßen zu dämpfen. Heute bezieht die neue Bundesregierung immer offener eine entgegengesetzte Haltung, fordert sie die Kapitalisten zur vermehrten und beschleunigten Vernichtung von Arbeitsplätzen auf.

Das ist die Einleitung einer offenen „Sanierungskampagne“ wie man sie vor allem aus Großbritannien und den USA kennt, wie sie aber auch in Belgien, den Niederlanden und Dänemark praktiziert werden soll und bereits wird. Einer Kampagne, die im nationalen Maßstab die Arbeitslosigkeit entscheidend vermehrt, wenn sie nicht auf entschlossenen Widerstand trifft.

Diese Politik ist die konsequente Fortführung der kapitalistischen Theorie zur Krisenbewältigung, die alleine in den Gewinnen der Betriebe, im Profit auf das eingesetzte Kapital, den Weg zu einer — im eigenen Sinne — „Gesundung der Wirtschaft“ sieht. Unrentables — sprich Bereiche, die weniger Profit machen als andere — müssen geschlossen werden, das

dürfe nicht künstlich verhindert werden, sondern müsse im Gegenteil beschleunigt werden, so lautet diese Theorie. Eine Roßkur sozusagen, wobei das Roß, auf dem geritten wird, die Arbeiterschaft sein soll.

Die diesbezüglichen Bekundungen Lambsdorffs sind in den letzten Wochen immer deutlicher geworden. Hatte man zunächst noch im Fall Erin der Meldung widersprochen, daß da mit einer Stilllegungsprämie gehandelt werde, so bleibt der Widerspruch inzwischen aus. Statt-

Widerstand entgegenzusetzen. Aber ist dies von einem Adolf Schmidt, Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, wirklich zu erwarten? Natürlich macht er jetzt große Worte, er ist ja schließlich der „starke Mann aus Bochum“. Aber stark war er bisher nur in zwei Fällen: Wenn es gegen linke Opposition in der eigenen Gewerkschaft (oder sonstwo im DGB) ging, und bei der Politik der Klassenzusammenarbeit, der verständnisvollen Bereitschaft, Maßnahmen der Kapitalisten und des Staates

position stehe, so ist dies nicht nur seine Unterschrift unter das Todesurteil für Erin und die 3800 Arbeitsplätze in Castrop. Bei so einer Haltung, seine bisherige Politik beachtend, steht stark zu vermuten, daß diesem letzten Zugeständnis ein allerletztes, dann ein allerallerletztes usw. folgen werden. Und was sollen Phrasen wie, daß die Bergleute sich im Stich gelassen fühlen und „diese Behandlung durch die Nation nicht verdient“ hätten? Ist denn ein Kapitalist die „Nation“? Oder die Regierung? Hat denn die Nation über Zechenschließungen etwa zu entscheiden? Da soll von Beginn an verwischt werden, wer schuld hat.

Konsequenterweise spricht er bei praktischen Dingen dann auch über nichts anderes als über die sogenannte „Kohlerunde“, die für den 9. Dezember bei Lambsdorff vorgesehen ist. Dort werden dann die Probleme des Steinkohlebergbaus — nicht etwa der Bergarbeiter — im „nationalen Sinne“ geklärt werden. Wobei sich nebenbei noch die Frage erhebt, wie lange Schmidt selbst von diesen Plänen schon wußte, wenn selbst ein Stadtrat der FDP in Castrop jetzt sagte, er wisse schon seit Juli Bescheid und habe geschwiegen, um „keine Aufregung“ entstehen zu lassen. Dieser FDP-Mann sitzt aber längst nicht so dick in verschiedensten Gremien der Kohleindustrie wie Adolf Schmidt, dem es zuzutrauen wäre, daß ihm die Ruhe wichtiger war als alles andere.

Manch einer mag sich nun im übrigen fragen, ob nicht die Politik Schmidts an der Spitze der IGBE, mit seiner bedingungslosen Unterstützung der AKW-Pläne der Siemens und Co., nicht einen wesentlichen Teil dazu beigetragen hat, daß es eine Absatzkrise für Kohle gibt...

Für die Bergarbeiter jedenfalls wäre es entscheidend wichtig, daß sie die Beeinflussung durch die IGBE-Führer, man solle die da oben nur machen lassen, allmählich ablegen, um wirklich mit ihrer Gewerkschaft Widerstand leisten zu können gegen ein Konzept, das ganze Landstriche wirtschaftlich vernichten könnte, das die Massenarbeitslosigkeit entscheidend steigern würde.

Denn wenn es für Entlassungen auch noch direkt Prämien gibt, ist dies ein doppelter Anreiz für die Kapitalisten es zu tun...



Junge Bergleute vor Erin nehmen die Nachricht über Stilllegung mit Betroffenheit entgegen — Widerstandsaktionen der IGBE wurden von ihnen nicht erwartet.

dessen heißt es jetzt: „Der Bergbau muß mit dem Absatzrisiko selbst fertig werden.“

In der ersten großen Wirtschaftskrise der Bundesrepublik, Mitte der sechziger Jahre, hatten die Kapitalisten schon einmal Milliardenbeträge für die Flutung von Zechen erhalten. Für das Eröffnen neuer Zechen gab es dann später ebenfalls Prämien. Aber damals gab es beispielsweise noch ein neues Automobilwerk in Bochum, das Tausenden ehemaliger Kumpel wenigstens einen neuen Arbeitsplatz anbieten konnte — heute ist davon weit und breit nichts zu sehen.

Um so entscheidender ist es, solchen Plänen von Anfang an

zu unterstützen, was man in Zeiten besserer Konjunktur einigermaßen versüßen konnte.

„Energischer Widerstand gegen jeden Kapazitätsabbau“ würde geleistet werden, betonte Schmidt jetzt, was beispielsweise von der DKP groß herausgestrichen wird. Ist aber so etwas von Schmidt wirklich zu erwarten (um Leute wie seinen Stellvertreter, den Major Niggemaier, einmal beiseite zu lassen)?

Zwei von Schmidts eigenen Aussagen sprechen dagegen. Wenn er jetzt, wo die Schließung von Erin ansteht, groß tönt, daß dann aber keine der 36 noch bestehenden Zechen mehr zur Dis-

Grundsätzen als Gewerkschaft. Nicht nur, weil die Neue Heimat ein schwerer finanzieller Klotz am Bein der Gewerkschaft geworden ist; mehr noch in moralisch-politischer Hinsicht.

Wenn die NH-Beschäftigten jetzt wegen der unverschämten Angriffe der Geschäftsleitung gegen ihre berechtigten Interessen auf die Barrikaden gehen, wenn sie Protest- und Kampfmaßnahmen durchführen, so ist das vollkommen berechtigt und auch notwendig. Gewiß: es ist ein trauriges Kapitel, daß der Gegner dabei DGB heißt. Solche Konflikte müssen dem Ansehen unserer Gewerkschaften schaden. Aber die Verantwortung dafür liegt einzig und allein bei den DGB-Bonzen und NH-Bossen, die ihre kapitalistische Politik mit unseren Gewerkschaften betreiben!

Übrigens: Von Opfern und Streichungen beim Management der NH und der anderen DGB-Großunternehmen hat man bislang nichts gehört. Auch davon nicht, daß Loderer, Pfeiffer und andere, die mit Hilfe der DGB-Konzerne ihren Wohlstand mehren konnten, zur Kasse gebeten werden.



Stahlarbeiter-Abschluß soll jetzt prämiert werden.

IGM-Vertrauenskörper bei BMW in Westberlin

Antrag auf Ausschluß von Norbert Blüm aus der IG Metall

Am 10. November schickte der IGM-Vertrauenskörper des BMW-Motorrad-Werkes in Berlin-Spandau den untenstehend im Wortlaut wiedergegebenen Ausschlußantrag an die Verwaltungsstelle Berlin der IG Metall. Der Antrag fordert den Ausschluß des neuen Bundesarbeitsministers Norbert Blüm aus der IG Metall. Norbert Blüm ist in Westberlin als Mitglied eingetragen. Der Vertrauenskörper der IGM bei BMW/Berlin verabschiedete den Antrag am 9.11.82 ohne Gegenstimmen bei einigen Enthaltungen.

Aus der Presse haben wir erfahren, daß die Vertrauensleute der IG Metall bei den Krupp-Stahlwerken Südwestfalen in Dillenburg, einen Ausschlußantrag gegen den neuen Arbeitsminister, Norbert Blüm, gestellt haben, der als Mitglied der IG Metall skandalöserweise einen allgemeinen Lohnstopp für ein halbes Jahr verlangt hat. In diesem Antrag heißt es (auszugsweise):

„Wenn Herr Blüm recht hätte, müßte doch die Arbeitslosigkeit durch die letzten Tarifabschlüsse, die weit unter den Preissteigerungsraten lagen, längst beseitigt sein. Hat Herr Blüm eigentlich nicht gemerkt, bzw. sich darüber informiert, daß bei weitaus schlechteren Sozialleistungen und niedriger Kaufkraft in den USA, in England die Arbeitslosigkeit steigt und nicht fällt? (...) Die IG Metall ist nach Meinung der Vertrauensleute immer noch eine Kampforganisation und kein Streichorchester. Wir sind der Meinung, daß Herr Blüm im Arbeitgeberverband wohl besser aufgehoben ist, als in der IG Metall.“

Nach der Entscheidung des Vorstands der IG Metall, in der nächsten Tarifrunde für Reallohnsicherung zu kämpfen, schlägt die öffentliche Aufforderung zu einer Lohnpause allen Arbeitnehmern in der Metallindustrie direkt ins Gesicht, sabotiert von vornherein die nächste Tarifrunde zugunsten der Interessen des Kapitals.

Eine Lohnpause ist nicht nur wirtschaftlich unsinnig, weil weitere Kaufkraftverluste nur die Arbeitslosigkeit fördern,

sondern Norbert Blüm betreibt damit regierungsamtlich auch einen Angriff auf die Tarifautonomie überhaupt. Wenn Norbert Blüm darüberhinaus auch noch öffentlich überlegt, die IG Metall in kleine Branchengewerkschaften aufzuspalten, so wird sein gewerkschaftsschädigendes Verhalten zu einem Generalangriff auf die IG Metall als Einheitsgewerkschaft. Solch eine Politik haben wir bisher nur von Gewerkschaftsfeinden, wie Herrn Strauß und seinen Leuten, kennengelernt, zu denen sich Norbert Blüm jetzt in aller Offenheit gesellt hat.

Der Gipfel seines gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens aber sind die Verleumdungen gegen unsere Gewerkschaftspresse, die seine Machenschaften entlarvt hat und dann von seinem Pressesprecher als „linksfaschistisch“ denunziert wird, sowie die persönliche Diffamierung von „metall“-Redakteuren als „Lügner“.

Der Vertrauenskörper beschließt aus diesen Gründen bei der Ortsverwaltung Berlin ein Verfahren gemäß § 11, Absatz 2 der IG-Metall-Satzung zu beantragen, mit dem Ziel der Feststellung von gewerkschaftsschädigendem Verhalten und dem darauf begründeten Ausschluß aus der IG Metall, gemäß § 10, Absatz 1a der Satzung. Der Vertrauenskörper beauftragt außerdem die Delegierten von BMW, in der nächsten Vertreterversammlung der Berliner IG Metall, am 18.11.1982, einen entsprechend formulierten und im einzelnen begründeten Antrag einzubringen.

Neue Heimat streicht Sozialleistungen

Unternehmer bleibt Unternehmer

Nicht anders wie jeder andere Kapitalist will die Geschäftsführung des gewerkschaftseigenen Baukonzerns Neue Heimat den Profit jetzt durch Senkung der Personalkosten sichern.

Rund 5000 Beschäftigten will Vorstandsvorsitzender Hoffmann die betriebliche Altersversorgung kürzen. Die derzeit geltenden, diesbezüglichen Betriebsvereinbarungen wurden gekündigt. Mit dem Betriebsrat soll nun über Pensionszusagen auf niedriger Basis verhandelt werden.

Aber das ist nicht alles. Die NH-Beschäftigten sollen außerdem massive Kürzungen des Urlaubsgeldes hinnehmen, das drei Jahre lang auf die Hälfte eines Monatsgehaltes reduziert werden soll.

Des weiteren sollen die Beschäftigten einen Personalabbau hinnehmen. Durch das Angebot freiwilliger Frühpensio-

nierung soll die Belegschaft verkleinert werden.

Durch diese Opfer sollen die Arbeiter und Angestellten dem Konzern aus den roten Zahlen heraus helfen. Um den Konzern zu sanieren, wurden im übrigen — wie im „Roten Morgen“ vor längerem berichtet — die Einzelgewerkschaften des DGB zur Zahlung von mehreren hundert Millionen Mark herangezogen. Dieses Geld stammt aus den Mitgliedsbeiträgen der Gewerkschaftsmitglieder und es wird natürlich in den Streikkassen fehlen.

Immer klarer erweist sich die Unvereinbarkeit der Kapitalistenrolle des DGB mit seinen Aufgaben, Zielsetzungen und

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clauthaler Str.), Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 Hamburg 19, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 81, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haubmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Wie die Apura GmbH einen unbequemen Gewerkschafter loswerden will

Bosse, Schläger, Denunzianten

Im August dieses Jahres wurde Hermann Fuchsberger, gewerkschaftlicher Vertrauensmann und Mitglied des Betriebsrates bei der Firma Apura GmbH in Mainz-Kostheim, fristlos gekündigt. Die Klage des gefeuerten Gewerkschafters wurde am Mittwoch letzter Woche vor dem Wiesbadener Arbeitsgericht verhandelt. Das Urteil: Die Entlassung ist rechtsunwirksam! Des weiteren wurde auch dem Antrag des Klägers auf Weiterbeschäftigung bis zum rechtskräftigen Abschluß des Kündigungsrechtsstreites stattgegeben.

Verlauf und Begleitumstände dieser

Hermann Fuchsberger, 29 Jahre alt, Familienvater, ist bei der Apura GmbH seit neun Jahren als Betriebselektriker beschäftigt. Die Firma beschäftigt rund 500 Leute. Sie stellt Hygienepapier her (Toilettenpapier, Putzrollen usw.) und ist ein Tochterunternehmen der Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg (PWA).

Im Frühjahr 1981 kandidierte Hermann Fuchsberger bei der Betriebsratswahl. Von seinen Kollegen wurde er zum Betriebsrat und im Funktionärskörper der IG Chemie, wurde gegen den Kandidaten eine wüste Hetzkampagne betrieben („keine Chaoten in den Betriebsrat“). Dennoch erhielt er genügend Stimmen und wurde gewählt.

Eines jedoch war klar: Von nun an lagen seine Gegner auf der Lauer, um jede Gelegenheit dazu auszunutzen, ihn auszuschalten. Warum diese Feindschaft? Ganz im Gegensatz zur Betriebsratsmehrheit, insbesondere zu ihrem führendem Exponenten, dem stellvertretenden Vorsitzenden Mumme, ist Fuchsberger kein Mann, der die vertrauliche sozialpartnerschaftliche Kumpanei mit der Geschäftsleitung liebt. Vielmehr erwies er sich als ebenso unerschrockener wie unbestechlicher Verfechter der Belegschaftsinteressen. Dies brachte ihm unter anderem seitens des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden die Bezeichnung „Kommunistensau“ ein, was der so Beschimpfte allerdings nicht auf sich beruhen ließ. Mumme war gezwungen, sich dafür schriftlich zu entschuldigen.

Flugblatt gegen Rationalisierungsterror

Auch bei Apura haben die Bosse mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise einen regelrechten Rationalisierungsterror auf die Tagesordnung gesetzt. Welches Klima im Betrieb herrscht, verdeutlicht ein sogenannter „Krankenbrief“, den die Geschäftsleitung an 80 Belegschaftsmitglieder schickte, die ihrer Meinung nach zu viele Fehlzeiten aufweisen. Die Empfänger mußten da Sätze wie diesen lesen: „So läßt die Rechtsprechung heute auch Kündigung wegen Krankheit unter bestimmten Voraussetzungen zu.“

Als einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen sind unter anderem geplant: Stilllegungen bzw. Umstrukturierungen in bestimmten Produktionsbereichen, und damit verbunden eine erhebliche Arbeitsplatzvernichtung; ferner die Einführung eines elektronischen Datenerfassungssystems, das der Geschäftsleitung die Möglichkeit einer totalen Kontrolle über die Belegschaft an die Hand gibt.

Maßregelung eines Belegschaftsvertreters würde Stoff für ein ganzes Buch hergeben. Typisch für den ganzen Fall ist es, daß Hermann Fuchsberger am Donnerstag von den Apura-Bossen daran gehindert wurde, sein Recht wahrzunehmen, das er sich vor Gericht erstritten hatte: Er durfte seine Arbeit in der Firma nicht wieder aufnehmen! Jetzt ist er gezwungen, erneut das Gericht einzuschalten, um die Geschäftsleitung mit einer einstweiligen Verfügung zu zwingen, ihm sein Recht zuzubilligen.

Offensichtlich hatte der Betriebsrat an diesen Plänen nichts auszusetzen, und auch von der IG Chemie wurden keine Maßnahmen zum Schutz der Belegschaftsinteressen ergriffen. Der insofern entstandenen Notwendigkeit, den Widerstand dann eben anderweitig zu organisieren, trug ein Flugblatt Rechnung, das am 23. und 24. Juni dieses Jahres vor dem Fabrikgebäude verteilt wurde. Das Flug-



Kollege Hermann Fuchsberger

blatt zeigte der Belegschaft die oben umrissenen Maßnahmen und Pläne der Apura-Bosse auf und mündete dann in folgenden Appell:

„Fordert vom Betriebsrat sofortige Information der Belegschaft über die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen! Offenlegung der Pläne der Geschäftsleitung! Über jede krankheitsbedingte Kündigung muß der Betriebsrat die Belegschaft informieren und Widerspruch gegen die Kündigung einlegen! Gerade in der heutigen Zeit mit hoher Arbeitslosigkeit ist es Aufgabe der Gewerkschaft und der Betriebsräte, den Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze zu führen.“

Aufforderung zur Denunziation

Die Reaktion der Geschäftsleitung plus Vassallen auf dieses Flugblatt war bezeichnend. Ein Schlägertrupp erschien vor dem Werksgebäude und versuchte die Verteiler durch rabiate Drohungen einzuschüchtern. In der Nacht vor dem zweiten Verteilungseinsatz (für die Frühschicht) fand ein Treffen von Betriebsräten der Mumme-Clique statt. Und am nächsten Morgen erschien Geschäftsführer Lohmann nicht wie üblich erst gegen 9.00 Uhr, sondern bereits um 6.15 Uhr in der Firma. Erstaunlich, welche Hektik ein einziges Flugblatt da auslöste!

Aber damit nicht genug. Jetzt schien dem Geschäftsführer Lohmann die Zeit gekommen, ein Exempel zu statuieren. Den einzigen „Unruhestifter“ im ansonsten so moderaten Betriebsrat galt es nun ein für allemal auszuschalten. Dies würde

zugleich für die ganze Belegschaft eine Lehre sein: Wer weiterhin noch aufmucken wollte, mußte wissen, was ihm blühte...

Einen Tag nach der Verteilaktion forderte die Geschäftsleitung den Betriebsrat auf, „denjenigen zu benennen, der den Flugblattschreiber informiert hat.“

Den eigenen Kollegen an's Messer geliefert

Die Aufforderung der Geschäftsleitung an den Betriebsrat war eine unverblühte Aufforderung zur Denunziation. Und selbstverständlich war es jedem klar, wer da ans Messer geliefert werden sollte! Selbst ein Mumme scheute sich allerdings, so ungeniert in aller Öffentlichkeit als Denunziant aufzutreten. Ein bißchen diskreter mußte die Sache schon laufen. Und die Geschäftsleitung begriff. Man baute eine Eselsbrücke. Am 4. August erhielt der Betriebsrat von der Geschäftsleitung die Aufforderung, daß alle Betriebsratsmitglieder eine schriftliche Erklärung unterzeichnen sollten, in der sie versichern, keine Informationen weitergegeben zu haben.

Auf eine derartige Aufforderung der Unternehmer einzugehen, heißt nichts anderes, als das Prinzip der Solidarität durch das Prinzip des gegenseitigen Denunziens zu ersetzen. Auf diese Weise wird jeder Kollege, der es wagt, für Belegschaftsinteressen einzutreten oder auch nur Kritik an der Geschäftsleitung zu üben, zum Freiwild erklärt! Würde derartige Denunziantentum Schule machen, dann gute Nacht Gewerkschaftsbewegung!

Hermann Fuchsberger weigerte sich, den provokatorischen Wisch zu unterschreiben. Aber leider als einziger! Alle anderen Betriebsratsmitglieder schämten sich nicht, es zu tun! Damit glaubte die Geschäftsleitung, den Strick gedreht zu haben, den sie Hermann Fuchsberger um den Hals legen wollte.

Am 17. August erhielt Fuchsberger die fristlose Kündigung schriftlich zugestellt. Dazu muß man wissen, daß eine solche Kündigung bei Betriebsratsmitgliedern nur unter der Bedingung möglich ist, daß der Betriebsrat seine Zustimmung gibt. Und er gab sie. Nachdem er den Kollegen Fuchsberger bereits denunziert hatte, ermöglichte er der Geschäftsleitung jetzt auch noch seine Maßregelung!

In dem Kündigungsschreiben hieß es: „Wir begründen unsere Entlassung mit einer besonders schwerwiegenden Verletzung Ihrer Verschwiegenheitspflicht nach § 79 BVG“. Die Betriebsratsmehrheit, mit Mumme an der Spitze, hat mit ihrer Zustimmung zu dieser Kündigung nicht nur einen Kol-

legen in die Pfanne gehauen: Sie hat sich damit als Belegschaftsvertretung auch selbst kastriert und ein Willkürregime des Unternehmers freiwillig abgesegnet.

Der Schlägertrupp

Niedertracht scheut das Tageslicht. Die Geschäftsleitung und ihre Vassallen glaubten, mit Wildwestmethoden verhindern zu müssen, daß die Belegschaft aus der Sicht des gefeuerten Gewerkschafters Fuchsberger über die fristlose Entlassung und ihre Begleitumstände informiert wird. Als Freunde des Kollegen Fuchsberger am 20. August ein Flugblatt über die Maßregelung vor dem Werksgelände verteilen wollten, schritt man zur Selbstjustiz à la Texas. Motto: Wer gegenüber den Beschäftigten der Apura GmbH, seine Meinung äußern darf und wer nicht, das bestimmt die Geschäftsleitung, selbst wenn diese Meinung nicht auf Werksgelände kundgetan wird.

Als die Flugblattverteiler am Morgen jenes 20. August vor dem Werkstor erschienen, wurden sie vom Werkführer Komaroni mit folgenden Worten bedroht: „Wenn ihr hier nicht bald verschwindet, schlagen wir euch zusammen mit eurem Kommunizenzug, ob Mann oder Frau.“ Die Flugblattverteiler zogen sich daraufhin bis zum Ende der Straße zurück, um eine Schlägerei zu vermeiden und verständigten, aus früheren ähnlichen Erfahrungen gewitzt,

geben hatte, die Arbeitsplätze bei Apura auf das Höchste in Gefahr geraten seien. Das Flugblatt habe nämlich — so hieß es zum Beispiel auf einem Aushang der Geschäftsleitung — die Kunden der Firma verunsichert und zugleich der Konkurrenz wichtige Aufschlüsse gebracht.

So sehr derartige Behauptungen auch an den Haaren herbeigezogen sind, so haben sie doch bei manchen Kollegen ihre Wirkung. Unter den heutigen Bedingungen herrscht eben überall Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Und diese Angst von Lohnabhängigen, die ihre Existenzgrundlage bedroht sehen, ist sicherlich — so der schmutzige Hintergedanke der Bosse — die ideale Grundlage, um Leute einzuschüchtern und zu verhetzen.

Die Geschäftsleitung nutzte ihre Macht aber in noch skrupelloser Weise aus. Allen Belegschaftsmitgliedern wurde eine Erklärung unter die Nase gehalten, die sie unterschreiben sollten. Inhalt: Befürwortung der Entlassung des Kollegen Fuchsberger.

Geistiger Striptease

Es gab nach Fuchsbergers Rausschmiß im Betrieb keine organisierte Kraft mehr, die solchen Maßnahmen entgegentreten konnte. Der unternehmerhörige Betriebsrat und die zuständigen Stellen der IG Chemie stellten sich tot oder sie unterstützten die erpresserische Unterschriftenaktion sogar. So kam es, daß mehr als die Hälfte der Belegschaft den Wisch unterschrieb. Wer mochte es schon riskieren, nach allem, was vorgefallen war, nun selbst Zielscheibe der Willkür der Geschäftsleitung zu werden! Und viele ausländische Kollegen wurden ganz einfach unter Aus-

Grundsatzklärung der Volksfront, sowie eine Rede des Volksfront-Vorsitzenden Harry Dubinsky als Beweismittel in das Verfahren eingeführt werden sollen, weil sich darin die folgenden Aussagen befanden:

„Als antifaschistisch-demokratische Organisation setzt sich die Volksfront auch für die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Werktätigen ein und unterstützt die Kämpfe der Werktätigen für ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen.“

Und weiter: Harry Dubinsky habe in einer Rede erklärt, „daß die heute herrschenden Kräfte in der Bundesrepublik, die Herren der Banken und Monopole, der Rüstungsindustrie — durch verstärkte Aufrüstung und Lohnkürzungen — das Geld machen, wie damals.“

Im übrigen sei die Volksfront, so heißt es in dem Schriftsatz der Anwälte weiter, eine „Unterorganisation der KPD“. Dazu beantragten die Anwälte die Verlesung des Verfassungsschutzberichtes von 1980!

Diese Westentaschen-Despoten merkten offensichtlich gar nicht, daß sie hier ganz unverhüllt ihre völlige Mißachtung der demokratischen Grundrechte kundtun. Wer die Interessen der Werktätigen organisiert verteidigen will, wer den Kapitalismus ablehnt und sich dementsprechend politisch orientiert, der kann demnach keinerlei Rechte mehr beanspruchen, der kann z.B. jederzeit fristlos entlassen werden. Darauf läuft die Logik dieser „Beweisführung“ praktisch hinaus!

Gewerkschaftliche Rechte verteidigen!

Kollege Fuchsberger erhielt für seinen Kampf um Wiedereinstellung vom DGB-Wiesbaden Rechtshilfe. Die Rechtsanwälte des DGB pflückten die haltlosen Positionen der Apura-Bosse auseinander. Sie machten geltend, daß irgendwelche Beweise für die Behauptung, daß Kollege Fuchsberger der Informant der Flugblattschreiber gewesen sei, nicht existieren, vor allem aber, daß die Informationen, um die es geht, mit Geschäftsgeheimnissen im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes überhaupt nichts zu tun haben.

Das Gericht kam nicht umhin, diese Tatsachen anzuerkennen und sowohl dem Antrag auf Rechtsunwirksamkeit der Kündigung als auch auf Weiterbeschäftigung bis zum rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens zu entsprechen.

Daß sich der DGB-Wiesbaden für die Sache von Hermann Fuchsberger einsetzte, ist, obgleich eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dennoch bemerkenswert. Haben doch die zuständigen Stellen der IG Chemie in der ganzen Angelegenheit eine mehr als zwielichtige Haltung eingenommen.

Vor allem aber muß dies anerkennend vermerkt werden: Die Kollegen des Wiesbadener DGB stellten die Verteidigung elementarer gewerkschaftlicher Interessen und erkämpfter Rechtspositionen beherzt über eine gewisse Art von gewerkschaftspolitischer Opportunität. Man muß wissen, daß der DGB-Bundesvorstand und die Vorstände der meisten Einzelgewerkschaften die Volksfront ausdrücklich in den Bannkreis der berüchtigten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Mitglieder bestimmter linker Organisationen (unter anderem auch der KPD) einbezogen haben.

Wem diese spalterischen und reaktionären Unvereinbarkeitsbeschlüsse letztlich nützen, dies wird gerade auch an den hier geschilderten Vorgängen bei der Apura GmbH deutlich. Einzig und allein den Unternehmern und ihren Vassallen.

Zahlreiche Arbeitsplätze bei Apura gefährdet

Nach dem Willen der Geschäftsleitung soll die Toilettenpapierfertigung im Laufe des Jahres 82 stillgelegt werden. Begründet wird die geplante Stilllegung mit angeblichen Verlusten, die gemacht wurden. Die von der Stilllegung betroffenen Kolleginnen und Kollegen sollen in anderen Bereichen der Papierwarenfertigung beschäftigt werden.

Daß bei einer Umboisierung nicht jeder einen neuen Arbeitsplatz erhalten kann, liegt jetzt schon klar auf der Hand. Denn auch in anderen Bereichen sollen nach Arbeitsplätze wegationalisiert werden. Nach Fertigstellung der neuen Lagerhalle werden bei den Be- und Entladern statt 17 Mann nur noch 10 Mann benötigt. Durch eine Palattieranlage in der Papierwarenfertigung werden weitere Arbeitsplätze vernichtet. Auch die geplante Einführung von Micro Mat (Betriebsdatenerfassung) wird weitere Arbeitsplätze kosten, besonders auch im Angestelltenbereich.

Wenn alle diese geplanten Maßnahmen durchgeführt werden, wird es zu Entlassungen kommen.

Erste Vorbereitungen für Kündigungsmaßnahmen wurden von der Geschäftsleitung schon durch die Verschickung von Krankenbriefen getroffen. In dem Krankenbrief, den ca. 80 Kolleginnen und Kollegen erhielten, wurde unverhüllt mit Kündigung gedroht. Zitat: „So läßt die Rechtsprechung heute auch Kündigung wegen Krankheit unter bestimmten Voraussetzungen zu.“

Durch das Führen von sogenannten Sozialgesprächen wird versucht, Gründe für spätere Kündigungsmaßnahmen herauszufinden. Außerdem soll dadurch die gesamte Belegschaft eingeschüchert werden.

Dieser Entwicklung müssen wir gemeinsam entgegenzutreten!

Fordert vom Betriebsrat sofortige Information der Belegschaft über die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen!

Offenlegung der Pläne der Geschäftsleitung!

Über jeden

Dieses Flugblatt war der Anlaß für die fristlose Entlassung von Hermann Fuchsberger.

die Polizei. Inzwischen war nämlich in drohender Haltung ein Schlägertrupp von acht bis zehn Mann aufgezo-gen. Die Polizei nahm dann von dem als Anführer vorgeschickten Werkführer Komaroni die Personalien auf. Mit betroffenen Gesichtern gewahrten dies seine Gefolgsleute. Damit hatten sie offensichtlich bei der vermeintlich unumschränkten Allmacht ihrer Geschäftsleitung nicht gerechnet.

Das Spiel mit der Angst

Natürlich kam es für die Apura-Bosse auch darauf an, mit allen Mitteln Stimmung gegen den gefeuerten Betriebsrat zu machen. Dazu verbreiteten sie im Betrieb massiv das Schauer-märchen, daß durch jenes Flugblatt, das den Vorwand für Fuchsbergers fristlose Entlassung abge-

nutzung ihrer Sprachschwierigkeiten über den wahren Inhalt der Erklärung getauscht.

Die Art und Weise, wie die Apura-Bosse vor dem Arbeitsgericht die „Rechtmäßigkeit“ der Maßregelung des Kollegen Fuchsberger zu begründen versuchten, soll hier nicht ganz ausgespart werden. Sie stellt eine Art von ideologischem Striptease eines typischen Unternehmerrhins dar.

So behaupteten die Apura-Bosse allen Ernstes, es sei das Ziel Fuchsbergers gewesen, der Firma „wirtschaftlich zu schaden“, dazu sei er „politisch motiviert“ gewesen, weil er Mitglied in einer linken politischen Organisation, der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, ist.

Um diese „Beweisführung zu untermauern“, stellten sie als Beweisantrag, daß u.a. die

Streik bei Köln-Bonner-Eisenbahnen

Entlassungen mußten zurückgenommen werden

KÖLN. — Einen wichtigen Erfolg gegen die reaktionäre Sparpolitik konnten die Beschäftigten der Köln-Bonner-Eisenbahnen (KBE) durch ihre Kampfkraft erzielen. Gegen ein „Sparkonzept“ der KBE, das mit der Entlassung von 80 Kollegen verbunden gewesen wäre, traten sie am Freitag letzter Woche in den Streik.

Auf einer Belegschaftsversammlung am Donnerstag, dem 11.11., die einen turbulenten Verlauf nahm, ging es um die geplanten Einsparungen der KBE. Auf dieser Versammlung, die bis in die Abendstunden andauerte, und an der von 800 Beschäftigten der KBE 600 teilnahmen, wurde auch der Streikbeschluss gefasst.

Am nächsten Morgen ab 4.20 Uhr traten die 800 Beschäftigten dann geschlossen in den

Streik. Sämtliche Bahnlinien des Nahverkehrsnetzes Köln-Bonn sowie 11 Buslinien standen still.

Nach Berichten der Lokalpresse warteten 20000 Fahrgäste vergeblich auf die Bahnen und Busse. Es wird jedoch auch berichtet, daß viele Betroffene ihr Verständnis für die Streikenden äußerten.

Der Streik dauerte bis 9 Uhr. Er wurde beendet, nachdem die

KBE die Rücknahme der Entlassungen zugesichert hatte.

Zuvor jedoch hatte die KBE in Zusammenarbeit mit den Köln-Bonner Verkehrsbetrieben (KVB) versucht, durch Streikbruch den Kampf zu unterlaufen. Die KVB sollte die ausgefallenen Linien weitgehend durch Ersatzbusse übernehmen. Dies scheiterte jedoch an der Solidarität der dort Beschäftigten. Der Chef der KVB mußte einräumen, daß „nur mit Mühe ein Überschwappen der Arbeitsniederlegung auf die KBV“ verhindert werden konnte.

+ kurz berichtet + + kurz berichtet +

Milliardenbetrug

Die nicht gezahlten Steuern für das Jahr 1981 haben in der Bundesrepublik und Westberlin inzwischen einen Betrag von 35 Milliarden Mark erreicht. Dies gab das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) des DGB bekannt. Gleichzeitig kritisierte das Institut die „unzureichende Informationspolitik“ der Finanzbehörden. Wenn allein in einem Jahr ein solcher Fehlbetrag zusammenkommt, welch ungeheure Summe muß dem Fiskus dann in den letzten Jahren und Jahrzehnten unterschlagen, hinterzogen oder auf „legale“ Art vorenthalten worden sein? Übrigens: Die Arbeiter und kleinen Angestellten, denen die Steuer automatisch vom Lohn abgebogen wird, zahlen im Ganzen Jahr für Jahr mehr Steuern als sie müßten. Der Grund: Viele kommen mit den bürokratischen Hindernissen des Lohnsteuerjahresausgleichs nicht zu recht.

13 000 auf die Straße gesetzt

In den Bereichen Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und nordwestliches Niedersachsen sind allein in den letzten Wochen 13 000 Arbeiter und Angestellte entlassen worden bzw. stehen auf der betrieblichen Entlassungsliste. Dies errechnete die Bezirksleitung Hamburg der IG Metall.

Unternehmermärchen widerlegt

Das Unternehmermärchen, die Arbeitslosigkeit sei hierzulande auf das hohe Lohnniveau zurückzuführen, wird unter anderem auch durch eine Untersuchung des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsfor-schung widerlegt. HWWA-Präsident Armin Gutowski verwies anhand dieser Untersuchung kürzlich darauf, daß die Produktivität hierzulande im Durchschnitt ebenso hoch wie in den USA um sogar um 25 Prozent höher als in Japan ist.

100 000 Stahlarbeitsplätze vernichtet

Seit dem Kriseneinbruch 1974 sind in der bundesdeutschen Stahlindustrie 100 000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Allein in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres 1982 fielen 10 000 Arbeitsplätze den Rationalisierungsmaßnahmen der Stahlbarone zum Opfer. Gegenwärtig müssen rund 100 000 Stahlwerker kurzarbeiten. Das ist nahezu die Hälfte aller in diesem Industriezweig Beschäftigten. Rund 30 000 der noch be-

stehenden 259 000 Stahlarbeitsplätze sind gegenwärtig akut bedroht. Es wird jedoch befürchtet, daß infolge der erneuten Zuspitzung der Stahlkrise ein noch weit radikalerer Kahlschlag auf dem Programm der Stahlbarone steht.

Pleiten, Pleiten, Pleiten...

Der Monat September brachte einen neuen Pleitenrekord in der Bundesrepublik. Wie das statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, gab es im September 1391 Konkursanträge und Eröffnungen von Vergleichsverfahren. Das ist die höchste Zahl seit der Währungsreform. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres wurden hierzulande 11 406 Pleiten registriert.

Streik für Arbeitsplätze

Rund 250 Beschäftigte der Maschinenfabrik H. Strunck GmbH in Köln-Ehrenfeld haben Anfang letzter Woche aus Protest gegen die angekündigte Stilllegung ihres Betriebes gestreikt.

Solidaritätsresolution der KPD

Die KPD des Saarlandes überbrachte der Belegschaft der besetzten Drahtseilfabrik Heckel in Saarbrücken am 13. November eine Geldspende in Höhe von 200 Mark und eine Solidaritätsresolution. Die Resolution drucken wir im Folgenden ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die KPD solidarisiert sich voll mit eurem Kampf. Die Betriebsbesetzung ist die richtige Antwort auf die geplante Vernichtung eurer Arbeitsplätze. Die Besetzung ist auch das richtige Mittel, die Einhal-

tung der Vereinbarung zum Erhalt der Arbeitsplätze durchzusetzen.

Euer Kampf ist auch deshalb wichtig, weil es nicht nur um Heckel geht. Im ganzen ARBED-Konzern werden Arbeitsplätze vernichtet, trotz der Unterstützung von ca. 2,2 Milliarden Mark durch Bund und Land in den letzten Jahren.

Euer Widerstand gibt vielen die Hoffnung, daß man diese unmenschlichen Pläne durchkreuzen kann.

Kollegen, es muß um jeden Arbeitsplatz gekämpft werden.

Solidarität mit der Heckel-Belegschaft!

Der „Rote Morgen“ ruft alle Leser auf, zur Solidarität mit der Belegschaft der Georg Heckel GmbH beizutragen. Beispielsweise ist es eine wichtige Möglichkeit, anzuregen, daß der Vertrauenskörper der Gewerkschaft, der Betriebsrat oder die Belegschaftsversammlung eine Solidaritätserklärung verabschiedet und sie an die Heckel-Belegschaft schickt. Auch Geldspenden können die Fabrikbesitzer gut brauchen, um für die Weiterführung ihres Kampfes bis zum Erfolg gerüstet zu sein. Erwünscht sind ferner Auftritte von Musik-, Theater-, Kabarettgruppen u. ä. Sie sollten sich vorher bei der Vertrauenskörperleitung des Heckel-Werkes anmelden.

Solidaritätserklärungen usw. sind zu richten an:
Vertrauenskörperleitung der Georg Heckel GmbH
Alte Kesseler Str. 17
6600 Saarbrücken-Burbach

Resolution der IGM-Vertrauensleute bei BMW/Berlin-Spandau

„Lohnverzicht? Mit uns nicht!“

Am 9. 11. 1982 verabschiedete der Vertrauenskörper der IG Metall im BMW-Motorradwerk Berlin-Spandau eine Resolution zur Lohnrunde 82/83. Wir drucken sie nachstehend im vollen Wortlaut ab.

Die beiden letzten Tarifrunden 1981 und 1982 haben unseren Reallohn nicht gesichert.

Entgegen den Behauptungen der Unternehmer haben unsere Lohnverluste

- keine Preisstabilität gebracht,
- keine Arbeitsplätze gesichert und
- keine erhöhten Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen ausgelöst.

Und haben die Unternehmer investiert, dann ging es ihnen

nicht um die Erhaltung, sondern gerade um den Abbau von Arbeitsplätzen.

Die neue Regierung geht noch einen Schritt weiter. Arbeitsminister Blum fordert im Interesse der Unternehmer eine totale Lohnpause für ein halbes Jahr ohne jede Garantie für Preisstabilität. Dieser lohnpolitischen Wende müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegen-treten.

Wir begrüßen darum den Beschlus des IG-Metall-Vor-

stands, in dieser Tarifrunde der Sicherung der Realeinkommen absoluten Vorrang zu geben. Jeder von uns spürt gleichermaßen, wie die Kaufkraft von Lohn und Gehalt abnimmt.

Deshalb stellen wir als einheitliche Forderung auf:

- 200 Mark für alle Arbeiter und Angestellte und
- 60 Mark für alle Auszubildenden ab Februar 83 mit 12monatiger Laufzeit.

Wie wir in den letzten Jahren gemerkt haben, konnte die beabsichtigte Reallohnsicherung allein durch Warnstreiks und neue Beweglichkeit nicht erreicht werden. Das ist heute nicht anders.

Wenn wir das gesteckte Ziel erreichen wollen, muß die IG Metall daher die volle Kampfkraft der ganzen Gewerkschaftsorganisation entfalten. Und jedes einzelne Mitglied wird seinen Teil dazu beitragen müssen, damit die sicher harte Tarifrunde zum Erfolg führen kann. Packen wir es an!



„Der Rote Kessel“ erscheint wieder

Nach fast zweijähriger Pause erschien vor einigen Wochen wieder „Der Rote Kessel“, Betriebszeitung der KPD bei dem Frankfurter Chemie-Betrieb Cassella. Anlaß für der Herausgabe dieser Nummer ist die bei Cassella seit 1. Oktober durchgeführte Kurzarbeit.



Interview mit einem Betriebsrat der Georg Heckel GmbH

„Wir kämpfen weiter, notfalls bis Weihnachten!“

SAARBRÜCKEN. — Seit fast zwei Wochen hält die Belegschaft der zum ARBED-Konzern gehörenden Saarbrückener Drahtseilfabrik Georg Heckel GmbH bei Aufrechterhaltung der Produktion den Betrieb besetzt. Die Kollegen verlassen die Fabrik weder bei Tag noch bei Nacht. Sie wollen mit ihrem Kampf die Schließung des Betriebes verhindern und ihre Arbeitsplätze verteidigen (vgl. letzter „Roter Morgen“, Seite 3). Am vergangenen Samstag besuchte ein „Roter-Morgen“-Korrespondent die Kollegen in der besetzten Fabrik. Ein Betriebsratsmitglied gab dem „Roten Morgen“ dabei das folgende Interview.

Roter Morgen: Wie kam es zur Besetzung?

Betriebsrat: Aus der Presse und vom Rundfunk haben wir am 4. Juli erfahren, daß das Werk stillgelegt werden soll. Dies, obwohl uns vor drei Monaten versprochen wurde, daß die Arbeitsplätze erhalten werden sollen. Am 4. Juli traten dann vier Kollegen in den Hungerstreik. Dieser Hungerstreik wurde dann nach vier Tagen abgebrochen, um ARBED und der Regierung Zeit zu einem Gespräch zu geben. Da es zu keiner Lösung kam, wurde der Hungerstreik mit 15 Kollegen weitergeführt.

Auf der Aufsichtsrats-sitzung vom 16. Juli wurde dann beschlossen, daß mit allen Beteiligten bis zum 31. Oktober ein Konzept erarbeitet werden sollte, um den Betrieb zu retten. Am 4. November wurde dann in den Nachrichten bekanntgegeben, daß der Betrieb geschlossen werden soll. Daraufhin beschloß der Vertrauenskörper der IG Metall eine spontane Betriebsbesetzung mit 20 Kollegen. Und am folgenden Montag beteiligte sich die gesamte Belegschaft mit 220 Kollegen an der Betriebsbesetzung.

Roter Morgen: Was plant ihr im Moment weiter?

Betriebsrat: In der nächsten Zeit wollen wir verstärkt die Öffentlichkeitsarbeit weiterführen, so durch Infostände in der Stadt. Außerdem sollen sämtliche Parlamentsfraktionen der Parteien

angesprochen werden, um so Druck auszuüben.

Roter Morgen: Wie war die Reaktion der Bevölkerung?

Betriebsrat: Von außen haben wir bisher sehr große Hilfe bekommen. Solidaritätsspenden und Resolutionen haben uns viele erreicht. Außerdem wurde uns auch Kuchen, Lieder und Weck vorbeigebracht. Besucher sind jeden Tag da. Meistens geht das schon um 5 Uhr früh los bis nachts gegen eins.

Roter Morgen: Wie lange wird euer Kampf noch dauern?

Betriebsrat: Der Kampf wird auf jeden Fall weitergeführt, notfalls bis Weihnachten. Wenn es nach der nächsten Aufsichtsrats-sitzung bei der Schließung bleibt, wird die Belegschaft über weitere Schritte beraten.

Roter Morgen: Kollege, vielen Dank für deinen Bericht. Wir wünschen euch noch viel Erfolg in eurem Kampf.

Flugblatt des IGM-Vertrauenskörpers bei Heckel

„Um jeden Arbeitsplatz kämpfen“

SAARBRÜCKEN. — Der Vertrauensleutkörper der IG Metall bei Heckel hat ein Flugblatt herausgebracht, das die Überschrift trägt: „Betriebsbesetzung bei Georg Heckel!“. Wir geben es hier im vollen Wortlaut wieder.

„Wir, die Belegschaft der Firma Georg Heckel GmbH, wehren uns gegen die geplante Schließung der Firma.

Obwohl die ARBED der Belegschaft noch vor drei Monaten versprochen hat, zuerst mit dem Betriebsrat und allen Beteiligten über ein Konzept der Drahtkonzentration zu reden, und, falls erforderlich, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen (Beschlus Aufsichtsrats-sitzung ARBED Saar-stahl vom 16. 7. 1982), mußten wir auch diesmal wieder aus der Presse erfahren, daß die ARBED gar nicht daran denkt, ihre

Versprechungen auch einzuhalten.

Wir fordern hiermit die ARBED öffentlich auf, endlich zu ihren Versprechungen zu stehen.

Um unseren gerechten Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben wir als Belegschaft den Betrieb besetzt.

Wir sind der Meinung, daß es in dieser Situation unbedingt erforderlich ist, jetzt um jeden Arbeitsplatz zu kämpfen. Das sind wir nicht nur uns, sondern auch unseren Kindern schuldig, die ja auch eine Zukunft hier an der Saar haben sollen!!!“

Wenn einer meinen Kindern etwas antäte, und ich bekäme ihn dabei in die Finger — ich könnte für nichts garantieren. So geht es mir, so geht es sicher vielen. Dennoch soll dieser Auftakt eines Kommentars zum „Fall Bachmeier“ kein Plädoyer für die Freilassung der Angeklagten sein, kein Werben um Verständnis für ihre Tat. Im Gegenteil.

Mit großer Lust haben die Zeitungsschreiber die Geschichte der Ermordung des Klaus Grabowski durch Marianne Bachmeier — „Annas Mut-

ter“ — durch die Spalten ihrer Presseorgane gezogen, teils mit „seriösem“ Anspruch, teils mit unverhüllter geiler Sensationsgier. Und in der Regel war dies ein einziger Appell an das, was man wohl das „gesunde Volksempfinden“ nennt: Sie hat doch Recht getan! Die Mutter hat ihr Kind gerächt, der Wüstling hatte sowieso kein Recht auf Leben mehr. Haben doch selbst seine Mitgefängnisse in einer Lübecker Haftanstalt revoltiert gegen seine Nachbarschaft und ihm mit dem Tod gedroht (eine Geschichte, die der „stern“ ausführlich beschreibt); seht doch: selbst der kriminelle Auswurf der Gesellschaft will mit so einem nichts zu tun haben. Richtet ihn hin, lyncht ihn; unsere Richter sind doch viel zu schlapp dazu... Das ist die Stimmung, die durch derlei Berichte geschürt werden soll.

Es handelt sich doch keineswegs um einen fortschrittlichen, demokratischen Prozeß, der hier elementare Bahnen bräche und auch vor den Schranken eines unzulänglichen Rechtssystems nicht Halt machte. Das „gesunde Volksempfinden“ in diesem Sinne ist die dumme, mit dumpfem Haß verfolgte Ablehnung aller und jedes einzelnen, die „anders“ sind, das fängt im persönlichen Bereich an und geht direkt bis in den politischen Bereich hinein. Meisterhaft beherrscht wird die Mobilisierung solchen Denkens durch die Springer-Presse, die immer versucht, mit ätzender Demagogie um Unterstützung für die reaktionärsten, politischen Ziele zu werben; sie ist nicht zufällig auch in diesem Fall wieder vorgegangen.

Der Gedanke der Lynchjustiz an einem Sexualverbrecher findet seine Entsprechung in dem der bewaffneten „Bürgerwehr“ gegen Demonstranten, für die in „Bild“ ja ebenfalls recht unverhohlen geworben wurde.

Da ist es denn noch ein Fortschritt, daß es nach dem Buchstaben der Gesetze noch die Notwendigkeit gibt, tatsächlich oder unterstellte Straftaten vor einem Gericht abzuhandeln, daß die Möglichkeit besteht, Hintergründe aufzudecken und verschiedene Gesichtspunkte abzuwägen, bevor ein Urteil gefällt wird; daß niemand das Recht hat, einen „Verdächtigen“, einen Angeklagten oder auch einen einer wirklichen Straftat Überführten kurzerhand umzubringen.

letztlich selbst die Einleitung eventuell länger dauernder Gerichtsverfahren gegen Menschen, die sie um jeden Preis „bestraft“ bzw. „ausgeschaltet“ sehen will, noch zu langwierig und zu risikobeladen ist. (Noch ist ja bei uns auch auf dem Gebiet der Justiz der Höhepunkt der möglichen reaktionären Entwicklung nicht erreicht, und wer — sei es auch angesichts der zahlreichen, politisch bestimmten Terrorurteile gegen Demokraten, Antifaschisten, Asylbewerber usw., die zum Teil

recht deutlich den Geist vergangener Reiche atmen — dem Vorurteil verfällt, das sei etwa schon faschistische Justiz, der wird womöglich eines Tages eine schreckliche Überraschung erleben.)

Marianne Bachmeier muß für ihre Tat zur Verantwortung gezogen werden. Dabei möchte ich und kann ich durchaus nicht darüber urteilen, wie das letztendlich auszusehen hat, in wie weit sie die Mordtat „im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte“ verübt hat, inwieweit sie selbst infolge des Schocks über die Ermordung ihrer Tochter oder auch früherer Schicksalsschläge selbst echte Schädigungen davongetragen hat. Und auch andere Gesichtspunkte mögen dabei eine Rolle spielen.

An der Ermordung ihrer Tochter jedenfalls trägt nicht allein der Mann Schuld, dem sie sechs Kugeln in den Rücken jagte. Dieser Mann war krank. Und er hatte sich kastrieren lassen, also einen höchst brutalen Eingriff mit Folgen für Körper und Psyche an sich vornehmen lassen, um aus der Haft freizukommen. Diesen Mann hat der Lübecker Arzt Dr. Volker vom Ende mit männlichen Hormonen wieder hochgeputscht. Er ist dadurch direkt mitverantwortlich für das spätere Verhalten seines Patienten. Aber nicht einmal nur er. Denn seine Behandlung wurde auch noch durch die Justiz abgesegnet: Die Richterin Uta Fischer hatte keine Einwände dagegen.

Den Arzt und die Richterin will man nicht zur Verantwortung ziehen. Aber die Erschießung Klaus Grabowskis soll in Ordnung gewesen sein? Niemals. Der Geist, der sich hier Ausdruck verschafft und in der Bevölkerung geweckt werden soll, darf nicht noch einmal in diesem Land die Oberhand gewinnen.

Dietrich Lohse

„Lyncht ihn!“

Schulalltag

Tatort: Eine relativ „normale“ Grundschule in Dortmund. Etwa 250 Kinder. Ein Ausländeranteil von etwa 50 Prozent — also eines jener Schreckgespenste, die Reaktionäre jeder Couleur an die Wand malen, wenn sie von „Überfremdung“ faseln: Deutsche Kinder lernen nichts mehr, weil sie zur Minderheit an deutschen Schulen werden. Wobei „Ausländerkinder“ hier wie überall heißt: türkische Kinder. Kleine Koreaner, Griechen oder Spanier, die es auch an unserer

ehe ihre tägliche Reise zur Grundschule beginnt.

Nur: Kann man das den türkischen Eltern allein anlasten? Wie kommen eigentlich deutsche Schulpolitiker dazu, wegen einiger türkischer Reaktionäre — die ganz offensichtlich die übrigen türkischen Eltern beeinflussen und unter Druck setzen — einen solchen Zirkus zu veranstalten? Was bekäme ich wohl zu hören, wenn ich von diesen gleichen Politikern verlangen würde, daß meine Kinder

herein sind die Kinder eingeteilt in zwei Gruppen. Die deutschen Kinder spielen hier, die türkischen dort. Jede Gruppe für sich allein. Es kommt zu Schlägereien, besonders unter den Größeren. Und das wiederum wird von reaktionären Eltern ausgenutzt zu offener Hetze gegen Ausländer nach dem Motto: Wir haben nichts gegen Türken, aber wenn ihre Kinder unsere Kinder prügeln, müssen wir uns wehren. Bei vielen Eltern, die die Situation nicht durchschau-



Schule gibt, gelten als „eingedeutscht“.

Es fing damit an, daß meine Tochter schon in den ersten Wochen, kaum daß wir die Zuckerstücke weggepackt hatten, so wesentliche Dinge in der Schule lernte, wie: Alle Türken stinken, alle Türken machen Krach, alle Türken verprügeln deutsche Kinder. Ich lief in die Schule, zog Erkundigungen ein. Das Ergebnis war haarsträubend.

Ich hatte mich schon vorher darüber gewundert, woher eigentlich die 120 türkischen Kinder kommen, schließlich gibt es in unserem Stadtteil kein besonderes Türken-Ghetto wie im Dortmunder Norden. Nun erfuhr ich es: Das sind Kinder, die jeden Morgen per Bus aus allen Himmelsrichtungen in Dortmund angekarrt werden. 120 Kinder, die eigentlich auf mindestens vier Dortmunder Grundschulen verteilt werden müßten, wenn man vom sonst üblichen Prinzip ausgeht, daß jedes Kind in seinem Wohnbezirk zur Schule geht. 120 Kinder, die zum großen Teil bereits eine Busreise von 45 Minuten hinter sich haben, ehe sie sich auf der Schulbank ausruhen können. Wir haben inzwischen schon mehrmals türkische Klassenkameraden meiner Tochter auf Spielplätzen angetroffen in der Nähe der Dortmunder Uni — mehr als zehn Kilometer von unserem Stadtteil entfernt. Für uns war das ein Samstagmorgensausflug — für diese Kinder ist es täglicher Schulweg.

Woher kam diese irrsinnige Schulpolitik — man muß nur mal überlegen, was allein die Schulbusse kosten? Warum werden diese Kinder nicht in ihrem Stadtteil eingeschult?

Die türkischen Eltern wollten das so, erklärten mir die deutschen Lehrer. Sie wollten ihre Kinder in rein türkische Klassen unterrichten lassen, aus nationalistischen und religiösen Gründen.

Aus stockreaktionären Gründen also. Es hat mich dann auch nicht gewundert zu hören, daß die meisten dieser Kinder aus dem Stadtteil Hombruch kommen, wo es eine Moschee gibt mit angeschlossener Koranschule, die viele dieser Kinder noch besuchen müssen,

an einer Schule unterrichtet werden, die nur von ungetauften Kindern besucht und wo nur von Lehrern unterrichtet wird, die Berufsverbot haben?

Das, was die NPD jahrelang in ihrer Wahlpropaganda verlangte, das wurde also hier, im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen, praktiziert, mit der unverfälschten Begründung, die türkischen Eltern wollten das ja so.

Nun, inzwischen hat die Regierung in NRW schulpolitische Fortschritte gemacht: Im letzten Sommer wurden solche rein türkischen Klassen abgeschafft. Aber was so großartig aussieht, ist in Wirklichkeit ein fauler Trick. Die türkischen Kinder an unserer Schule wurden keineswegs in die normalen Klassen ihres Schulbezirks übernommen, die türkischen Klassen laufen erst einmal aus — sie bleiben also solange bestehen, wie diese Kinder noch zur Grundschule gehen. Türkische Kinder, die neu eingeschult werden, kommen nun — bei Bedarf und auf Wunsch der Eltern — in rein türkische „Vorbereitungsklassen“, die an anderen Dortmunder Schulen eingerichtet wurden. Was im Extremfall heißen kann, daß ein achtjähriges türkisches Kind morgens mit dem Bus zehn Kilometer in unsere Schule gefahren wird, sein sechsjähriges Geschwisterchen, das eben eingeschult wurde, mit einem anderen Schulbus in irgendeine Vorbereitungsklasse im Dortmunder Norden.

Die Folgen einer solchen Schulpolitik sind katastrophal.

Zuerst einmal wird den türkischen Kindern jede Möglichkeit des sozialen Kontaktes genommen. Ich habe schon mehrmals versucht, Kinder aus der türkischen Parallelklasse meiner Tochter einzuladen, damit die Kinder sich kennen- und verstehenlernen. Erfolglos — aber eine Freundschaft mit Emine oder Aische ist technisch überhaupt nicht machbar. Das Ghetto, das über diese Kinder verhängt wird, ist total: Nicht nur durch die Wohnungspolitik, auch in der Schule ist jedes normale Zusammenleben zwischen Deutschen und Türken abgeschnitten.

Natürlich wirkt sich das bis auf den Schulhof aus. Von vorn-

en, fällt das erst einmal auf fruchtbaren Boden. Es gab unter deutschen Eltern ernsthafte Überlegungen, ob es nicht besser sei, getrennte Pausen einzuführen, damit sich Deutsche und Türken gar nicht erst auf dem Schulhof begegnen.

Auch für die Lehrer ist die Lage schwierig. Selbst gutwillige Lehrer kapitulieren oft vor den Problemen, dem täglichen Kleinkrieg, die diese Schulpolitik mit sich bringt. Da ist zum Beispiel das Problem, daß viele türkische Kinder nicht während der großen Ferien, sondern irgendwann mitten im Schuljahr auf Urlaub in die Türkei fahren, daß sowas natürlich die Leistungen in den türkischen Klassen herunderdrückt — und das wiederum fällt zurück auf den Lehrer. Spontan richtet sich der Zorn erst einmal gegen die türkischen Kinder und ihre Eltern — wie können die mitten im Schuljahr für sechs Wochen in die Türkei fahren?! — Und nicht gegen eine gewisse Firma Hoesch, die den türkischen Kollegen während der Ferienzeit keinen Urlaub zubilligt. Da gibt es dann in zugespitzten Situationen böse Worte, da schiebt man die Schuld an der Misere erst einmal denen zu, die am wenigsten dafür können, den Türken, und hofft darauf, daß in der Schule alles wieder ins Lot kommt, wenn erst einmal die Nachzugssperre für alle Kinder über sechs Jahre durchgesetzt ist.

Sicher — türkische Kinder im Grundschulalter gäbe es dann nicht mehr sehr viele.

Dabei ist gerade unter Eltern und Lehrern große Bereitschaft da, Vorurteile zu überwinden. Das hat ein Schulfest gezeigt, das zu Anfang dieses Schuljahres durchgeführt wurde, in dem sich Lehrerkollegium, deutsche und türkische Eltern engagiert haben, und das ein voller Erfolg wurde.

Solche Aktionen sind sehr wichtig. Aber man darf sich keine Illusionen machen: Solange eine reaktionäre Politik materielle Verhältnisse schafft wie an unserer Schule, solange wird es auch Ausländerhaß geben — künstlich erzeugt und aufgepöppelt.

Rot Front!
Eine Genossin aus Dortmund

Solidaritätskonzerte

Aufhebung der Urteile gegen Markus Mohr & Michael Duffke Einstellung aller Strafverfahren

Hamburg, 19./20. November

Großes beheiztes Zelt im Sternschanzenpark

Neumünster, 21. November Holstenhalle, anschließend Demonstration zur Justizvollzugsanstalt

Bremen, 22. November, Stadthalle

Es spielen:

Schmetterlinge • Ton Steine Scherben • Ina Deter + Band • Gebrüder Engel • Misty Roots • Acapulco Gold • Averlikers • Blues Kommission • Treibstoff • Heatwave • Knut Kiesewetter • Die drei Tornados • Straßenjungs • Slime • Druckknöpfe • Natias Neutert • Einhard Klucke • Hans Blues & Boogie •



Karl Weiß im KZ Buchenwald. Szene aus dem Film „Holocaust“.

Holocaust

„Man kann nicht oft genug daran erinnert werden.“ Eine von vielen Meinungsäußerungen, mit denen im Rahmen einer Rundfunkumfrage die Wiederholung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“ begrüßt wurde.

Das ist sicher ein richtiger Gesichtspunkt. Besonders, wenn er zukunftsweisend und nicht bloß „erinnernd“ gemeint ist, also: erinnert werden, um so etwas nicht wieder zuzulassen.

Bei allem Streit den es gab um die Art und Weise, wie hier ein bestialischer Teil der Nazi-Herrschaft dargestellt wird (die Werbespots, mit denen in den USA die Sendungen dauernd unterbrochen wurden, bleiben uns immerhin erspart) — unstrittig ist, daß die erste Ausstrahlung dieses Films, der vor drei Jahren nur im dritten Programm lief, eine tiefe Erschütterung in der Bevölkerung hervorgerufen hat und eine über empirische Untersuchungen nachgewiesene Steigerung des Wissens über die Nazi-Herrschaft. Immerhin hat bei uns jeder zweite Erwachsene mindestens einen Teil des Films gesehen, ein Drittel der Bevölkerung sah die Serie an allen vier Tagen. Dazu hat die Form des Spielfilms sicher wesentlich beigetragen.

Wer zu der Zeit irgendwie in der aktiven antifaschistischen Arbeit steckte, konnte das gewachsene Interesse unmittelbar erleben. Es rief auch oft die Bereitschaft hervor, darüber nachzudenken und zu diskutieren, ob so etwas heute noch möglich sei, und sich zu engagieren, wo man sah, daß es immer noch Leute gibt, die den Ungeist von damals hochhalten. So wurden viele ganz unmittelbar der antifaschistischen Aufklärung aufgeschlossener, lehnten die Neonazis bewußt ab, ließen mit sich reden über die Ursachen des Faschismus und seine wirklichen Hintergründe (und Hintermänner), über die der Film selbst noch viel zu wenig aussagt. Genauso, wie er wesentliche Bestandteile der ganzen Bandbreite des faschistischen Terrors und auch des antifaschistischen Widerstandes unerwähnt läßt. Aber das trat eben hinter der positiven Wirkung zurück.

Diese Stimmung bei vielen Menschen, diese Aufgeschlossenheit unmittelbar nach dem Film, steht in krassstem Widerspruch zu dem, was sich bei uns

seit 1979 getan hat. Davon, daß jetzt etwas geschehen wäre, um einer eventuellen Wiederholung faschistischer Gewaltherrschaft entgegenzuwirken, kann keine Rede sein. Auch nicht davon, daß von Seiten staatlicher Institutionen — die ja einen demokratischen Anspruch vertreten — die gewachsene Aufnahmefähigkeit zu einer konkreten Orientierung der Bevölkerung auf antifaschistisches Handeln geführt hätte.

Eine solche Wirkung der Fernsehserie war nämlich gar nicht beabsichtigt. Soweit sie nicht sowieso auf Ablehnung stieß oder mit angeblichen „Erklärungen“ oder „Objektivierungen“ kommentiert wurde, war man höchstens an einer „Vergangenheitsbewältigung“ ohne positive Zukunftsperspektive interessiert.

Eine wirkliche Aufklärung über die Frage: „Wie konnte es dazu kommen?“ konnte nicht ins politische Konzept derer passen, die sich gerade durch die Täuschung des Volkes darüber, ihre wirtschaftlichen und politischen Stellungen in Westdeutschland wieder sichern konnten, und sie paßt natürlich erst recht nicht in die heutige politische Landschaft und ins Konzept des Bonner Rechtsblocks mit dem ehemaligen NS-Offizier für wehrgeistige Führung, Franz Josef Strauß, im Hintergrund.

In die politische Landschaft paßt vielmehr die Tatsache, daß gerade das Jahr nach der „Holocaust“-Serie einen blutigen Höhepunkt des Neonazi-Terrors brachte. Und es paßt darin, daß der aktuelle Bundeskanzler in das volksverhetzende „Türken-raus“-Geschrei einstimmt.

„Holocaust“ ist jetzt wieder zu sehen. Das ist gut. Der Film wird im Vorfeld des 50. Jahrestages der faschistischen Machtergreifung gezeigt; seine erneute Ausstrahlung entspricht dem erklärten Wunsch vieler, die bereits die ersten Sendungen sahen oder gern gesehen hätten. Natürlich ist der Effekt der ersten Ausstrahlung nicht einfach wiederholbar. Dennoch sollten wir versuchen, in die bestimmte wieder aufflammenden Diskussionen einzugreifen. Schließlich ist der genannte Jahrestag gerade für uns Anlaß für verstärkte antifaschistische Aktivitäten. Damit es in unserem Land wirklich nie wieder einen Holocaust gibt.

Verbrechen mit der „chemischen Keule“

Vor kurzem wurde in der Stadt Dortmund beschlossen, die gesamten Polizeitruppen mit der „chemischen Keule“ auszurüsten, mit der das Giftgas CN versprüht werden kann. Sie soll angeblich den Schlagstock ablösen. Die ist keine „leichte Ausrüstung“, sondern eine Verschärfung der Polizeibewaffnung.

Vor wenigen Tagen wurden drei Dortmunder Polizisten verurteilt, weil sie die „chemische Keule“ bereits im Januar vergangenen Jahres allzu offensiv gegen Wehrlose eingesetzt hatten. (Was absolut kein Ausnahmefall ist.) Sie erhielten eine Freiheitsstrafe von zehn bzw. acht Monaten.

Im Januar 1981 hatte einer der Beamten zwei Obdachlose, die in einem unbewohnten Neubau ihren Rausch ausschließen, aus nächster Nähe mit der „chemischen Keule“ angegriffen und sie aus dem Haus gejagt. Einen Bauingenieur, der noch vor dem Eingreifen der Polizisten ver-

suchen wollte, die beiden zu wecken, wurde von den Beamten davon abgehalten: „Das machen wir schon!“

Die Kollegen des Täters hatten der Aktion tatenlos zugeesehen und danach, um ihren Kumpan zu entlasten, eine an den Haaren herbeigezogene Anzeige gegen die Obdachlosen konstruiert — sie hätten angeblich die Polizisten mit Latten angegriffen und damit den Einsatz der „chemischen Keule“ erzwungen. Bemerkenswert die Ausführungen des Verteidigers des Haupttäters, mit denen er seinen Mandanten zu entlasten versuchte: Dieser habe gehandelt, wie es ihm in der Polizeischule beigebracht worden sei!

So kann man denn davon ausgehen, daß in Dortmund nun noch viel mehr als bisher schon die „chemische Keule“ gegen Wehrlose und z.B. gegen Demonstranten zum Einsatz kommt. Und daß deswegen Polizisten verurteilt werden, das ist wirklich die absolute Ausnahme.

Polizisten erschießen Bauarbeiter

Wie lose den deutschen Polizisten die Schußwaffe sitzt, davon legt ein Vorfall erneutes Zeugnis ab, der sich dieser Tage in Frankfurt ereignete. In der Nacht vom 8. auf den 9. November wurde der 58jährige italienische Zimmermann Pio C. auf der Baustelle für das Deutsche Filmmuseum erschossen. Der Arbeiter übernachtete im Polierwagen, um die Baustelle zu überwachen. Nach Angaben der Polizei ging in der genannten Nacht beim 9. Polizeirevier ein Anruf ein. Ein Mann mit südländischem Akzent habe „Polizei, schnell kommen, Holzmann-Magazin“ gesagt. Vier Polizisten seien daraufhin zu der nur wenige Meter entfernten Baustelle gelaufen und hätten laut und vernehmlich „Polizei! Rauskommen, Hände hoch!“ gerufen.

Und dann? Darüber wurden zunächst die Angaben verweigert, schließlich aber gab man folgende Version zum Besten: Zwei der Polizisten seien auf ein

Gerüst geklettert, um die Baustelle zu beobachten. Sie wollten bemerkt haben, daß eine Tür offenstand und daß daran Einbruchsspuren zu sehen waren. Plötzlich sei der Italiener mit einem Axtstiel in der Hand auf einen Polizisten losgegangen und aus Angst, von dem 2,70 Meter hohen Gerüst zu fallen, habe einer der beiden geschossen. Ebenfalls geschossen hat der Polizist, auf den der Arbeiter (der wohl vorher die Polizei gerufen hat?) losgegangen sein soll. Pio C. wurde durch gezielte Kopfschüsse getötet. Jetzt will man offenbar versuchen, ihm Trunkenheit nachzuweisen, um die Darstellung plausibel zu machen.

„Polizeigewalt: die Ohnmacht des Bürgers“

Unter dem obigen Titel beschäftigte sich Uwe Herzog im Hessischen Rundfunk mit den Versuchen betroffener Bürger, gegen brutale Polizeibeamte zu klagen und die Gewalttätigkeit in Uniform zur Verantwortung ziehen zu lassen. In Westberlin etwa erstatteten innerhalb eines Jahres 430 Bürger Anzeige gegen Polizisten wegen Körperverletzung im Amt. Im gleichen Zeitraum mußten in Hamburg 441 Ermittlungen gegen Polizisten aufgenommen werden wegen Freiheitsberaubung, Körperverletzung, Nötigung und Beleidigung. Das Ergebnis: Fast alle Verfahren wurden einfach eingestellt. In Hamburg kam es nur in 24 Fällen zu einer Anklage, und lediglich elf Beamte wurden verurteilt; in Westberlin waren es sogar nur drei. Auch das ist Klassenjustiz.

(Noch) kein Berufsverbot für Hans Meister

STUTTGART. — Das Bundesdisziplinargericht hat die Mitgliedschaft des Postbeamten Hans Meister aus Stuttgart in der DKP nicht als Dienstvergehen gewertet und damit ein Berufsverbot verhindert.

Hans Meister hatte seine absolute Treue zum Grundgesetz vor dem Gericht immer wieder betont und offensichtlich glaubhaft machen können.

Dies ist ein Erfolg gegen die Berufsverbote, wenn es jetzt auch wahrscheinlich zum Prozeß vor dem Bundesverwaltungsgericht kommt, das im letzten Jahr den DKP-Mann und Postbeamten Hans Peter Berufsverbot erteilte.

Mit der Übernahme von DKP-Parteiamtern und der Kandidatur für seine Partei in Wahlkämpfen habe Meister nur seine verfassungsmäßigen Rechte in Anspruch genommen, befand das Stuttgarter Gericht.

Aus dem Urteil ergibt sich allerdings keineswegs, daß auch konsequente Kommunisten — die nicht das Grundgesetz des kapitalistischen Staates als absoluten Rahmen ihres Handelns betrachten — von diesem Gericht nicht mit Berufsverbot belegt würden.

Der Kampf für die vollständige Beseitigung der Berufsverbote geht weiter.

Genuß im Stil der neuen Zeit



Der Innenminister von Niedersachsen: CS schadet Ihrer Gesundheit. Aber Zigarettenrauchen auch. Und Ihre Zigarette lassen Sie sich doch auch nicht vermiesen, oder? Na also. In Zukunft CSI! Denn wer auf diesen Geschmack kommt, hat seinen Stil gefunden.

Nazi-Roeder steckt zurück

„Erfindungen krankhafter Hirne“ hatte der Nazi-Terroristenchef Roeder die Vergasungsanlagen im Konzentrationslager Auschwitz genannt. Diese und ähnliche volksverhetzende Ausführungen machte er in einem Vorwort zu dem Buch „Die Auschwitz-Lüge“ des untergetauchten Faschisten Thies Christophersen, das ein Standardwerk der neueren faschistischen Literatur darstellt.

Wegen Volksverhetzung stand Roeder denn auch jetzt in Frankfurt vor Gericht. Viel zu spät, aber immerhin. 13 Jahre Haft muß er bereits wegen seiner Tätigkeit als Führer der Deutschen Aktionsgruppen verbüßen, auf deren Verbrechenliste zahlreiche Anschläge und zwei Morde stehen.

Dieser Prozeß brachte eine Überraschung. Nach „eingehender Rücksprache“ mit seinem Verteidiger nahm Roeder seine Darstellungen zurück. Er wisse heute, „daß in Auschwitz Juden in großer Zahl getötet wurden, allein weil sie Juden waren“, er sei „jetzt überzeugt, daß in Auschwitz eine Massvernichtung der Juden stattgefunden“ habe. Und er „bedauere“, das Vorwort zur „Auschwitz-Lüge“ geschrieben zu haben: „Niemand mehr werde ich einen Beitrag zu einer derartigen Schrift leisten.“

Was davon zu halten ist? An eine plötzliche Läuterung des faschistischen Verbrechers kann man wohl kaum glauben. Näher liegt da schon die Annahme, daß er es mit der Angst bekommen hat; er wollte sein Strafmaß wohl nicht noch höher werden

lassen und sich die Chance offenhalten, nach Verbüßung von zwei Dritteln dieser Strafe bereits wieder entlassen zu werden. Unter Berufung auf die bereits ausgesprochenen 13 Haftjahre hatte er bereits vor Beginn des Frankfurter Prozesses dessen Einstellung beantragt, die Staatsanwaltschaft aber hatte dies von einer Distanzierung abhängig gemacht — jetzt hat sie diese bekommen. Und prompt wurde das Verfahren auch eingestellt, aus der Volksverhetzung wurde eine „unwesentliche Nebenstraftat“.

Roeders öffentliche Erklärung ist eine Schlappe für die Neonazis insgesamt, denen es kaum gefallen wird, daß ihr „großer Held“ plötzlich Muffensausen bekommen hat.

Diskussion und Mobilisierung in der Gewerkschaft

Korrespondenz aus Emden

Ich möchte euch heute über zwei Ergebnisse berichten, die hier in Emden stattgefunden haben. Das eine ist eine Funktionärsversammlung der IG Metall, auf der Hans Janßen zum Thema „Lohnrunde 82/83“ gesprochen hat. Das andere ist, wie die Vorbereitungen zur Demonstration am 6. November in Hamburg gelaufen sind.

Vorweg zu Hans Janßen. Er ist nach wie vor geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IGM und verantwortlich für die Tarifpolitik. Er hatte zwar auf der Klausurtagung vom 22. September in Ludwigsburg seinen Rücktritt angeboten, wurde dann aber nach einer Diskussion im Vorstand dazu bewegt weiterzumachen. Was er auch tut. Die Auseinandersetzungen hatten sich daran entzündet, daß H. Janßen ein leidenschaftlicher Verfechter der Tariffront war und ist. Der Vorstand hat sich ja auf Druck der Gewerkschaftsbasis für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, also für die 35-Stunden-Woche entschieden. Ich will nur auf ein paar Dinge aus dem Redebeitrag von H. Janßen eingehen.

Da war zuerst einmal der Regierungsturz. Er hat behauptet, daß es die SPD gewesen sei, die die Koalition mit der FDP aufgekündigt hat. Und das sei nur auf Drängen der Gewerkschaften geschehen. Janßen ist nun richtig erleichtert, daß die Erpressereien durch die FDP endlich ein Ende haben. Kein Wort der Kritik an den Vorbereitungen der SPD zur heutigen politischen Situation. Als ein Diskussionsredner gerade den Punkt, das Scheitern der SPD, aufzeigte und es verurteilte, der FDP die alleinige Schuld zu geben, waren die Reaktionen bei den Teilnehmern sehr gespalten.

Janßen wies darauf hin, jetzt unter der neuen Regierung wird den Gewerkschaften ein schärferer Wind ins Gesicht blasen. Dies besonders in den nächsten Lohnrunden und speziell im Kampf um die 35-Stunden-Woche. Denn dieser Kampf wird die größten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeitern hervorrufen, wie es sie in der letzten Zeit nicht gegeben hat.

Aber H. Janßen machte keinen Hehl daraus, daß ihm persönlich nach wie vor die Tarifrunde mehr am Herzen liege. Dieses Gebiet dürfe nicht den Gesetzgebern überlassen werden, sondern müsse Bestandteil der Tarifpolitik sein. Ansonsten hoffe er, daß, bis er auf Rente ginge, die Lebensarbeitszeit verkürzt sein wird, damit er schon früh seinem Lieblingshobby — dem Lesen — nachgehen könne. Ein Kollege der Nordferro Werke macht auf der Versammlung den Vorschlag, eine Resolution zu verfassen, die den Ausschluß

von Norbert Blüm aus der IGM fordern solle. Dieser Vorschlag wurde von mehreren Kollegen untermauert. Der Versammlungsleiter ließ diesen Vorschlag wurde von mehreren Kollegen untermauert. Der Versammlungsleiter ließ diesen Vorschlag aber im Sande verlaufen. Und Janßen bemerkte in seinem Schlußwort, das IGM-Mitglied Blüm, und er sage bewußt nicht „Kollege“, solle doch ruhig in der IGM bleiben — diese Toleranz können wir uns doch leisten —! Zwischenruf: Wie sieht es mit der Toleranz nach links aus?

In der anschließenden Diskussion kritisierten Redner in ihren Beiträgen die Resolution des Vorstandes „Verkürzung der Wochenarbeitszeit“, wobei sie auf zwei Dinge besonders eingingen. Zum einen wo unter Punkt 3 steht „... daß es in dieser Tarifbewegung in erster Linie um die Sicherung der

noch? — Dann soll es auch so klar und eindeutig geschrieben werden!

Nun zu den Vorbereitungen der Demonstration am 6. November in Hamburg. Mitte Oktober fand bei VW eine Vollversammlung der Vertrauensleute statt, auf der die Kollegin Wiebe Wohlenberg der Bezirksleitung Hamburg zum Thema: „Wir wehren uns gegen den Sozialabbau und kämpfen für gezielte Beschäftigungsprogramme in Norddeutschland“ sprach. Dieses Referat enthielt eine Reihe interessanter Gesichtspunkte. Gleich am Anfang erwähnte sie, daß die IGM sich für Hamburg das Ziel gesetzt habe, 50000 Menschen zu mobilisieren. (Doppelt so viele sind gekommen. Ich habe mich sehr gefreut).

Im Gegensatz zu H. Janßen bekräftigte W. Wohlenberg, daß nach dem Regierungswechsel in Bonn nicht vergessen werden

Vorgehensweisen entwickelt und eingeübt werden. Es sei eine Existenzfrage für die Gewerkschaften, wie weit sie in der Lage seien, auch große, harte Kämpfe mit allen Kolleginnen und Kollegen zu führen. Denn in der Vergangenheit habe man ja vieles lieber dem Gesetzgeber überlassen als es zu erkämpfen. Man war unkritisch den Regierenden gegenüber.

Als in der Diskussion über das Referat aufgezeigt wurde, daß gerade die Forderung „Die Reichen sollen die Krise bezahlen“ notwendiger denn je sei, ging W. W. in ihrem Schlußwort noch darauf ein. Diese Forderung würde ja die Systemfrage stellen, unser Wirtschaftssystem in Frage stellen; so weit wären die Gewerkschaften heute noch nicht. Jetzt müßten erst einmal Forderungen im Rahmen des Systems gestellt werden.

Es war klar, daß wir — was die Mobilisierung anbetraf —



So mobilisiert wie zu diesen DGB-Demonstrationen wurde lange nicht mehr — der Bericht gibt einen Eindruck davon.

Realeinkommen durch Ausgleich der Preissteigerungsrate geht...“ Die Kollegen hoben hervor, daß die Sicherung der Realeinkommen wohl das mindeste wäre, daß aber der Ausgleich der Preissteigerungsrate noch lange nicht die Realeinkommen sichere, da in der Preissteigerungsrate viele wichtige Dinge nicht enthalten seien. Auf der anderen Seite wir aber eine Reallohnsteigerung brauchen, um die Verluste der letzten Jahre auszugleichen. Zu Punkt 4 der Resolution des Vorstandes wurde kritisiert, daß dort nicht die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich beim Namen genannt wird. So wäre die Formulierung zu schwammig und mehrdeutig auszulegen. Darauf hakte H. Janßen sofort ein und erklärte, daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich doch für alle selbstverständlich ist. Was sagte er oben

dürfte, daß die Anfänge für diese unsoziale Politik von der SPD/FDP-Regierung gelegt worden seien. Durch die neue Regierung sei die Demokratie in der BRD bedroht, also auch die Grundlagen für die Gewerkschaften, und dieser Offensive müßte nun entschieden entgegengetreten werden. Die Gewerkschaften müßten viel mehr machen als bisher, es mangle vor allem an konkreten Konzepten gegen die Arbeitslosigkeit, soziale Demontage und Arbeitsplatzvernichtung. Als Beispiel führte sie den Kampf bei AEG an und kritisierte, daß der Kampf nicht konsequent geführt würde und die Gewerkschaften Angst hätten, die gesamte Belegschaft gemeinsam zu mobilisieren. Aber gerade die Mobilisierung aller Mitglieder der Gewerkschaft, aller Kollegen, sei heute unbedingt notwendig. Gerade hier müßten neue

die Gelegenheit gleich beim Schopfe packen mußten. Am nächsten Tag ging die Mobilisierung im Betrieb los. Die Ortsverwaltung rechnete mit ca. 1300 Kollegen aus allen Emdener Metallbetrieben. Es sollten ja 50000 in Hamburg werden. Wie schon gesagt, es wurde das Doppelte, und hier bei uns in Emden sogar noch mehr.

Die IGM organisierte hier so: die Kolleginnen und Kollegen konnten ihren Ehepartner und die großen Kinder kostenlos mit nach Hamburg nehmen. Bei VW meldeten sich am ersten Tag der Mobilisierung schon 1000 Mitfahrer. Es gab eine kleine Panik bei der Gewerkschaftsführung am Ort! Die Zahlen stiegen ständig!

Vertrauensleute hatten Transparente gemalt. Allerdings, die kämpferischsten Parolen wurden von der OV gestrichen.

So zogen wir also am Samstagmorgen mit 3000 Kolleginnen und Kollegen aus Emden — nur die IGM hatte nach Hamburg mobilisiert; die anderen Gewerkschaften waren schon am Donnerstag mit Sonderbussen nach Bremen gefahren — zu zwei Sonderzügen. 3000 — das hat es in Emden noch nicht gegeben! Zu den 1.-Mai-Demonstrationen kamen auch „nur“ 2500 bis 3000. (Aus Leer fuhr noch ein Sonderzug der IGM mit 1500 und aus Wilhelmshaven einer mit 500 Kollegen)

Die Stimmung in den Zügen und auf der Demonstration in Hamburg war gut. Wir hatten

u. a. Transparente mit Losungen wie:

- 35 Stunden sind genug;
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich;
- Lohnstopp nein — Reallohnsicherung muß sein;
- nicht ducken — aufmucken
- gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung;
- Stempelgeld ist kein Ersatz für einen sicheren Arbeitsplatz;
- Arbeiter gegen Sozialabbau;
- der DGB macht Dampf — wenn es sein muß mit Kampf.

Die hohe Beteiligung aus den Betrieben wird sich bestimmt positiv auf die kommende Lohnrunde auswirken.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohende werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.

Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Revolution?

Hallo Leute, ich habe euch vor einiger Zeit einen Brief geschrieben. Für eure Antwort möchte ich mich zunächst bedanken!

Leider muß ich euch schon wieder mit ein paar Fragen „bombardieren“. Nun, vor einigen Tagen habe ich — in einem Gespräch mit unserem Klassenlehrer — erfahren, daß die KPD in der BRD offiziell verboten ist. Ich bin nun im unklaren, ob dies stimmt oder nicht! Außerdem besteht die Frage, ob in der Bundesrepublik überhaupt noch ei-

ne Revolution stattfinden kann. Die BRD ist doch im Gegensatz zu „manchen“ lateinamerikanischen Staaten ein Industriestaat, der doch nicht „ohne weiteres“ in einen kommunistischen Staat umfunktioniert werden kann. Zum einen wäre das Problem, die Bundesbürger von der konservativen Seite auf die extreme linke zu gewinnen; zum anderen, wenn auch die große Mehrheit der Deutschen revoltieren würde, stünden doch in kurzer Zeit amerikanische Armeen vor unserer Haustür. Denn die Kapitalisten würden doch „ihre“ Besitztümer in Deutschland nicht ohne weiteres hergeben. Ein Leser aus Bad Liebenzell

So kritisieren?

Liebe Genossen! Ich bin unregelmäßiger „Roter-Morgen“-Leser. Und habe auch den „Roten Morgen“ vom 5. 11. 82 gelesen.

Das Schreiben der Wertzelle Bremen zur MG finde ich sehr interessant. Es heißt dort: „Als Wesentliches greifen sie hier den Betriebsrat von Vulkan an! Dabei ist der noch einer der wenigen guten und kämpferischen Kollegen!“

Ich habe das besagte MG-Flugblatt in die Hände bekommen. Der kämpferische Betriebsrat hat alle Maßnahmen der Betriebsleitung mitbestimmt und seine Zustimmung zu den geplanten 500 Entlassungen gegeben! Schön aufgeteilt in ordentliche Kündigungen und Entlassungen durch natürliche Fluktuation. Ebenso wird eine 20prozentige Akkordkürzung vom Betriebsrat verantwortungsvoll umgesetzt. Wenn das zu kritisieren, „Handgreiflichkeiten“ einbringen soll, dann bin ich doch sehr verwundert.

In kritischer Solidarität Hajo aus Bremen

+++ Leserbrief +++ Leserbrief +++ Leserbrief +++ Leserbrief +++

ARBEITEN MIT ASBEST — TOD AUF RATEN

DER STOFF

Asbest ist ein faseriges Mineral, das in vielen Teilen der Welt im Tagebau gewonnen wird. Asbest ist säure- und feuerfest und wird, wegen seiner faserigen Struktur, in verschiedenen Formen zu Dämmstoffen, Dichtungen, Garn und Bauelementen verarbeitet. Die bekanntesten Asbestprodukte sind feuerfeste Schutzkleidung, Wärmeisolierungen in Platten und Bahnen sowie der Baustoff Asbestzement, aus dem Wand- und Fassadenplatten, Dachdeckungsmaterialien, Rohre und andere Formstücke bis hin zu Blumenkästen gefertigt werden. Mindestens 3000 Produkte, so lauten Schätzungen, werden aus den jährlich importierten 200000 Tonnen des Gesteins bei uns hergestellt. Die gefährlichste Art der Verwendung ist das Aufspritzen von Asbestisierungen.

Nun ist die Gefährdung durch Asbest nicht nur bei den Menschen gegeben, die die Asbestprodukte herstellen, sondern bei vielen mehr, die am Bau, ja sogar als Heimwerker mit diesem Material umgehen. Wie der Skandal um die Sporthallen zeigt, ist dieser Kreis kaum mehr einzugrenzen.

Nach Angaben des DGB sind heute immer noch ungefähr 1 1/2 Millionen Arbeiter in — zwar unterschiedlichem Maße — aber immerhin den Einwirkungen dieses gefährlichen Materials am Arbeitsplatz ausgesetzt.

DIE GEFAHREN

„Auch jetzt noch — Krebserreger Nr. 1 in der Arbeitswelt“ nennt der DGB diesen Stoff. Seit ungefähr 100 Jahren wird in Deutschland Asbest verarbeitet und schon kurz danach wurden die ersten — und immer noch gültigen — Krankheitsbilder beschrieben.

Die Asbestose ist seit 1907 bekannt. Hierbei handelt es sich um eine diffus in der Lunge verteilte Narbengewebsbildung, die oft nach langjähriger Einatmung von Asbeststaub auftritt.

Der Asbestlungenkrebs, bekannt seit 1933, unterscheidet sich in keinen wesentlichen Auswirkungen vom Bronchialkrebs, der auch aus anderen Ursachen herrühren kann. Hierbei handelt es sich um ein ungehemmtes, bösartiges Tumorzellwachstum, das von den Bronchialschleimhäuten ausgeht. Es ist lebensbedrohlich.

Das Mesotheliom ist ebenfalls ein bösartiges Tumorzellwachstum, das von den Zellen des Rippenfells oder Bauchfells ausgeht.

All diese Krankheiten entstehen vor allem durch das Einatmen der bei der Asbest-Produktion und Verarbeitung entstehenden Staubteilchen, deren Konzentration entscheidenden Einfluß hat. Oft ist es so, und durch verschiedenste Untersuchungen auch bewiesen, daß durch Asbest ausgelöste Krankheiten erst nach 15 bis 40 Jahren voll zum Tragen kommen und auch dann noch sehr schnell zum Tode führen.

Unter diesen Gefahren leben tausende Arbeiter. Nackte Zahlen sind schon grausam genug. Bei 250000 Tumortodesfällen in den USA schätzt eine Studie die asbestbedingten Tumorfälle auf 22 bis 26 Prozent. Erschütternd aber sind zum Beispiel die Erfahrungen des ehemaligen Betriebsrates einer Asbestverarbeitungsfirma, Kurt Ledwan, der schon im Juni 1980 einer Gewerkschaftszeitung berichtete.

SCHICKSALE

Kurt Ledwan über seine Erfahrungen: „Klaus H. begann 1952 eine Isolierlehre. Er wurde auch mit der Herstellung von Isoliermatten aus reinem Blauasbestgewebe, die mit Weißasbestgewebe vernäht und verstopft wurden, beschäftigt.“

Auch sein Vater war damals schon sieben Jahre in der Firma tätig. 1956 begann Klaus H. seine Montagetätigkeit. 1960 starb sein Vater. Todesursache nach langmonatiger qualvoller Leidenszeit: Krebs.

1971 begann der Leidensweg von Klaus H. Der Arzt erstattete Anzeige über eine Berufskrankheit. Anerkannt wurde jedoch nur eine beginnende Asbestose. Die DGB-Sozialrechtsstelle klagte für Klaus H. Gerichtstermine, Gutachten, Gerichtstermine — so ging das jahrelang. Im September 1977 wird endlich eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE), mittlerweile von 40 Prozent anerkannt.

Ein Jahr später kann Klaus H. seine Montagetätigkeit nicht mehr ausüben. Etliche Male muß er ins Krankenhaus. Doch zwischendurch arbeitet er immer wieder trotz starker Schmerzen, die auch mit immer stärkeren Medikamenten nicht erträglich werden.

Weihnachten 1979 tritt Klaus H. einen Kurzurlaub an. Anfang Januar wird er in seinem Urlaubsort in ein Krankenhaus eingeliefert. Diagnose: Krebs. Am 11. Januar stirbt Klaus H. nach großen Qualen. Klaus H. war in der Firma der vierzehnte Sterbefall, dessen Ursachen auf den Umgang mit Asbest zurückzuführen ist. Im April 1981 folgte bereits der fünfzehnte.

BSE für Asbestverbot

Die Gefahren, die gerade bei der Verarbeitung von Asbest auftreten, treffen besonders viele Bauarbeiter. Der letzte Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden im Oktober hat deswegen für die Zukunft ein generelles Herstellungs- und Anwendungsverbot für Asbestprodukte gefordert. In dem Forderungskatalog der IG-BSE heißt es weiter:

- Alle gesundheitsgefährdenden Asbestarten sind für die Zukunft zu verbieten.
- Asbest darf nicht verwendet werden, wenn weniger gefährliche Ersatzstoffe verfügbar sind.
- In Fällen, in denen Asbest nicht ersetzt werden kann, müssen die Behörden in jedem Einzelfall eine Übergangsperiode bestimmen, um einen ungefährlichen Ersatzstoff oder eine annehmbare Lösung zu finden...

Kurt Ledwan fragt, wer wird der nächste sein? Ist es die Kollegin W., 39 Jahre alt, Mutter von zwei Kindern mit einer MdE von 40 Prozent? Ist es der Kollege K., Vater von zwei Kindern, 44 Jahre alt, mit einer MdE von 100 Prozent? Sein Vater war

Anfang November fand in Dortmund eine Informationstagung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung statt. Thema: Asbest.

Erst kürzlich wurde die Öffentlichkeit wieder mit einer Meldung aufgeschreckt, die die Gefahren dieses Stoffes zeigten: Mehrere Sporthallen in der Bundesrepublik mußten geschlossen werden, weil asbesthaltiges Material die Luft in diesen Turnhallen in einem Maße verseucht hatte, das weit über den gesetzlichen Höchstwerten lag und somit die Sporttreibenden direkter Krebsgefahr aussetzte.

Die Tagung in Dortmund, die sich vorrangig mit Ersatzstoffen für Asbest befaßte, machte die Gefahr vor allem für die in der Produktion und Verarbeitung beschäftigten Arbeiter deutlich.

ebenfalls Opfer seines Berufes. Er starb an Bronchialkrebs.

Ist es die Kollegin R., 39 Jahre alt, Mutter von vier Kindern, deren MdE sich innerhalb eines Jahres von 20 auf 70 Prozent veränderte? Oder bin ich es selbst; zur Zeit noch mit einer MdE von 40 Prozent. Die Zahl der Erkrankungen im Firmenbereich wächst stetig. Bis jetzt gibt es über 50 registrierte BK (Berufskrankheiten)-Verfahren. 42 erhalten bereits Rente. Und er stellt lakonisch fest: Nach einer Statistik von Prof. Ulmer bleiben den Erkrankten von der Berufskrankheitenanzeige bis zum Ableben nur sieben, acht Jahre. Mir verblieben demnach noch ganze 18 Monate.“

(Zitiert nach: „Der Gewerkschafter“, Nr. 6/81)

ALLES IM GRIFF?

Auf der oben erwähnten Tagung in Dortmund traten natürlich auch Vertreter der Asbestindustrie auf, deren Stellungnahme

schäftigt. Zwar gab es dort eine Absaugvorrichtung für Asbeststaub, die aber verbesserungsbedürftig war. Die Firma stellte keine Schutzkleidung, und die notwendige, gesonderte Aufbewahrung der asbeststaubhaltigen Arbeitskleidung war nicht gewährleistet. Eine Betriebsanweisung für die gefährliche Arbeit gab es nicht, die Erstellung einer solchen Anweisung wurde immer wieder herausgezögert, weil man Angst davor hatte, daß die Arbeiter den vollen Umfang der Gefährdung erkennen, der von ihrer Arbeit ausgeht!

In einer Baustoffhandlung wurden Asbestzementplatten mit einer Handsäge geschnitten, die keinerlei Absaugvorrichtung hatte. Die Abfälle, also vor allem Asbeststaub und Späne, wurden einfach zusammengekehrt und in offene Müllcontainer geworfen. Medizinische Vorsorgeuntersuchungen für die vier Arbeiter an der Säge und 16 weitere Beteiligte gab es nicht.

In einem anderen Baustoffhandel sah es ähnlich aus, da

chende Beseitigung von asbesthaltigen Abfällen (nur mit Beseitigung).

Weiter wurden vor allem bemängelt:

- a.) Fehlende Betriebsanweisungen,
- b.) fehlende Vorsorgeuntersuchungen,
- c.) fehlende Messungen.

Soweit zu den konkreten Arbeitsbedingungen, die von der Industrie schlichtweg geleugnet werden. Und das ist nur die Spitze eines Eisbergs, denn viele Gewerbeaufsichtsämter sind technisch und personell überhaupt nicht in der Lage, ihre notwendige Aufsichtsfunktion durchzuführen.

Hauptargument der Industrie gegen schärfere Schutzbestimmungen oder das Verbot der Asbestproduktion und Verarbeitung ist die angeblich auf vollen Touren laufende Forschung, die schon bald Ersatzstoffe gefunden haben wird, so daß sich das Problem somit langsam aber sicher von selbst erledigen wird. Aber darauf darf man nicht bauen.

Es gibt schon heute Ersatzstoffe, andere Länder, Schweden etwa, haben die Asbestproduktion verboten, und die Absichten der Industrie sind ganz eindeutig die, die Gefahren zu verharmlosen, neue Regelungen auf die lange Bank zu schieben, um weiter das Geschäft mit dem todbringenden Stoff zu machen.

So bekam der NDR eine „Unterlassungsverfügung“ vom Wirtschaftsverband Asbest aufgedrückt, als er einen kritischen

Auf der anderen Seite: In Ländern, in denen z.B. Asbestbremsbeläge verboten sind, exportieren deutsche Hersteller Automodelle, die diesen Auflagen genügen, während auf dem westdeutschen Markt weiter mit Asbest gefahren wird. Und der Wirtschaftsverband Asbest dazu, auf der Tagung in Dortmund: „Es darf nicht so weit kommen wie in Skandinavien...“

VERBOT!

Die Industrie versucht nun, alle Kritiker der heutigen Asbestproduktion und Verarbeitung, in eine industriefeindliche, ökologische Ecke zu stellen. Wer mehr will, als das, was die Industrie tut, gefährdet die Arbeitsplätze, heißt es dann. Für diese Argumentation bieten vielleicht einige extrem grüne Kräfte einen guten Vorwand, nicht aber die Gewerkschaften und die Kollegen, die ein im wahrsten Sinne des Wortes lebenswichtiges Interesse an der Änderung ihrer Arbeitsbedingungen haben.

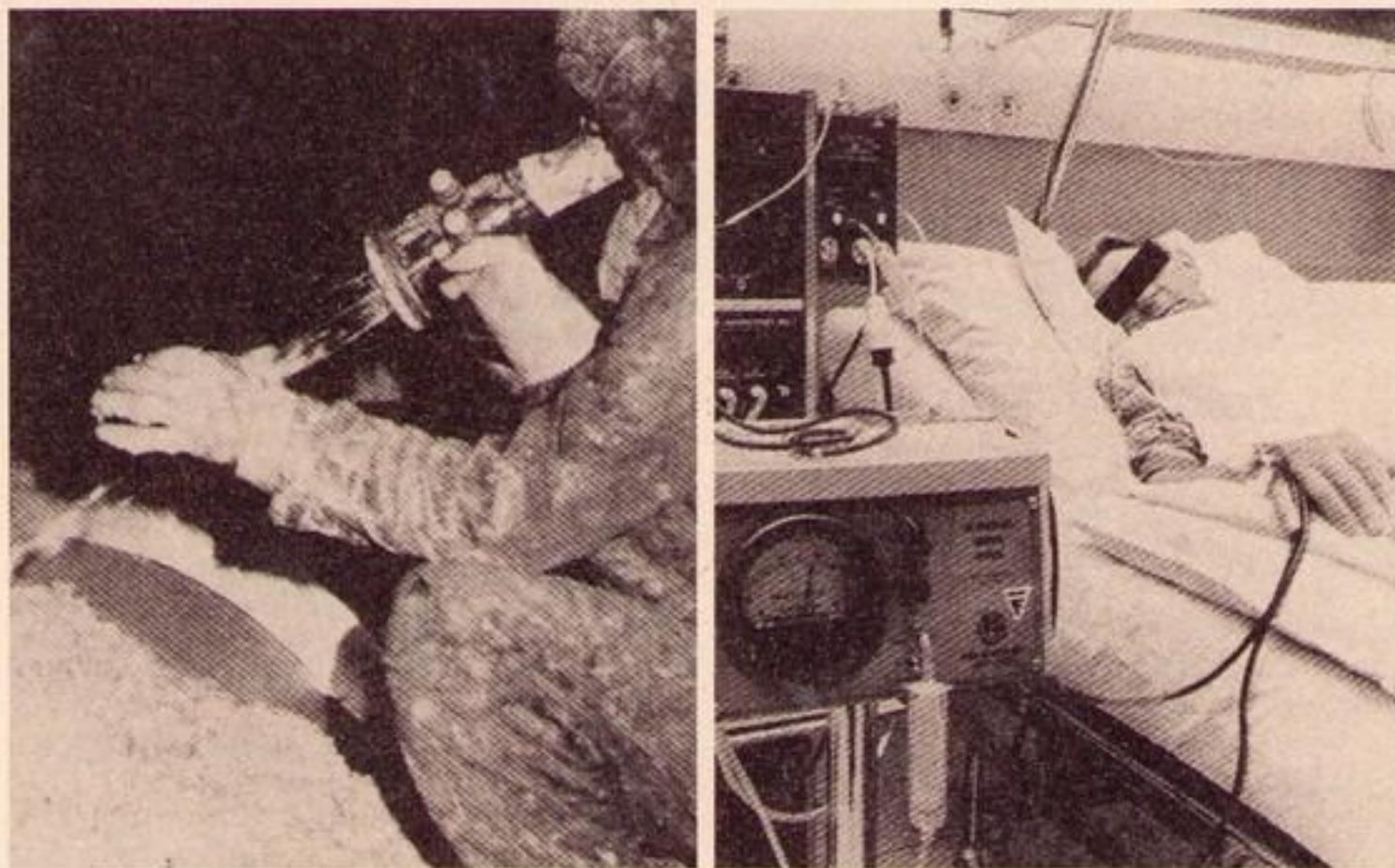
Es waren ja die Gewerkschaften, die schon vor mehr als zehn Jahren die ersten größeren Kampagnen gegen diese Gefährdung durchführten, die in jahrelangen Musterprozessen die Anerkennung der Asbestschädigungen als Berufskrankheiten durchsetzten.

Der schon oben erwähnte Kurt Ledwan z.B. hat praktisch als Einzelkämpfer in detektivischer Kleinarbeit allein über 100 Fälle von asbestbedingter Krankheit, oder als Todesursache nachgewiesen. Und die durchgesetzten, noch immer zu niedrigen Schutzbestimmungen und Aufsichtsregeln haben dazu geführt, daß die erkannten Fälle von Rippen- und Bauchfellkrebs in dieser Branche von 1977 bis 1981 um das achtfache angestiegen ist.

Und die Dunkelziffer ist sicherlich noch um einiges höher. Darum muß hier noch viel mehr geschehen. Sicher ist es richtig, zunächst breit und offensiv über die Gefahren aufzuklären. Unbestritten ist, erstmal auf der konsequenten Einhaltung aller bestehenden Schutzvorrichtungen zu bestehen. Und die schrittweise Herabsetzung der „erlaubten“ Höchstmengen an Asbeststaub in der Luft am Arbeitsplatz zu verlangen, die in anderen Ländern schon viel niedriger angesetzt sind.

Entscheidend aber wird es sein, den Kampf für die Gesundheit — oder genauer das Leben — der Kollegen mit dem Ziel des absoluten Verbots der Asbestproduktion und Verarbeitung zu führen, wie es jetzt der IG-Bau-Steine-Erden-Gewerkschaftskongreß getan hat. Dieser Kampf allerdings kann nicht von einigen wenigen Einzelkämpfern geleistet werden, wie etwa durch den engagierten Kurt Ledwan, der seine Recherchen selbst auf den Friedhöfen, an den Gräbern seiner Kollegen begann, er kann auch nicht durch den Redebeitrag auf Fachtagungen gewonnen werden, sondern nur im konsequenten Kampf gegen die Kapitalisten, die für ihre Profite das Leben der Arbeiter riskieren.

So notwendig und richtig alle bisher aufgeführten Aktivitäten sind, werden sie allein nicht zum Erfolg, nämlich zum Verbot der Asbeststoffe führen, wenn der DGB nicht alle, im weitesten Sinne betroffenen Kollegen gegen den Tod auf Raten mobilisiert.



Arbeiterschicksal in der Asbestverarbeitung. Nach jahrelanger harter Arbeit qualvolles Siechtum auf der Krebsstation.

man kurz in folgenden Worten zusammenfassen könnte: „Wir tun, was wir können.“ Nach den Ausführungen der Sprecher des Wirtschaftsverbandes Asbest e.V. läuft die Forschung und Entwicklung von Ersatzstoffen für Asbest auf Hochtouren, sind die vorhandenen Arbeitsplätze, an denen Asbest verarbeitet oder behandelt werden, so ungefährlich wie noch nie.

Dem gegenüber stehen aber einige knallharte Fakten. Sogar die heute geltenden, und noch viel zu schwachen Schutzbestimmungen werden nicht eingehalten, und solange die Firmen noch gute Geschäfte mit Asbest oder Asbestprodukten machen können, tun sie es — mit allen Mitteln. Auch dazu einige Beispiele, die ein Sprecher der hessischen Gewerbeaufsichtsämter darlegte.

In einem Unternehmen sind mehr als 80 Arbeiter mit dem Schleifen und Nieten von asbesthaltigen Bremsbelägen be-

war nicht einmal für die Beseitigung der Asbestabfälle vorgesorgt, die blieben einfach liegen.

Die Liste konkreter Verstöße könnte man seitenlang weiterführen, wir beschränken uns darauf, die Zusammenfassung der häufigsten Verstöße, wie sie die hessische Gewerbeaufsicht festgestellt hat, zu zitieren.

Danach sind das folgende gravierende Verletzungen der Arbeitsschutzbestimmungen:

1. Das Schneiden asbesthaltiger Produkte mit Trennschleifern (insbesondere auf Baustellen).
2. Das Schleifen und Drehen von Bremsbelägen ohne technische Schutzmaßnahmen.
3. Das Ausblasen von Bremsbelägen nach der Bearbeitung ohne Absaugung.
4. Die Entleerung gefüllter Staubsammelgefäße und -beutel von Hand in einen Müllcontainer ohne jegliche Schutzmaßnahmen.
5. Die z.T. völlig unzurei-

Bericht über die Gefahren in der Asbestproduktion senden wollte. Die Strafe, den „Schadenersatz“, kann im Falle einer Sendung die Asbestindustrie selbst bestimmen!

Die Düsseldorfer Firma Garlock, die ein asbestfreies Konkurrenzprodukt auf den Markt bringen wollte, wurde vom Wirtschaftsverband Asbest mit einstweiligen Verfügungen in Millionenhöhe unter Druck gesetzt. Das Ziel dieser Aktion, so der DGB, war es, „für den Neuling den Markt dicht zu machen“.

Und die Lobby der Asbestindustrie sorgt weiter vor. So hat das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau noch am 30.7. dieses Jahres in einem Erlaß erklärt, daß Asbestzementprodukte auch weiterhin für Bundesbauten verwendet werden dürfen, und die Länder und Gemeinden aufgefordert, genauso zu verfahren.

Wahlen in Spanien

Sie stimmten gegen den Faschismus

Der Ausgang der spanischen Wahlen vom 28. Oktober hat überrascht: nicht die Tatsache, daß die sozialdemokratische PSOE (Partido Socialista Obrero Español — Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens) die Wahlen gewann, sondern wie überlegen dies geschah, war daran das Unerwartete. Ebenso war das Ausmaß der Stimmverluste für die bis dahin regierende UCD größer als erwartet. Wie kamen diese Ergebnisse zustande und welche weitere Entwicklungsmöglichkeiten werden dadurch geschaffen?

Die PSOE hatte in der Wahl 1977, also vor fünf Jahren, 28,1 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Das waren etwa 5,2 Millionen Wählerstimmen. Über 30 Prozent bei den Wahlen im Jahre 1979 konnte sich die sozialdemokratische Partei jetzt auf 46 Prozent steigern, rund 10 Millionen Stimmen. Dabei war die PSOE in 46 der 52 Stimmprovinzen die stärkste Partei. In 17 Provinzen gewann sie die absolute Mehrheit (was keiner anderen Partei irgendwo gelang), in fünf davon deutlich über 60 Prozent der Stimmen.

Gerade umgekehrt die Entwicklung der UCD, die einen katastrophalen Sturz in die Bedeutungslosigkeit hinnehmen mußte. Sie fiel von 168 auf ganze 12 Abgeordnete, während die PSOE von 121 auf 201 anstieg. Eine schwere Niederlage mußten auch Carillos Eurokommunisten hinnehmen (PCE beziehungsweise, in Katalonien, PSUC), die beim letzten Mal noch 1,9 Millionen Stimmen und 23 Abgeordnete hatten (und damit drittstärkste Partei waren) und diesmal mit 0,8 Millionen Stimmen gerade noch auf 5 Sitze im Parlament kamen. Die zweite Kraft ist heute die Alianza Popular geworden, die von 9 auf 106 Sitze anstieg.

Diese Fakten, (die sich noch leicht verändern können, bis das endgültige Ergebnis bestätigt ist), zeigen die klare Herausbildung zweier politischer Gruppierungen. Während die PSOE alle Stimmen der PCE und der allermeisten derjenigen, die sich bei der letzten Wahl enthalten hatten, erreichte, konzentrierten sich die Stimmen der Rechten nur noch auf eine einzige Partei: AP.

Um diese Tatsache verstehen zu können, muß man die Vorgeschichte dieser Wahlen betrachten. Die früher amtierende UCD-Regierung mußte vom Recht der Regierungspartei, jederzeit Neuwahlen ansetzen zu können, Gebrauch machen, weil nicht nur die sie stützenden Parteien ihr diese Unterstützung entzogen, sondern auch die UCD selbst immer mehr in zerstrittene Fraktionen zerfiel. Das „Projekt“ einer konservativen Regierungspartei mit verschiedenen Flügeln wurde von der herrschenden Klasse verworfen.

Es wurde immer deutlicher, daß der Versuch, mit einer konservativen Partei einen reibungslosen Übergang für die Oligarchie zu schaffen, nicht gelang. Die UCD wurde zwischen den Mühlsteinen der Erwartungen des Volkes und der Forderungen der herrschenden Klasse zerrieben.

Es wird in diesem Wahlergebnis deutlich, daß nicht nur breite Teile der Bevölkerung diese Partei, die sie noch das letzte Mal gewählt hatten, nicht mehr wollten, sondern daß auch die herrschende Klasse Spaniens diese Partei nicht mehr wollte, sie nicht mehr gebrauchen konnte.

Ebenso wird in diesem Ergebnis deutlich, daß Carillos Politik, die sogenannte Kommunistische Partei Spaniens (PCE) immer mehr zu einer

sozialdemokratischen Partei zu machen, das Ergebnis, das mehr als die Hälfte ihrer Wähler zur PSOE abwanderten, eindeutig unterstützt hat. Und die PSOE zog die Stimmen all derer auf sich, die den Regierungsantritt der Alianza Popular verhindern wollten. Der Wahlsieg der PSOE läßt sich nur daraus erklären, daß die breite Masse der Wähler, der Arbeiterklasse vor allem, in der PSOE die Gegenkraft zum Aufstieg des alten Faschisten Fraga Iribarne an die Spitze einer Alianza Popular sahen, die von der Oligarchie zum Sammelpunkt der spanischen Reaktion aufgebaut wurde.



Polizeiterror auf Spaniens Straßen. Auch dagegen wandten sich die Wähler.

Und dies ist tatsächlich der zweite — neben dem Grad des Sieges der PSOE — wichtigste Aspekt dieser Wahlen: Daß in der AP Iribarnes eine organisierte politische Macht der Reaktion alles aufgesammelt hat, was an Stimmen für die verschiedensten Francisten und anderen Faschisten vorher da gewesen war, sowie die offenen rechten Stimmen für die UCD.

Aufgrund dieses Wahlausgangs besitzt die Reaktion in Spanien nun zwei „Karten“, die sie im Kampf um die Macht und die weitere Entwicklung Spaniens jederzeit ausspielen kann. Zum einen die Armee als Sammelbecken und Organisation der Putschisten mit der Möglichkeit eines militärischen Staatsstreichs zur Wiedererrichtung eines offenen Faschismus, zum anderen eben die AP, die jetzt die etablierte politische Vertretung der Faschisten aller Couleur und der gesamten Reaktion geworden ist.

Genau betrachtet war denn der gesamte Wahlkampf auch von dieser Drohung einer faschistischen Machtübernahme überschattet: Nicht nur, daß die Frage des Kampfes gegen die Monarchie von keiner großen Partei aufgeworfen wurde war dabei wichtig, sondern vor allem, daß Felipe Gonzalez in seinem gesamten Wahlkampf, wie auch in seinem Wahlprogramm eine Reform (sprich: Säuberung) beispielsweise und vor allem des Militärapparats ausschloß.

Neben der Stimmung gegen die Bedrohung durch den offenen Faschismus war auch die Opposition gegen den Einfluß des amerikanischen Imperialismus in Spanien, und dabei vor allem gegen den geplanten

NATO-Beitritt Spaniens, eine der wichtigsten Quellen für den Wahlsieg der PSOE.

Dabei rückte Gonzalez und mit ihm die gesamte Führung der PSOE im Verlaufe des Wahlkampfes immer mehr von dem ursprünglichen abgegebenen Versprechen einer Volksabstimmung über den NATO-Beitritt des Landes ab und ging dazu über, die Losung eines „Einfrierens der Verhandlungen“ auszugeben.

Gerade diese Frage aber wird eine sein, an der ihn seine Wähler messen werden, denn sie spielte in der ganzen Zeit eine wichtige Rolle. Ebenso werden auch die demokratischen Frei-

heiten ein solcher entscheidender Punkt sein, an dem die antifaschistischen Wähler ihre Hoffnungen erfüllt sehen wollen. Wie wenig weit es damit her ist, zeigt der Verbotsantrag von Innenminister Roson gegen die PCE/ML am Vorabend der Wahl, weil die Partei eine republikanische Propaganda entfaltet.

Von diesen beiden Problemen, der Politik in Bezug auf die NATO und die demokratischen Freiheiten, wie auch von den Maßnahmen zur Abwehr der Krisenfolgen für die arbeitenden Menschen, die ebenfalls versprochen wurden, wird die Kraft der neuen spanischen sozialdemokratischen Regierung abhängen.

In der Vergangenheit jedenfalls hat die Führung der PSOE beispielsweise nichts unternommen, um der putschistischen Gefahr zu begegnen, keine der großen Parteien hat dies getan (siehe dazu auch den RM 41/82), allein die PCE/ML hat hier Anstrengungen unternommen.

Daß diese Probleme vor Spanien stehen, zeigten schon die wenigen Tage nach der Wahl, als die Forderung nach einer Volksabstimmung über den NATO-Beitritt von verschiedenen Kreisen erneut erhoben wurde.

Ohne Zweifel ist die Lage in Spanien trotz des deutlichen Wahlsiegs der PSOE, der so vielen Hoffnungen Ausdruck gab, recht instabil, vor allem aufgrund des Wirkens der Faschisten verschiedener Prägung. Nur im Kampf gegen sie können demokratische Freiheiten ausgebaut und die Entwicklung stabilisiert werden.



Die Beerdigung von Heitor Furtado wurde zu einer Massenkundgebung gegen die faschistischen Generäle Brasiliens

Vor den Wahlen in Brasilien rollte eine Terrorwelle

Brasilianischer Abgeordneter von der Polizei ermordet!

Der Präsident wollte für den Wahlsieg „notfalls sündigen“

Am 22. Oktober, drei Wochen vor der Wahl, die am letzten Wochenende stattfand (Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor), wurde in Paraná im brasilianischen Bundesstaat Paraná der Abgeordnete Heitor Furtado von der PMDB-Oppositionspartei von der Polizei erschossen. Furtado war mit 26 Jahren der jüngste Abgeordnete im Bundesparlament Brasiliens gewesen — seinem Vater war vor fünf Jahren wegen seiner Kritik an der Militärdiktatur das Mandat entzogen worden.

Nahezu die gesamte Bevölkerung von Paraná gab Heitor Furtado das letzte Geleit, mehr als 20000 Menschen. Furtado wurde das bisher prominenteste Todesopfer einer neuen Terrorkampagne, mit der die regierenden Generäle in Brasília versuchen, ihre drohende Wahlniederlage zu verhindern.

Der frühere Chef des Geheimdienstes und heutige Staatspräsident Figueredo, der auch als Führer der Regierungspartei PDS im ganzen Land einen außergewöhnlich teuren Wahlkampf führt, hatte diese Kampagne persönlich eingeleitet. In einer Rede vor einer Versammlung von Honoratioren hatte er unterstrichen, er wolle um jeden Preis den Wahlsieg, selbst wenn

er dafür „große Sünden“ begehen müsse. Dem folgten bereits Mordanschläge auf zwei andere Kandidaten der PMDB-Oppositionspartei, darunter auch Vanderley Caixe, Mitglied des Volksblocks in der PMDB.

Mehrere Überfälle fanden auf Klebekolonnen der Opposition statt, und der gesamte Terror der Reaktion kostete in der letzten Zeit schon fast 300 Menschenleben — in den meisten Fällen Opfer der Polizei, die mordet wie zu den übelsten Zeiten der berüchtigten Todeschwadronen. Offensichtlich ist es so, daß die herrschenden Generäle im Angesicht des sich ausbreitenden Massenelends nicht mehr davon überzeugt sind, daß ihre bisherigen Maß-

nahmen gegen die Opposition ausreichen, um wichtige Siege der PMDB bei der Parlamentswahl und auch bei den gleichzeitigen Wahlen zu den Gouverneursposten der Bundesstaaten und den Stadträten zu verhindern. Zahlreiche Beschränkungen des Parteienrechts, des Rechts, sich zur Wahl zu stellen und Versammlungen abzuhalten, waren ebenso unter diesen bisherigen Maßnahmen wie schon „alltägliche“ Einschüchterungsversuche. Aber diese fruchteten nicht viel: in Rio de Janeiro versammelten sich trotz polizeilichen Verbots mehr als 30000 Menschen zur Wahlkundgebung der PMDB.

Aufgrund dieser Entwicklung wurde jetzt immer mehr zu Mord und Totschlag übergegangen, um Angst und Schrecken zu verbreiten. Deswegen werden jetzt immer mehr Stimmen der Generäle veröffentlicht, die Figueredo wegen der Wahl einen „Abenteurer“ nennen und die betonen, sie würden einen „kommunistischen Wahlsieg“ nicht hinnehmen — womit sie jegliche Opposition meinen.

Neue Debatte über Apartheid in der UNO

USA, Großbritannien und die Bundesrepublik an der Seite Südafrikas

In der Apartheids-Debatte der diesjährigen Vollversammlung der UNO sind vor allem die USA und Großbritannien, aber auch die Bundesrepublik von mehreren afrikanischen Sprechern wegen ihrer Unterstützung für Südafrika erneut hart kritisiert worden.

Der konkrete Anlaß war — wie schon so oft — der offene Bruch eines Beschlusses der UNO-Vollversammlung durch diese drei Regierungen. Am 21. Oktober hatte die UNO mit 121 gegen 3 Stimmen beschlossen, daß der Internationale Währungsfonds (offiziell eine Nebenorganisation der UNO) keine neuen Kredite an das südafrikanische Apartheidsregime geben solle. Eine knappe Woche später vergab der IWF im offenen Gegensatz zu diesem Beschluß einen Kredit über rund 2,6 Milliarden Mark.

Die drei Gegenstimmen bei Annahme der Resolution waren dabei von den Vertretern der USA, Großbritanniens und der BRD gekommen. Diese setzten

dann ihre Auffassungen innerhalb des IWF mit Stimmenmehrheit durch (denn dort gilt ja, daß jedes Land soviel Prozent der Gesamtstimmen hat, wie es Anteil am Grundfonds einbezahlt).

Es war beileibe nicht das erste Mal, daß eine Koalition gerade dieser drei Staaten in der UNO ins Kreuzfeuer der Kritik geriet, wenn es um die Unterstützung des Rassistenregimes in Pretoria ging.

Sicherlich: die neue Bundesregierung befindet sich damit in der „Kontinuität“ der Außenpolitik, die auch schon die SPD/FDP-Regierung gerade in Bezug auf Südafrika betrieben hatte. Die alte Bundesregierung pflegte sich in Abstimmungen über

konkrete Maßnahmen in der Regel zu enthalten, um dann praktisch den Rassisten zu helfen. Die neue Bundesregierung geht jetzt offensichtlich zur „amerikanischen Taktik“ in der UNO über: die Forderungen von unterentwickelten Ländern offen und frontal abzulehnen.

Unterstrichen wurde dies durch einen demonstrativen Akt: Der parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium wählte als Ziel seiner ersten Auslandsreise nach dem Regierungswechsel ausgerechnet Südafrika. Dort hielt er vor der deutsch-südafrikanischen Handelskammer in Johannesburg eine vor allem in Afrika vielbeachtete Rede, in der er den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der BRD und den südafrikanischen Rassisten forderte und die Bereitschaft der neuen Bundesregierung dazu unterstrich.

Demonstrationsaufruf Abzug der Briten aus ganz Irland Abzug der Rheinarmee aus der BRD

(Der wiedergegebene Aufruf der Irland-Komitees Bochum und Bremen sowie des Anti-H-Block-Komitees aus Frankfurt wird von der KPD unterstützt, der „Rote Morgen“ ruft seine Leser auf, sich nach Möglichkeit zu beteiligen)

**Zeit: 27. November, 11.00 Uhr
Ort: Dortmund, Mönchenwortplatz (neben MacDonalds) am Westenhellweg**

In der Bundesrepublik stehen insgesamt 60000 Mann Land- und 11000 Mann Luftstreitkräfte der Britenarmee als „British Army on the Rhine“ — Rheinarmee. Das sind mehr als ein Drittel aller britischen Heeresdaten.

Weitere fast 10 Prozent der britischen Truppen stehen im Norden Irlands, der gegenwärtig britisch besetzt ist. In viermonatigem Wechsel werden die dortigen Truppen, die zur Unterdrückung der irischen Bevölkerung und der Sicherung der englischen Kolonie Nordirland eingesetzt sind, gegen Soldaten der Rheinarmee ausgetauscht.

Der Austausch der Besatzungstruppen in Nordirland vollzieht sich über das Gebiet der BRD, d.h. aus England selbst werden nur Spezialeinheiten versandt.

Die Briten behaupten, ihre Soldaten seien als „Friedenstruppen“ in Nordirland; die Bundesregierung behauptet, die Rheinarmee sei in der BRD aus dem gleichen Grund.

Wie sieht der „Frieden“ der Briten in Nordirland aus?

- Seit 1968 sind fast 2000 Menschen von den britischen Besatzern friedlich erschossen worden;
- über 50000 sind friedlich eingesperrt worden;
- 1978 wurden 20000 Wohnungen durchsucht;
- täglich wird in den Britengefängnissen friedlich gefoltert;
- seit 1968 sind mindestens 30 Menschen an dieser Folter friedlich gestorben;
- die Straßen der nordirischen Städte sind gefüllt mit britischen Soldaten, die friedlich in Panzern und mit geladenen Armeewaffen Streife fahren;
- die Regional- und Sozialfonds der Europäischen Gemeinschaft (EG) unterstützen diesen Frieden mit über 1,2 Milliarden Mark, die die britische Regierung in den Ausbau der Kolonialarmee

steckte;

- jedes Jahr erfolgen staatliche Ausgaben von rund 1000 Mark pro Kopf der Bevölkerung in Nordirland für Friedenssicherung, von der Britenverwaltung unter „law and order“ aufgeführt.

Im Jahre 1980 gab es pro Tag durchschnittlich zwei Feuergefechte zwischen den Britentruppen und den Einheiten der Irischen Republikanischen Armee (IRA) und der Irischen Nationalen Befreiungsarmee (INLA).

Allein damals verloren 49 der britischen „Freiheitskämpfer“ ihr Leben.

Das ist der Legende von der „Friedenstruppe“ entgegengesetzt.

herrscht, liegt an den britischen Kolonialisten. Sie haben ein in der Welt umfassendes Kolonialreich Stück für Stück aufgeben müssen — nirgendwo sind sie friedlich abgezogen. Sie sind mit Waffengewalt als Kolonisatoren und Besatzer gekommen und konnten regelmäßig nur mit Waffengewalt hinausgeworfen werden. Überall haben sie die gleiche Platte abgespielt: „Wir sichern den Frieden gegen die Terroristen“.

Überall haben sie das gleiche Interesse hinter dieser Ideologie verborgen: den Landraub und die Plünderung von Bevölkerung und Naturreichtümern durch die britischen Imperialisten.



Das spricht eher dafür, daß in Nordirland ein Kolonialkrieg geführt wird, auf dessen Seite die britische Regierung, die englischen Siedler in Nordirland und die britische Söldnerarmee stehen. Auf dessen anderer Seite die irische Bevölkerung und die Befreiungstruppen der IRA und der INLA sind.

Daß in Nordirland Krieg

So auch seit 800 Jahren in Irland.

Die BRD-Regierung und die BRD-Presse sind kräftig bemüht, die Lüge vom nordirischen „Friedenseinsatz“ zu verbreiten.

Die BRD-Regierung unterstützt den Briteneinsatz in Nordirland jährlich mit über 600 Millionen Mark, bis 1977 sind zusätzlich 6,5 Milliarden Mark gezahlt worden: in Nordirland sichern die Briten auch den westdeutschen Kapitalisten profitable Anlagebedingungen. Aus der BRD werden dadurch Arbeitsplätze billig verlagert und das Lohnniveau gesenkt.

In Nordirland führt die britische Armee ganz unverhüllt jeden Tag vor, was die „Freiheit“ und „Demokratie“ der in der NATO zusammengeschlossenen Imperialisten sind.

Die Rheinarmee ist in der BRD stationiert, um diese „Freiheit“ und „Demokratie“ der westlichen Kapitalisten nach Osteuropa — speziell in die DDR und die ehemals reichsdeutschen Gebiete — hineinzutragen. Laut Deutschlandvertrag sind die ausländischen Truppen, darunter die Rheinarmee, aus genau diesem Grund in der BRD stationiert. Dafür wünscht die BRD-Regierung ihre Stationierung, dafür zahlt sie auch.

Massive Unterdrückungswelle verhinderte großen Streik

Voreilige Jubelrufe Jaruzelskis

Die von der verbotenen Gewerkschaft Solidarność angekündigten Aktionen am Mittwoch letzter Woche seien ein Fehlschlag gewesen, so tönte die polnische Propaganda noch am selben Abend. Regierungssprecher Urban verstieg sich sogar zu der zynischen Bemerkung, die Arbeiter hätten sich nicht „durch Furcht verleiten“ lassen.

Und doch: mit Sicherheit spielte die Angst an diesem Tag eine große Rolle. Und zwar nicht vor Solidarność, sondern vor der Terrorkampagne der herrschenden Generäle.

Tatsache ist, daß die wichtigsten Betriebe, die in der Vergangenheit Zentren der polnischen Arbeiterbewegung waren, seit mehreren Wochen unter Militärverwaltung gestellt wurden, daß Offiziere das Geschehen bei den Ursus-Werken, der Lenin-Werft und der Nova Huta bestimmten, daß vor den Toren dieser Fabriken Truppen patrouillierten.

Die Regierung und die Armee hatten in den Tagen vorher deutlich gemacht, daß sie notfalls auch ein Blutbad anrichten würden, um eine große Streikbewegung zu verhindern. Sie waren jedenfalls die einzigen, die ihre Politik auf Angst, auf Terror und Einschüchterung aufbauten.

Zu beachten ist bei der Betrachtung der jüngsten Entwicklung in Polen natürlich auch die Erfahrung, die bei allen Aktionen seit der Errichtung der Militärdiktatur immer wieder erneuert wurde: daß die Propaganda der Pseudokommunisten in Uniform stets versucht, die tatsächlichen Ereignisse herabzuspielen, das Ausmaß der Widerstandsaktionen als so klein wie möglich darzustellen. So war es in den letzten Monaten, als Arbeiterblut in Polen floß, und so zeigt es sich auch dieses Mal.

Wenn in Warschau gesagt wird, es hätten nur 2000 Arbeiter im ganzen Land versucht, sich an Streikaktionen zu betei-

ligen so meldet zur selben Zeit Radio Wroclaw (Breslau) Aktivitäten von mehr als 5000 Menschen in dieser Stadt. Oder, wenn man die öffentlich bekanntgegebenen 800 Verhaftungen in bezug setzt mit dem bisherigen Zahlenverhältnis von Aktivisten und Festnahmen, kommt man, selbst bei einer wesentlichen Verschärfung des Kurses auf wesentlich breitere Aktionen, als man in Warschau eingestehen möchte. Das soll nun nicht so klingen, als habe dort ein Generalstreik stattgefunden, der einfach abgelehnt werde, das stimmt sicherlich nicht.

Aber was stimmt ist die nach wie vor einfache Tatsache, daß es in noch keinem Land nach der Errichtung einer Militärdiktatur gegen die Arbeiter einen so langen und vor allem auch so starken Widerstand gegeben hat wie in Polen 1982.

Und was stimmt ist, daß entgegen aller lügnischen Propaganda der Generäle und der sogenannten Vereinigten Arbeiterpartei ihre Maßnahmen davon geprägt sind, diesem anhaltenden Widerstand mit immer größerem Terror zu begegnen.

Natürlich: hier im Westen jammern jene Reaktionäre, die hier jedem Kampf der Arbeiter in aller Feindschaft begegnen, nun über die polnischen Arbeiter, die „nachlassen“ würden. Und sie wollten den Kampf der polnischen Arbeiterklasse ja schließlich für ihre eigenen imperialistischen Ziele ausnutzen. Aber sie können sich trösten mit einem Jaruzelski, der seine Milliarden schulden allmählich begleichen will.

Und welche Taktik dieser Jaruzelski auch immer einschlagen wird, ob er die Peitsche des Kriegsrechts schwingt oder versucht, sich durch einzelne billige Zugeständnisse etwas Luft zu verschaffen, er wird die polnischen Arbeiter nicht zum Kompromiß mit seinem kapitalistischen Regime bewegen können.

Die Privilegien der Bürokraten, die Diktatur der Betriebsmanager, die Korruption der Verwaltung und die wachsende Armut der Arbeiter, die bleibende der Rentner — das alles stand allzusehr im Gegensatz zu den ewigen Sonntagsreden vom „sozialistischen Volkspolen“, mit der zuerst Gomulka und Giersek, dann Kania und heute Jaruzelski die Menschen verdummen möchte. Diese Tatsachen haben die große polnische Arbeiterbewegung geschaffen, die dieses kapitalistische Regime bis ins Mark erschüttert hat. Diese Tatsachen aber bestehen weiterhin, und die „roten“ Millionäre Polens werden keinen wirklichen Frieden finden.

Die Ereignisse der letzten Woche haben gezeigt, daß dieser Kampf nicht nur grundsätzlich, sondern auch aktuell noch längst nicht beendet ist, und daß die Jubelrufe, die Jaruzelski anstimmen läßt, offensichtlich verfrüht sind. Mit seinen „Gewerkschaften in einem Betrieb“, diesem Modell, das er den Träumen westdeutscher Kapitalisten oder der Wirklichkeit von Pinochets Chile entnommen hat, wird er die Gewerkschaftsbewegung der polnischen Arbeiter jedenfalls nicht zum Stillstand bringen.

Massengräber, Insel-KZs und Geheimgefängnisse

Argentiniens „Verschwundene“ tauchen wieder auf

Die Erschütterung der Macht der argentinischen Militärdiktatur ist im letzten Monat weiter beschleunigt worden: die Entdeckung von Personen, nach denen lange Zeit geforscht wurde, in Massengräbern, hat die Frage der „Verschwundenen“ zur endgültigen Klärung angesetzt.

Die „Desaparecidos“, die Verschwundenen — das sind zum Beispiel jene rund 10000 Menschen, die alleine 1976, im ersten Jahr des Militärputsches, bei Nacht und Nebel verhaftet oder entführt wurden und nie wieder auftauchten. Wieviele Opfer dieser Mordterror insgesamt gefunden hat, weiß niemand genau, wohl nicht einmal die Mörder selber. Daß es in fast sieben Jahren Diktatur mehrere Zehntausend waren ist aber seit längerem deutlich geworden.

Im Jahre 1979, zwei Jahre nachdem die Frauen und Mütter solcher Verschwundener begonnen hatten, auf der Plaza des Mayo in Buenos Aires allwöchentlich zu demonstrieren, war eine Dokumentation an ausländische Organisationen gegeben worden, die die Namen von 8000 Opfern nannte und die Frage nach ihrem Verbleib stellte.

Im Oktober kam nun die neue Entwicklung ins Rollen: Weil die Grabfrist abgelaufen war, sollte eine Reihe von Särgen umgebettet werden, und dabei stellte sich heraus, daß in solchen Särgen nicht eine, sondern sich bis zu sechs oder sieben

Leichen befanden.

Zur selben Zeit, nach dem Sturz der Diktatur in Bolivien, wurden in der Presse der dortigen Hauptstadt La Paz die Erlebnisse von Gefangenen bolivianischer Nationalität verbreitet. Sie waren auf einer Insel im San Martin See in einem regelrechten Konzentrationslager eingesperrt — ganze fünf von 39 Bolivianern überlebten.

Die argentinischen Gene-

räle, die wie so viele ihrer Gesinnungsgenossen, heute zum Beispiel in der Türkei, von sich behaupten, sie würden die „Ordnung wiederherstellen“, den „Terror auf den Straßen beenden“, haben in Wirklichkeit also nur den Terror in Ordnung gebracht und ihn vervielfacht.

Nach dem Scheitern des Malvinen-Abenteuers, als ausgerechnet diese Faschisten, die das Land an die USA und Großbritannien verkauft haben, sich als Kämpfer gegen den Kolonialismus profilieren wollten, sind diese Entdeckungen und Enthüllungen ein weiterer schwerer Schlag gegen die Herrschaft der Militärs in Buenos Aires.

Der neue „Präsident“ Bigone erklärte nun — natürlich — er habe von nichts gewußt. Und das im Angesicht der Tatsache, daß seine engsten persönlichen Mitarbeiter, wie Mincucci, sein Oberst-Adjutant, als Kommandanten geheimer Gefängnisse im ganzen Land berüchtigt sind.

Nordirland-Veranstaltungen

Aus Anlaß einer Rundreise von Vertretern der Irisch Republikanischen Sozialistischen Partei finden in mehreren Städten Informationsveranstaltungen über den irischen Freiheitskampf gegen den britischen Imperialismus statt. Die Delegation der IRSP spricht dort zur Lage.

STUTTGART

Am 23. November, Dienstag um 19.30 Uhr
Ort: Eduard-Pfeiffer-Haus, Heusteigstraße 45
Veranstalter: KPD, BWK, MLPD

DORTMUND

Am 27. November, Samstag (nach der Demonstration) um 20.00 Uhr
Ort: Gaststätte „Opanos“ Adlerstraße
Veranstalter: Irland-Komitee Bochum

BOCHUM

Am 28. November, Sonntag um 20.00 Uhr
Ort: Gaststätte „Rotthaus“ in Langendreer
Veranstalter: Irland-Komitee Bochum

Am Montag in der „Börse“ in Wuppertal und am Dienstag im „Eschhaus“ in Duisburg finden an den beiden darauffolgenden Tagen zwei weitere Veranstaltungen statt. Zeitpunkt war bei Redaktionsschluß noch nicht genau bekannt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
14.00-14.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
15.30-16.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
17.00-17.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
20.00-20.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
22.30-23.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
24.00-24.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
07.00-07.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Bonner Spenden-Affäre

Lambsdorff schweigt — Flick sagt aus

Wann wird endlich Anklage erhoben?

In dem Ermittlungsverfahren der Bonner Staatsanwaltschaft gegen den Flick-Konzern und eine Reihe von Bonner Spitzenpolitikern wegen Verdachts auf aktive bzw. passive Bestechung hat Konzernboß Friedrich Flick — nach Monaten des Schweigens — nun eine Aussage gemacht. Seine Anwälte übermittelten den Staatsanwälten ein 80 Seiten dickes Papier, in dem sich Flick zu den auch gegen ihn gerichteten Vorwürfen äußert.

Wie der „Spiegel“ letzte Woche berichtete, soll Flick darin eine „vorsichtige Distanzierung“ gegenüber seinen Managern von Brauchitsch und

ten sich vor die Verdächtigen. Der damalige Kanzler Schmidt bot ihnen die „Solidarität des Nebenmanns“ an, Strauß tobte gar, die Ermittlungen seien ein „Generalangriff gegen die ganze Führungsschicht der Bundesrepublik“. Auch an handfesten öffentlichen Drohungen gegen die Bonner Staatsanwälte fehlte es nicht. Strauß beschimpfte sie als „Saubermänner in Westentaschenformat“ und Genscher tonte: „Wehe, wenn die Ermittlungen mit einer Einstellung enden — dann muß über diesen beispiellosen Vorgang noch gesprochen werden“.

Offenbar gingen die Bonner

bis heute aus. Obwohl er die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen nun schon seit Monaten im Detail kennt, verweigert er nach wie vor jede Stellungnahme. Bei der Staatsanwaltschaft wird dieser Umstand als „ziemlich befremdlich, wahrscheinlich noch mehr“ gewertet.

Auf der Seite des Flick-Konzerns ist es bezeichnenderweise der Generalbevollmächtigte von Brauchitsch, der ebenso wie Lambsdorff jede Äußerung zu den Beschuldigungen verweigert. Denn von Brauchitsch ist es nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen gewesen, der die Schmiergelder des Konzerns an Parteien und Politiker verteilt hat. Für ihn, wie für den Wirtschaftsminister, sieht die Sache nicht rosig aus: Die Durchsuchungen der Staatsanwaltschaft in den Büros des Flick-Konzerns und in einigen Banken haben jede Menge konkretes Beweismaterial zutage gefördert. Unter anderem ist dabei auch das „schwarze Buch“ von Brauchitschs gefunden worden, in dem alle Empfänger von Geldern des Konzerns aufgeführt sind. Und diese Liste umfaßt wesentlich mehr Namen als die derjenigen Politiker, gegen die jetzt ermittelt wird. Der SPD-Chef Brandt beispielsweise steht ebenso darauf wie der Bundeskanzler Kohl.

In dem Ermittlungsverfahren gegen Lambsdorff und andere ist Kohl übrigens auch als Zeuge vernommen worden. Er hat den Empfang der Zahlungen an ihn dabei zugegeben, durch einen Sprecher allerdings verbreiten lassen, es habe sich nur um „einige tausend Mark versteuerten Geldes“ gehandelt. An dieser Abschwächung darf wohl gezweifelt werden. Denn inzwischen ist ja bekanntgeworden, daß der Flick-Konzern äußerst großzügig war, wenn es darum ging, Bonner Parteien oder einzelne Politiker bestimmte Entscheidungen zugunsten der Konzerninteressen zu erleichtern. Der „Stern“ berichtete beispielsweise, es sei üblich gewesen, daß prominente Poli-



Flick-Manager von Brauchitsch

Nemitz, gegen die ebenfalls ermittelt wird, vorgenommen haben. Wenn jetzt der Konzernchef selbst schon einen Rückzieher macht, dann kann das nur bedeuten, daß er nicht mehr mit der Möglichkeit rechnet, die Spendenaffäre im Sande verlaufen zu lassen.

Seit Februar laufen die Ermittlungen in dieser Sache. Den Hintergrund bildet das Steuer-geschenk in Höhe von 1,2 Milliarden Mark, das Bonn dem Flick-Konzern gemacht hat. In dieser Höhe nämlich wäre normalerweise der Erlös aus dem Verkauf eines von Flick gehaltenen Aktienpakets am Daimler-Konzern besteuert worden. Die Wirtschaftsminister Friederichs und Lambsdorff aber erließen Flick die Steuerschuld unter Berufung auf den berühmten Paragraphen 6b des Einkommensteuergesetzes. Und dafür, daß ihm dieser „Persilschein“ ausgestellt wurde, hat Flick die an der Entscheidung beteiligten Politiker ganz offenbar großzügig belohnt.

Die Staatsanwaltschaft Bonn jedenfalls hat Ermittlungen wegen Verdachts auf Vorteilnahme (früher hieß das „einfache Bestechung im Amt“) aufgenommen gegen: Hans Friederichs (früher Bundeswirtschaftsminister, heute Vorstandssprecher der Dresdner Bank), Otto Graf Lambsdorff (Bundeswirtschaftsminister), Hans Matthöfer (früher Bundesfinanzminister), seinen Nachfolger im Amt, Manfred Lahnstein, den baden-württembergischen Wirtschaftsminister Eberle (CDU) und die FDP-Politiker Horst-Ludwig Riemer und Liselotte Funke. Wegen Verdachts der aktiven Bestechung wird gegen Flick und seine beiden Top-Manager von Brauchitsch und Nemitz ermittelt.

Als im Frühjahr Einzelheiten über diese Verfahren an die Öffentlichkeit kamen, rückten alle Bonner Parteien per Schulterschluss zusammen und stell-



Das war im Frühjahr. Aber schon im Sommer wurden Lambsdorffs Anwälten die 5000 Blatt umfassenden Verfahrensunterlagen zugestellt. Und dem Minister wurde nicht nur Gehör gewährt; er wurde sogar ausdrücklich dazu aufgefordert, sich zu den Beschuldigungen zu äußern. Matthöfer, Lahnstein und jetzt eben auch Flick haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und — mündlich oder schriftlich — bei den Bonner Ermittlern ihre Version in der Bestechungsaffäre abgeliefert. Ausgerechnet Lambsdorff aber schweigt sich

tiker sich bei von Brauchitsch Koffer mit jeweils über 100000 Mark Bargeld abholten.

Das seit Februar laufende Verfahren zielt also nur auf die Spitze des Eisbergs. Gerade deshalb muß es jetzt endlich exemplarisch durchgezogen werden. Wenn Lambsdorff und von Brauchitsch die Aussage verweigern, dann ist damit natürlich eine Verschleppung des Verfahrens bezweckt. Aber die Staatsanwaltschaft kann auch ohne diese Aussagen Anklage erheben. Und das ist mittlerweile längst überfällig.



Marie-Luise Schwarz-Schilling in ihrer Akkumulatorenfabrik.

Schwarz-Schilling an Kabel-Gesellschaft beteiligt

Die privaten Geschäfte des Postministers

Als der neue Kanzler Kohl auf seiner Kabinettsliste den CDU-Mann Schwarz-Schilling als Postminister präsentierte, konnte man sich leicht ausrechnen, in welche Richtung die Post nun abgehen würde. Schließlich war Schwarz-Schilling vor seiner Ernennung medienpolitischer Experte der CDU gewesen, und hatte in dieser Funktion immer wieder die totale Verkabelung der Bundesrepublik gefordert, den Zugang der Springer, Bertelsmann und Co. zum Fernsehen, sowie die Aufhebung des Postmonopols durch die Beteiligung privater Unternehmen am lukrativen Kabelgeschäft.



Postminister Schwarz-Schilling

So konnte es denn auch nicht verwundern, daß der frischgebackene Postminister — kaum im Amt — ankündigte, die Bundespost werde schon im nächsten Jahr eine runde Milliarde Mark in die Verkabelung investieren. Was jedoch weithin unbekannt blieb, war die Tatsache, daß der Minister selbst zu den privaten Profiteuren des anlaufenden Kabelgeschäfts gehörte.

Schwarz-Schilling selbst hat immer wieder das Modellprojekt Ludwigshafen, wo die Bundespost gemeinsam mit privaten Unternehmen mehrere zehntausend Haushalte verkabelt, als gelungenes Beispiel für Medienpolitik nach seinem Geschmack angepriesen. Als Generalunternehmer bei diesem Projekt fungiert die „Projektgesellschaft für Kabel-Kommunikation mbH“ (PKK), für die sich Schwarz-Schilling vor seiner Ernennung zum Postminister als eifriger Lobbyist eingesetzt hat.

Und nicht nur er. Auch seine Parteifreundin Birgit Breuel, Wirtschaftsministerin in Niedersachsen, war als Werberin für die PKK tätig. Auf offiziellen Briefbögen ihres Ministeriums schrieb sie beispielsweise an die niedersächsischen Kom-

munen: „Zu der Frage der Kosten und Anschlußgebühren bei einer Verkabelung durch andere als die Post, z. B. die PKK, wird Ihnen die PKK direkt Unterlagen zusenden.“ Und es fehlte auch nicht der Hinweis darauf, daß die Anschlußgebühren der PKK bei einer Verkabelung „niedriger als die der Deutschen Bundespost seien“.

Die solchermassen von CDU-Prominenz ins Spiel und ins Geschäft gebrachte Gesellschaft wurde 1980 ins Handelsregister der Stadt Bonn eingetragen. Sie hatte bei ihrer Gründung 23 Teilnehmer und einer davon war die Akkumulatorenfabrik Sonnenschein, im Besitz von Marie-Luise Schwarz-Schilling. Geschäftsführer der Fabrik war bis vor kurzem der Ehemann der Inhaberin, Christian Schwarz-Schilling. Wie so viele Bonner Politiker wußte er seine Ämter (Vorsitzender der Enquete-Kommission „Neue Kommunikationstechniken“ des Deutschen Bundestags, Medienexperte der CDU) mit handfesten privaten Interessen aufs schönste zu verbinden.

Als in der letzten Woche diese Verflechtung bekannt wurde, stellte sich Kanzler Kohl vor seinen Minister. Und auch Bundespräsident Stücken (CSU) hat dem geschäftsführenden CDU-Mann am Wochenende schriftlich bescheinigt, „daß ein Verstoß gegen die Verhaltensregeln nicht erkennbar ist“. Tatsächlich hat sich Schwarz-Schilling durch einen Schachzug aus der Schlinge gezogen. Wenige Stunden vor seiner Vereidigung als Postminister hat er nämlich die Anteile der Akkumulatorenfabrik Sonnenschein an der PKK dem Computerkonzern Nixdorf verkauft.

Aber trotzdem stehen der Unternehmer Schwarz-Schilling und der Postminister Schwarz-Schilling auf einem anderen Gebiet auch weiterhin in Geschäftsbeziehungen. Die Akkumulatorenfabrik liefert nämlich der Post unter anderem die Lithium-Batterien für Komforttelefone.

Strauß sagt, wie's ist

„Wir haben uns auf ein finanzierbares Netz der sozialen Sicherheit und damit den Ausbau der skandalösen Arbeitslosigkeit geeinigt.“

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in einem Zitat der Zeitung „Weser Report“

Tips

Sonntag, 21. November
14.55 Uhr, ARD

Orden für die Wunderkinder. Reiner Eilers satirisches Fernsehspiel aus den sechziger Jahren handelt von einem Hochstapler, der mit falschen Orden Geschäfte macht. Mit Carl Heinz Schroth, Edith Heerdegen u. a.

Sonntag, 21. November
20.15 Uhr, ARD

Holocaust. Letzter Teil der amerikanischen Fernsehserie über eine jüdische Familie, von der nur ein Mitglied die faschistische Diktatur überlebt. Im Anschluß an den Film, um 22 Uhr, wird eine zweistündige Diskussion über „Holocaust“ gesendet, an der unter anderem Heinrich Albrecht, Stefan Heym und Martin Walser teilnehmen.

Sonntag, 21. November
20.15 Uhr, WDR III

Dörfer in der Dritten Welt. In der Auftaktendung einer vierteiligen Reihe über traditionelle Lebensformen in der Dritten Welt wird ein Dorf im Urwald von Borneo vorgestellt.

Montag, 22. November
21.20 Uhr, ZDF

So weit das Auge reicht. Erwin Keusch („Das Brot des Bäckers“) erzählt in seinem Film die Geschichte eines Gehörlosen, der um ein ihm zugefallenes Erbe gebracht werden soll. Mit Bernd Tauber, Jürgen Prochnow u. a.

Mittwoch, 24. November
22.15 Uhr, ZDF

Zwei Morgenländer in Kreuzberg. Film über die beiden in Berlin-Kreuzberg lebenden Maler Hanefi Yeter (Türkei) und Akbar Behkalam (Iran).

Mittwoch, 24. November
22.15 Uhr, HR III

Atomkrieg aus Versehen? Peter Batty und Nigel Calder untersuchen in dieser für die britische BBC gedrehten Dokumentation das Atomwaffenpotential der Supermächte.

Donnerstag, 25. November
21.45 Uhr, ARD

Scheibenschwinger. Satire von und mit Dieter Hildebrandt.

Freitag, 26. November
20.15 Uhr, ARD

Leoparden küßt man nicht. US-Komiker Harold Lloyd nannte diesen 1938 von Howard Hawks gedrehten Film „die bestgebaute Komödie, die ich je gesehen habe“. Mit Cary Grant, Katharine Hepburn u. a.

Freitag, 26. November
21.45 Uhr, ARD

Vom Frust zum Frost. Bericht über die westeuropäischen Gewerkschaften unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise.

Freitag, 26. November
20.15 Uhr, WDR III

Landesspiegel. Arbeiter an Rhein und Ruhr während der Nazi-Diktatur.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 46, 19 Kasım 1982

Yıl: 16

1 DM

1982 yılının ilk yarısında

Net ücretler yüzde 2,5 düştü

Geçen hafta Saarland Çalışma Odası net ücretleri ele alan bir analizini yayınladı. Buna göre net ücretlerin bu yılın ocak ayından haziran ayına kadar yüzde 2,5 düştüğü belirtilmektedir. Böylece 1980 ve 1981 yıllarında net ücretlerde kaydedilen düşüş şimdi daha da derinleşti.

Saarland Eyaleti tarafından görevlendirilen istatistikçiler bu yılın ilk altı ayı içinde Federal Almanya ortalamasında net gelirin yüzde 3,1 arttığını, bir fabrika işçisinin ortalama olarak net ücretinin 1805 DM'ye yükseldiğini ileri sürdüler. Ancak ne varki şu an resmi olarak hayat pahalılığının %5,6 civarında olduğu belirtilmektedir. Böylece ücretlerde yüzde 2,5'lik bir kayıp olmaktadır. Buna karşılık 1981 yılının ilk altı ayında gerçek ücretlerdeki kayıp yüzde 1,7, 1980 yılında ise 0,7 civarındaydı. 1980 ve 81 yılının ikinci yarısında ise gerçek ücretlerdeki bu kayıp biraz daha yükseldi. Son iki yıl içinde Federal Almanya ortalamasında net ücretlerde yüzde 4,1'lik gerileme kaydedildi. Bu kayıpla bu yılın ilk altı ayındaki ücret kaybı ile toplayacak olursak, böylece ortaya ortalama olarak %7'lik bir net ücret kaybı çıkmaktadır.

Buna karşılık 1982'nin ilk yarısında işveren gelirlerinin yüzde 8,5 arttığı belirtilmektedir. Bundan fiyat artışlarını düşecek olsak bile gene geriye bu ülkedeki zenginler için yuvanlık olarak yüzde üç yüksek gelir kalmaktadır. 1982 yılının

ilk yarısında rekor kârları elde edenler ve bunu son dört ay içinde daha da artıranlar yalnızca büyük bankalar değil, bir bütün olarak kapitalist sınıf, işçi sınıfının sırtından kârlarını muazzam bir şekilde artırdı.

Ve Saarland İstatistik Dairesi memurlarının "tarafsız" olarak belirttikleri gibi, tüm bu olgular bu gelişmenin şimdiye değin devam ettiğini gün ışığına çıkarmaktadır.

Görüldüğü gibi insanlar yoksul oldukları oranca, gelir kayıpları da o denli yüksek olmaktadır. Örneğin 1980 yılında sosyal yardım uygulamasının yeniden düzenlenmesinden bahsediliyordu. Çünkü bu uygulamaya 1970 yılına aitti ve yakma yağı vs. o dönemde bir kaç DM olarak hesaplanmıştı ki, herkesinde bildiği gibi o günden bugüne değin yakma yağının fiyatı kat kat arttı. Bunun için de 1980 yılında sosyal sigortalar matematikçilerinden oluşan bir grup 1982 yılı için yeni sosyal yardım taban miktarını belirlemekle görevlendirildiler. Ne varki Alman Belediyeler Meclisi'nin itirazı üzerine bu proje bugünlerde rafa kaldırıldı. Çünkü

kü yapılan araştırmada, 1970 yıllarının başlangıcındaki yaşam düzeyine ulaşmak için sosyal yardım derecesinin yüzde 30 yükseltilmesi gerektiği tespit edildi.

Bu gerçekler ışığında 1974/75 kapitalist ekonomik krizinden en ağır bir şekilde etkilenen toplumsal grubunun sosyal yardım alanları olduğu açığa çıkmaktadır. Yeni Federal Hükümet ise sosyal yardım alanların haklarını daha kısıtlamak istiyor. Bir yandan işçilerin ücretlerinin dondurulması talep edilir ve hasta olmalarına rağmen işbaşı yapmaları tehditi savrulurken, diğer yandan ise sosyal yardım alanların maaşlarının daha da kısıtlanması dikte edilmektedir.

CDU/CSU-FDP koalisyon hükümeti zenginlerin daha da zengin olması için emekçi sınıf ve tabakaların kazanılmış ekonomik ve sosyal haklarını tamamen biçmek istiyor.

Bunun için yeni hükümet altında yapılacak ilk toplu sözleşmelerde, sendika hareketinin gerçek ücretlerin ve kitlelerin alım gücünün düşürülmesine karşı direnişi örgütleyip örgütlemeyeceği büyük bir önem taşımaktadır. Çünkü bunun sağlanamaması, zenginlerin daha da zenginleşmesi, fakirlerin ise daha da fakirleşmesi rotasının devam edeceği demektir.

Gorleben'de WAA'nın yapılması planlandı

Köylüler, atom fabrikasının yapımını protesto ettiler

Aşağı Saksonya'nın Lüchow-Dannenberg kazasında nükleer artıklarının yeniden işletilmesi için bir atom fabrikasının (WAA) yapılması planlandı. Bunun üzerine Köylü Yardımlaşma Cemiyeti geçen cumartesi için bir yürüyüşe çağrı yaptı. Bu görkemli yürüyüşe 2000 köylü katıldı. Ayrıca 300 köylü ise traktörü ile yürüyüşe geldi.

Daha yıllar önce Aşağı Saksonya CDU'lu Eyalet Hükümeti Gorleben'de tamamen yanmış atom çekirdekleri tozu ile depolanmış nükleer artıklarının kombine edilerek yeniden işlenmesini sağlayan bir "nükleer fabrika"nın kurulmasını istiyordu. Ancak bu proje halkın yoğun direnişi sonunda gerçekleştirilemedi. O dönemde Eyalet Başkanı Albrecht bile bunun "siyasi olarak gerçekleştirilemeyeceğini" belirtmişti.

Şu an Gorleben'de nükleer artıkları için geçici bir depo yapılmaktadır; ayrıca bu bölgedeki yer altı tuz yataklarının nükleer artıklarının sürekli olarak depolanması için uygun olup olmadıkları "araştırılıyor."

yor!" Ve şimdi ise CDU'lu Eyalet Hükümeti bunun dışında bir de WAA kurmak istiyor. Gerçi atom fabrikası başlangıçta öngörüldüğü gibi Gorleben'de değil, bundan 30 kilometre uzaklıktaki Dragahn'da yapılacak. Ancak yıllar önce amaçlandığı gibi, bugünde eyalet hükümetinin ve atom endüstrisinin planı nükleer artıklarını yeniden işleyen bir fabrikanın kurulmasını öngörüyor.

Ne varki bu planların şimdi "siyasi olarak gerçekleştirilip gerçekleştirilemeyeceği" henüz açık değil. Nitekim geçen cumartesi düzenlenen yürüyüş, sürdürülecek protesto eylemlerinin sadece bir başlangıcıydı.

KUDÜS. — İsrail siyonistlerinin Lübnan'daki Filistin göçmen kamplarında girişilen kanlı katliamdaki suç ortaklıkları her geçen gün daha da gün ışığına çıkıyor. Ancak buna rağmen İsrail siyonistlerinin elebaşlarından biri olan Begin gerçekleri tersyüz etmeye devam ediyor. Son olarak bir yüksek rütbeli İsrail subayı daha Begin'in 18 Eylül sabahı katliamdan haberinin olduğunu açıkladı.

Beyrut katliamını soruşturmak üzere kurulan komisyonun önünde konuşan Begin, katliam haberini ilk olarak 18 Eylül öğleden sonra öğrendiğini ileri sürmüştü. Ancak bu iki yüzlü açıklamaların tam tersine o aynı günün saat 10.30'da katliam üzerine İsrail Genel Kurmay Başkanı Eytan ile bir telefon görüşmesi yapmıştı. Nitekim pazar günü İsrail Genel Kurmay'ının Beyrut bürosu şefi



Münih'te protesto yürüyüşü. —

Fotograf makinası fabrikası Agfa, Münih'teki bazı

tesislerini kapatarak 3200 işçinin çıkışını vermek istiyor. Tesislerin kapatılmasından 425 Türkiyeli işçi ve 25 ise çıraklık eğitimi gören Türkiyeli genç de etkilenmektedir. Agfa patronlarının Münih tesislerini kapatma planını protesto etmek amacıyla İG Metall bu hafta pazartesi günü, işletmelerin kapatılmasına, toptan çıkışlara ve işyerlerinin yok edilmesine karşı şiarı altında bir yürüyüş ve mitinge çağrı yaptı. Yürüyüşte taşınan bir çok pankartta "Agfa-tesisleri kapatılmamalı!", "Agfa'nın kapatılmasına hayır, sosyal plan yerine işyerleri istiyoruz!" talepleri ileri sürülüyordu. Bu eyleme Münih'teki bir çok işletmeden ve Peisenberg'deki Agfa tesislerinden çok sayıda işçi katıldı. Daha sonra Grönewalder Str.'deki stadyumda yapılan mitingte, İGM Yerel Yönetimi tarafından konuşmacı olarak çağırılan Belediye Başkanı CSU'lu Kiesl kürsüye çıktığında işçiler tarafından yuhalandı. İGM'nin açıklamasına göre bu yürüyüşe 10 bin işçi ve emekçi katıldı.

Gerçek ücretleri garantileme mücadelesine hazırlanalım!

İGM sendika temsilcileri 200 Mark ücret zammı istiyorlar!

BATI BERLİN/HANNOVER. — Bir yandan Bonn'da koyu gericiliğin hükümeti ücretlerin dondurulması çığlıklarını yoğunlaştırırken, diğer yandan da işyerlerinde gerçek ücretleri garantileme mücadelesi başladı. Batı Berlin BMW motorsiklet fabrikasında ve Hannover Berstorff Maschinenbau GmbH işletmesinde İG Metall sendika temsilcileri kurulu önümüzdeki toplu sözleşmeler için 200 DM ücret zammı talebinde bulundular.

Batı Berlin ve Hannover'in yanı sıra diğer şehirlerdeki işletmelerde de sendika temsilcileri ücret artışı taleplerini ileri sürdüler. Maintal'daki Honeywell GmbH işletmesinde sendika temsilcileri yüzde 10, en az ise 180 DM ücret ve maaş zammı talebinde bulundular. Bu karar alınmadan önce sürdürülen tartışmalarda sendika temsilcilerinin hepsi son yıllardaki ücret

kayıplarını karşılamak için aslında yüzde 17 ücret zammı talebinde bulunmanın gerektiğini belirttiler.

Erlangen'deki Siemens işletmesinde İGM sendika temsilcileri 100 DM ve buna ek olarak yüzde 5 ücret zammı talebinde bulundular. Siemens sendika temsilcileri ayrıca çırak aylıklarının ise 60 DM artırılmasının gerekli olduğunu belirttiler.

Aynı talebi Batı Berlin BMW sendika temsilcileri de çıraklar için ileri sürdüler.

Patronların ve onların Bonn'daki ideal hükümetinin son haftalarda gerçek ücretlerin garantilenmesine karşı kampanyalarını yoğunlaştırmalarından dolayı, aktif ve sınıf bilinçli yerli ve yabancı sendikacılar için ücret mücadelesini tüm güçle hazırlamalarının önemi daha da artmıştır. Uygun ücret zammı taleplerinin ileri sürülmesini sağlamanın yanı sıra, bu taleplerin gerçekleştirilmesi için çetin mücadeleye hazırlanmalıdır. Çünkü gerçek ücretlerin garantilenmesi gerçekleştirilmek geçmişi nazaran bugün daha da zorlaşmıştır ve bunun için de daha sert mücadele önlemlerinin alınması gerekmektedir.

Begin'in Beyrut katliamındaki sorumluluğu giderek açığa çıkıyor

bir açıklamada bulunmayı reddettiklerini vurguladı.

Soruşturma komisyonun ö-



albay Zaharin'in basına yaptığı bir açıklama bunu doğrulamaktadır. O, ayrıca Eytan'ın Begin'le görüşmesinden sonra kendisinden Gaza hastanesindeki durum üzerine bilgi istediğini de belirtti ve 19 Eylül'de Falanjist şeflerinin General Eytan'a, katliamda kendi adamlarının sorumlu olduğunu bildirdiklerini de söyledi. Ancak devlet başkanlığı seçimlerini etkilemek için bu yönde basına resmi

nünde 17 Eylül'de Dışişleri Bakanlığı'nda görevli bulunan Ariel Kenes de konuştu. O, 17 Eylül'de, Amerikan'ın Orta Doğu özel temsilcisi Moris Draper'in Gaza hastanesindeki durum üzerine bilgi verdiği bir meslektaşının Beyrut'tan kendisini aradığını söyledi. Draper, Lübnan Başbakanı Vazzan'ın İsrail askerlerinin yaralı Lübnanlıları katlettiği yönünde kendisine bilgi verdiğini belirtti.

Gazetemiz baskıya verildiğinde henüz Kudüs'te bu açıklamalar üzerine hiç bir şey söylenmedi. Eh, siyonist katillerin kendilerini suçsuz gösterebilmek ve katliamdaki sorumluluklarının üzerine sünger çekebilmek için düşünme zamanına ihtiyaçları var!

Çelik krizi giderek şiddetleniyor

Taşkömürü sanayisinde krizin baş göstermesi, çelik sanayisindeki krizin şiddetlenmesi ile yakından ilintilidir. Federal Alman taşkömürü sanayisi geçen yıla göre 1982 yılında Federal Alman ve Avrupa çelik sanayisi tarafından kömür satın alınmasının tahminen 10 milyon ton azalacağını ileri sürmektedir. Bu yılın ilk dokuz

ayında Federal Alman ve AET çelik tekelleri 5,16 milyon ton az kömür satın aldılar. Bu da kömür satımında hemen hemen yüzde 18'lik bir gerilemenin olduğu demektir. Bu gerileme şimdi daha da büyüyor. Ağustos ve eylül aylarında Federal Alman çelik tekellerine kömür satımı yüzde 29 azaldı.

Kömür, diğer enerji kaynaklarından daha ucuzdur

1982 yılı ilkbaharında bir ton taşkömürü (nakliyat masrafları hariç) Duisburg'da 248 DM tutuyordu. Aynı ısı derecesi olan katı yakma yağı için 338 DM, sıvı yakma yağı için ise 559 DM ödediler Duisburg'daki büyük sanayiciler. Doğal gaz ise 339 DM tutuyordu. Çevre sağlığına en az zararı olan kok kömürünün tonu ise 568 DM'ye satın alınabiliyordu. Buna karşılık aynı ısı derecesi olan yakma yağı 700 DM, doğal gaz ise 661 DM tutuyordu.

Nükleer enerjisine gelince, bu ise kömürden elde edilen cereyandan daha ucu olduğu yalanının aksine daha da pahalıdır. Atom santrallerinin kurulmasından bu yana cerayan daha da pahalılandı. Atom santrallerinin yapımı ve nükleer artıklarının depolanması dahil (ki bu

Kabul edilebilir bir şekilde çözümlenmiş değil), nükleer enerjisinin teknolojik olarak geliştirilmesi masrafları giderek artıyor. Yalnızca hızlı kulçuk ve yüksek hararet derecesi reaktörünün geliştirilmesi için Federal Hükümet bu yıl içinde ek olarak 700 milyon Mark ayırmak istiyor. Federal Araştırma Bakanı CDU'lu Riesenhuber'in açıklamasına göre bu korkunç meblağ, her iki projenin masraflarının karşılanması için yeniden ortaya çıkan 2,5 milyon Mark "mali açıklığın" (daha fazla tutarın) değil, aksine ödemesi gereken, ama bugüne değin ertelenmiş olan borçun karşılanması için ayrılmıştır.

Nükleer enerjinin hayatımız için olan tehlikesi şöyle dursun, mali yönde bile sonsuz bir masrafa yol açmaktadır.

Stoklar rekor temposu ile büyüyor

Şu an Federal Almanya'da kömür stokları şimdiye değin eşi görülmemiş bir hızla büyümektedir. 1982 yılı sonuna kadar stokların 33 milyon tona (buna "stratejik nedenlerden dolayı yedeğe alınan 10 milyon ton yüksekliğindeki ulusal kömür" de dahil) yükselişi ileri sürülmektedir. Şimdiye değin ulaşılan 1978 yılı sonundaki 24 milyon ton (yedeğe alınan 10 milyon tonla birlikte 34 milyon ton) stok rekorunun bu yıl aşılabacağı beklenmektedir. Bu yıl stoklar geçen yıla göre

iki kat daha hızlı büyüdü. Her iki günde bir, depo mevcutu 100 bin ton artmaktadır. 1982 yılı sonuna kadar yalnızca Ruhrkohle AG'de 11 milyon ton taşkömürünün stok edilmesi gerekiyor. Bunun mali değeri iki milyon Mark'tır. Ruhrkohle AG Yönetim Kurulu'nun açıklamasına göre 1983 yılında stok edilmesi gereken kömürün mali değerinden dolayı Federal Alman taşkömürü sanayisinin üzerine 460 milyon Mark faiz yükü binmektedir.

Yerli kömür için öncelik mi?

Federal Alman parlamentosunda yer alan partilerin başındakiler şimdi "yerli kömüre öncelik" tanınmasından yana olduklarını açıklamaktalar. Ne varki yaşanan pratik aksini göstermektedir.

Enerji tekelleri 1958 yılında Orta Doğu'dan ucuz fiyatlarla petrol satın aldılar. Çünkü bu kendilerine ek muazzam kârlar sağlıyordu. Bunun sonucunda "kömür krizi" baş gösterdi. Ve bu "krizden" dolayı o dönemde (modern makinalarla donatılmış) kömür ocakları ard arda kapatıldı. Kömür sanayi patronları ise bunun için muazzam ikramiyeler aldılar. Kömür ocaklarının kapatılması sonucunda 1957 yılında var olan 175 kömür ocağından bugün sadece 38'i mevcuttur. Aynı dönem içerisinde kömür çıkartımı 149,4 milyon tondan 88 milyon tona düştü. Tabi ki işçilerin sayısında da bir azalma oldu. Bu dönem zarfında işçi sayısı 610 binden 188 bine

düştü! 10 binlerce işçi arkadaş başka bölgelerde iş aramak zorunda bırakıldı.

Yeni Hükümet, Schmidt Hükümeti'nden daha da hızlı bir şekilde enerji ekonomisi dalında ana faktör olarak atom enerjisine öncelik tanımak istiyor. Bunun sonucunda kömüre olan ihtiyaç daha da azalacaktır.

23.10.1982 tarihli "Frankfurter Rundschau" gazetesinin verdiği bir habere, Bonn Ekonomi Bakanlığı'nın çekmecelerinde "1990 yılına kadar Alman taşkömürü çıkartımının yuvarlak olarak üçte bir azaltılmasını öngören gizli belgelerin bulunduğu" ileri sürüldü. Ayrıca Federal Almanya'daki taşkömürü sanayisi dünyada en modern derin kömür kuyularına sahiptir. 1957 yılında vardiya başına bir işçi 1,6 ton kömür çıkarırken, bugün 4 ton çıkarmaktadır. Böylece Federal Almanya dünya çapında kömür çıkartımında birinci sırayı almaktadır.

Taşkömürü ocaklarındaki durum giderek kızışıyor

Ruhr bölgesinde gene mi kömür ocakları kapatılacak?

Federal Almanya'daki taşkömürü ocakları üzerine tehlike haberleri giderek yoğunlaşıyor. Ülke içindeki kömür ocaklarından çıkarılan kömür ve kok kömürüne duyulan ihtiyaç çok hızlı bir şekilde gerilemektedir. Kömür stokları şimdiye değin eşi görülmemiş bir şekilde artıyor. Gelecek yıl için kömür çıkartılmasının çok etkili bir biçimde sınırlandırılacağı açıklandı. Bu gelişmelere bağlı olarak maden işçileri zorunlu izin almaya ve kısa çalışmaya zorlanmaktalar. Ve yeni bir kömür ocağının kapatılacağı dehşeti gündemde. Bu yönde ilk sinyaller verildi bile. 4000 yerli ve yabancı işçinin çalıştığı Castrop-Rauxel'deki Erin kömür ocağının kapatılacağı açıklandı.

1. Bölüm

Ruhr bölgesinde, Aachen'de, Saarland'da ve Ibbenbüren'de bugün toplam olarak 38 kömür ocağı var. Şu an Federal Alman Taşkömürü Ocakları'nda çoğunluğunu yabancıların, özellikle de Türkiyelilerin oluşturduğu toplam olarak 188 bin işçi çalışmaktadır. Artan kitlesel işsizlik karşısında ve kömür sanayisinde krizin yeniden çok etkili bir biçimde baş göstermesi ile işçilerin yaşamlarını garanti altına almak için tehlikeye girilmiş olmaktadır. Ancak sadece kömür ocaklarında çalışan işçilerin değil. Aynı zamanda kömür ocaklarına doğrudan ya da dolaylı olarak bağımlı olan diğer ekonomi dalları da uzun vadede kömür sanayisindeki krizin içine çekilmiş olmaktadır! Bu da 200000 işçinin daha yok edileceği demektir. Bu ise işsizlikten ağır bir şekilde etkilenen bölgelerde söz konusudur.

Bugün Ruhr Bölgesi'nde işsizlik oranı yüzde 11'dir. Saarland Eyaleti'nde ve Aachen bölgesinde de işsizlik oranı az değildir. Burada işsizlik oranı şu an yüzde 10'un üzerindedir.

Castrop-Rauxel'de kapatılmak istenen Erin Kömür Ocağı Dortmund bölgesine aittir. Bu bölgede işsizlik oranı ise ekim ayı sonunda yüzde 12,7'ye yükselmisti. Dortmund içinde ise işsizlik oranı yüzde 13'ün bile üzerindedir.

Dortmund daha şimdiden bile işsizlik konusunda Federal Almanya'nın büyük şehirleri arasında başı çekiyor. Ayrıca Dortmund'da iki ayrı kömür ocağı daha kapatılmak isteni-

yor: Gneisenau ve Minister Stein kömür ocakları.

Diğer yandan Recklinghausen yakınlarında bulunan Herthen'deki Schlegel ve Eisen Kömür Ocağı da kapatılma listesinde yer alıyor. Şu an Recklinghausen'de işsizlik oranı yüzde 10,1'dir.

Hiç kuşkusuz Federal Alman Taşkömürü Ocakları'nın tamamen kapatılması, Saarland Eyaleti'ndeki (Saar diye de anılmakta) maden sanayisini de etkilemektedir. Eyalet başkenti Saarbrücken'de işsizlik oranı daha şimdiden yüzde 12,2'dir.

Ruhr'da ve Saar'da iki sanayi dalında kriz

Taşkömürü sanayisi dalındaki durumun kızışmasına paralel olarak çelik krizinin daha da şiddetlenmesi doğrultusunda alarm haberleri verildi. Ruhr bölgesinde bulunan Krupp ve Saar Bölgesi'nde bulunan Arbed çelik tekelleri toplam olarak 10 bin işçinin çıkışını vereceklerini açıklarken, aynı zamanda Arbed çelik tekelinin ve kömür tekeli Ruhrkohle AG'nin şef katlarından ve Bonn Ekonomi Bakanlığı'ndan yeni kömür ocaklarının kapatılacağı haberi verilmektedir. Böylece Saarland Eyaleti ve Ruhr Bölgesi kömür ve çelik sanayi olmak üzere çifte krizin içinde bulunmaktadır!

Kömür sanayi patronları, gelecek yıl kömür çıkartımını, ihtiyacın azalmasına bağlı olarak yüzde 10 düşüreceklerini

söylemekte. Kömüre duyulan ihtiyacın giderek düştüğü gerçek olan bir şeydir. Ekonomideki genel krizin, özellikle de çelik sanayisindeki krizin giderek şiddetlenmesi kömür satımını da etkilemektedir. Bugün kömürle çalıştırılan bir çok işletmenin kapatılması, kömür enerjisine



daha az ihtiyaç duyulduğu demektir. Yüksek fırınların kapatılması, kok kömürüne ihtiyaç duyulmadığı anlamına gelir.

Bu durumu daha berrak bir tarzda kapatılmak istenen Erin Kömür Ocağı'nda görmekteyiz. Eschweiler Bergwerk-Verein'e (Maden Sanayi Birliği) ait olan Erin Kömür Ocağı'nda en değerli kok kömürü çıkartılmaktadır. Maden Sanayi Birliği ise Saarland Eyaleti'nde 5000 işçinin çıkışını vermek isteyen Lüksemburg çelik tekeli Arbed'in bir yan kuruluşudur.

Şurası bilinen bir gerçektir ki, ekonomik kriz ve bunun derinleşmesi tabiatın bir felaketi

değil, aksine kapitalistlerin kâr-hırslarının bir ürünüdür. Krize ve bunun derinleşmesine yol açan kapitalist kâr hırsı, aynı zamanda krizin yüklerinin çalışan insanların sırtına yıkılmasında izlenen politikanın ve alınan önlemlerin de ardında yatmaktadır.

Banka ve tekel kodamanları yüksek kârlar elde edemedikleri alanlardan yatırımların geri çekerek, işletmeleri kapatmakta ve binlerce sokağa atmakta, yaşam koşullarımızı zorlaştırmaktalar. İşyerlerimiz bizim için, hem kendi hem de ailemizin yaşamını sürdürebilmemizde tek geçim kaynağımızdır. Bunların elimizden alınması, bizim yaşam garantimizin elimizden alınması demektir.

Patronlar, devletten sözümlere işyerlerimizi garanti altına milyonlarca ve milyarlarca Mark ikramiye ve yardım almaktalar. Bir yandan patronlar işyerlerimizi yok ederlerken, diğer yandan ise onların hükümeti sosyal haklarımızı kısıt-

layarak yaşamımızı daha da çekilmez hale getirmektedir.

Ruhrkohle AG gelecek yıl taş kömürü çıkartımını en az beş milyon ton azaltarak, en fazlasından 59 milyon tona düşürmek istiyor. Kuşku yok ki 1981 yılında 10,8 milyon ton kömür çıkaran Saarberg AG'de kömür çıkartımını düşürecek. Eschweiler Bergwerks-Verein'in kapatma planlarının gösterdiği gibi, küçük kömür işletmeleri de gerekli önlemleri alacaklardır. Daha bugünden bile taş kömürü çıkartımını 1983 yılında toplam olarak 10 milyon tona düşürme görüşleri ileri sürülmektedir!

Devamı gelecek sayıda!

KPD'nin Recklinghausen Gazetesi

"Zorunlu izine hayır!"

KPD'nin maden ocağı şehri Recklinghausen'de çıkardığı "Vor Ort" adlı gazetesinin yeni sayısı "Kömür ocaklarının kapatılmasına karşı mücadele" başlığını taşımaktadır. Gazetede yer alan bir makalede, Ruhrkohle AG (RAG) patronlarının tüm kömür ocaklarında, kömür çıkartımını 5 gün boyunca tamamen durdurmak için işçilerin hepsini 1983 yazında toptan izin yapmaya zorlaması ele alınıyor. Bu makale "Zorunlu izine hayır!" başlığını taşımaktadır.

"RAG tarafından 5 gün zorunlu izin kesin olarak planlanmıştır. Adolf Schmidt (IGBE sendikası Başkanı, KŞ) maden ocağını gezdiğinde, işçi arkadaşların bunu yapmakla "serbestçe" katkıda bulundukları iddiasını küstahça ileri sürdü. Nitekim RAG parabolalarına kömür çıkartımının azaltılmasında kârlı bir uygulamaya gidilmesini sağlamak önerisi IGBE Yönetimi'nden geldi! Zorunlu izinde serbestlikten söz edilemez.

KPD işçi arkadaşlarla birlikte şu talepleri ileri sürüyor:

- ★ Zorunlu izine hayır;
- ★ Ek vardiya kaldırılmalı;
- ★ Güvenlikte, tozla mücadelede ve havayı temizlemede çalışan işçiler harekete geçirilerek



kömür çıkarma vardiya azaltılmalı!!!

Herkes biliyor ki, 5 vardiyanın 20 milyon fazla üretime karşı hiç bir etkisi yoktur. Bunların sadece bir başlangıç olduğu söyleniyor. Yeni ücret kısıtlamaları ve yeni önlemler şimdiden hazır:

★ Kısa çalışma ve 1983 ilk baharında kömür ocaklarını kapatma!!!

Barz'ın ileri sürdüğüne göre, zorunlu izine evet demek bile, daha sert önlemlerin alınmasını önlemiyor.

Kapitalistlerin her türlü saldırısına karşı ancak ve ancak tüm arkadaşların birleşmesinin bir faydası olabilir!!!

★ Zorunlu izin yerine kısa çalışma tam olarak ödenmeli!!!

İşsiz sayısında yeniden artış kaydedildi

İşsizler ordusunun sayısı her geçen gün yeni boyutlar kazanıyor. Federal Almanya'da işsiz sayısında ekim ayı içinde yeniden bir artış kaydedildi. Ekim ayı içinde yüz bin daha artış kaydeden işsizlerin sayısı şimdi resmi olarak 1,9 milyonu aştı.

Federal Çalışma Dairesi Başkanı Josef Stingl, işsiz sayısının son bir yıl içinde 554 bin 103 artarak 1 milyon 920 bine ulaştığını belirtti.

İşsizlikten ilk sırada etkilenen yabancı, özellikle de Türkiyeli işsizlerin sayıları da çığ gibi büyümektedir. Stingl'in yaptığı açıklamaya göre şu an yabancılar arasındaki işsiz sayısı 257 bin 500'dür. Yabancılar

arasında ise Türkiyeli işsizler 97 bin 100 ile resmi açıklamalara göre ilk sırayı almaktalar.

Resmi makamlar tarafından açıklanan bu istatistiğe kara listede yer alan işsizler dahil değildir. Örneğin bugün hiç bir işi ve çiraklık yeri olmayan yerli ve yabancı gençler bu istatistikte işsiz olarak geçmemektedir.

Ard arda rasyonelleştirmeye gidilmesinden ve işyerlerinin kapatılmasından ötürü önümüzdeki dönemde işsizlerin sayısının daha da kabarcacağı su götürmez bir gerçektir.

(„Arbeitslosenzahlen nehmen zu")



Heckel işçileri ile dayanışma!

KŞ, tüm okuyucularını, Georg Heckel GmbH işçileri ile dayanışmaya katkıda bulunmaya çağırıyor. Örneğin bu konuda sendika temsilcileri kurulu, işçi temsilciliğini ya da personel toplantısını bir dayanışma mesajı hazırlamaya ve Heckel işçilerine göndermeye teşvik etmek önemli bir adımdır. Tabi ki işyerini işgal altında bulunduran işçilerin, mücadelelerini başarı elde edinceye kadar sürdürülebilmeleri için bağışlara da ihtiyaçları var. İşçi arkadaşlar özellikle de kültür gruplarının işyerinin önünde gösteri yapmasını istiyorlar. Kültür gösterisi yapmak isteyen gruplar önceden Heckel işletmesi sendika temsilciler kurulu yönetimine baş vursunlar.

Dayanışma mesajlarını vs. şu adrese gönderin:
Vertrauenskörperleitung der Georg Heckel GmbH
Altenkesselstr. 17
6600 Saarbrücken-Burbach

KPD'nin dayanışma mesajı

KPD Saarland Örgütü, tel halat üretiminin yapıldığı Saarbrücken Heckel işletmesini işgal eden işçilere 13 Kasım'da 200 DM bağış ve bir dayanışma mesajını ilettili. Bu dayanışma mesajını aynen yayınlıyoruz.

"Sevgili kadın ve erkek işçi arkadaşlar! KPD, mücadelenizle tam bir dayanışma içindedir. İşyerlerinizin yok edilmesi planına karşı işyerinin işgali verilmesi gereken en doğru cevaptır. İşgal, aynı

zamanda işyerlerinin korunması anlaşmasına bağlı kalınmasını sağlamak için de doğru araçtır.

Ayrıca mücadelenizin önemi Heckel'in sınırlarını da aşmaktadır. Çünkü Federal Hükümet ve Eyalet Hükümeti son yıllarda yaklaşık olarak 2,2 milyar Mark yardım vermesine rağmen, tüm ARBED tekelinde işyerleri yok edilmektedir.

Direnişiniz bir çok kişiye bu insancıl olmayan planların bozguna uğratılabileceği üzerine umut vermektedir.

Arkadaşlar, her işyeri uğruna mücadele sürdürülmelidir."

BMW sendika temsilcilerinin kararı "Ücretlerden vaz geçmek mi? Asla, bizimle değil!"

9 Kasım 1982 tarihinde Berlin-Spandau BMW motosiklet işletmesinde IG Metall sendika temsilcileri, 1982/83 toplu sözleşme yılına ilişkin olarak bir karar aldılar. Bu kararı aşağıda aynen yayınlıyoruz.

"1981 ve 1982 toplu sözleşme turları gerçek ücretlerimizi garanti altına almadı.

İşverenlerin iddialarının aksine ücret kayıplarımız

★ fiyatların sabit kalmasını sağlamadı,

★ hiç bir işyerini garantilemedi,

★ işyerlerinin açılması için yatırımların yükseltilmesine yol açmadı.

Ve işverenler yatırım yaptıkları da, bunu işyerlerimizi koruma amacıyla değil, tam tersine işyerlerini yok etmek için yaptılar.

Yeni hükümet bir adım ileriye gitti Çalışma Bakanı Blum, işverenlerin çıkarları doğrultusunda, fiyatların sabit tutulması için hiç bir garanti vermeden, ücretlerin altı aylığına tamamen dondurulmasını talep ediyor. Bu ücret politikasına tüm gücümüzle karşı durmalıyız.

IG Metall Yönetim Kurulu'nun, bu toplu sözleşme turlarında gerçek ücretlerin garanti altına alınmasına tamamen öncelik tanıması kararını selam-

lıyoruz. Hepimiz aynı şekilde ücret ve maaşlarımızla ne kadar az şey satın alabildiğimizi hissediyoruz.

Bu nedenle şunu talep ediyoruz:

Şubat 1983'ten itibaren 12 aylık geçerlilik süresi kaydıyla işçiler ve memurlar için 200 DM, çıraklar için ise 60 DM ücret zammı.

Son yıllarda yaşadığımız gibi, gerçek ücretlerin garanti altına alınması hedefine yalnızca uyarı grevleri ve yeni hareketlilik politikası ile ulaşamadı. Bu gün de aynı politikayla ulaşamayacağı ortadadır.

Eğer bu amacı gerçekleştirmek istiyorsak, o zaman IG Metall, tüm sendika örgütünün tam gücünü seferber etmelidir. Zor olan toplu sözleşme turunun başarıyla sonuçlanması için her üye de kendi payına düşeni yerine getirmelidir. O halde, haydi işbaşına!

Ücretlerden vaz geçmek mi? Asla, bizimle değil!"

Gerçek ücretlerimizin garanti-lemesi için ileri!

Georg Heckel GmbH'dan bir işçi temsilcisi ile röportaj

"Gerekirse mücadeleyi Noel tatiline kadar sürdüreceğiz!"

SAARBRÜCKEN. — ARBED çelik tekeline ait olan Saarbrücken tel halat fabrikası Georg Heckel GmbH'yı işçiler üretimi sürdürme temelinde iki haftaya yakın bir süredir işgal altında bulundurmaktalar. İşçiler, işletmeyi ne gündüzün ne de gece terk ediyorlar. Onlar mücadeleleri ile işletmenin kapatılmasını önlemek ve işyerlerini korumak istiyorlar. Geçen hafta cumartesi günü bir "Kızıl Şafak" muhabiri, işyeri işgalini sürdüren işçileri ziyaret ederek, işçi temsilcisi ile aşağıdaki röportajı yaptı.

KŞ: İşgal nasıl gelişti?

İşçi temsilcisi: 4 Temmuz'da basından ve radyodan işletmenin kapatılacağını öğrendik. Halbuki üç ay öncede bize işyerinin korunacağına dair söz verilmişti. Sonra 4 Temmuz'da dört arkadaş açlık grevine başladı. Arbed'e ve hükümete bir konuşma için zaman tanımak amacıyla bu açlık grevine dört gün sonra ara verildi. Ancak hiç bir çözüme varılamayınca, bu kez de açlık grevi 15 arkadaşla birlikte sürdürüldü.

Daha sonra 16 Temmuz'da yapılan denetleme kurulu toplantısında, işletmeyi kurtarmak için açlık grevine katılanların hepsiyle birlikte 31 Ekim'e kadar bir taslağın hazırlanması kararlaştırıldı. Ne vakti 4 Kasım'da ise haberlerde, işletmenin kapatılacağı duyuruldu. Bunun üzerine IG Metall sendika temsilciler kurulu, 20 işçi arkadaşla birlikte işyerini işgal etmeyi kararlaştırdı. Ve bunu takip eden pazartesi günü işyeri işgaline toplam 220 işçi arkadaştan oluşan personelin tümü katıldı.

KŞ: Şu an geleceğe yönelik olarak neyi planlıyorsunuz?

İşçi temsilcisi: Gelecekte kamuoyuna yönelik faaliyetleri, şehirde enferyasyon tezgahları kurarak daha da yoğun bir şekilde sürdürmek istiyoruz. Ayrıca baskı yapmak amacıyla tüm partilerinin parlamento fraksiyonları ile konuşulacak.

KŞ: Halkın tepkisi nasıldı?

İşçi temsilcisi: Şu ana kadar dıştan çok büyük destek gördük. Bir çok dayanışma bağışları ve mesajları aldık. Ayrıca bize pasta vb. yiyecek maddesi getirildi. Her gün ziyaretçi geliyor. Bu ziyaretler çoğu kez sabah saat 5'ten başlayarak gece saat 1'e kadar sürüyor.

KŞ: Mücadeleniz daha ne kadar sürecek?

İşçi temsilcisi: Mücadele gerekirse Noel tatiline kadar sürecek. Şayet gelecek denetleme kurulu oturumundan sonrada kapatılma kararına bağlı kalırsa, işçiler yeni önlemler üzerine düşünecekler.

KŞ: Bilgileriniz için çok teşekkür ederiz. Mücadelenizde büyük başarılar dileriz.

KISA... KISA... KISA...

Milyarlık dolandırıcılık

DGB'nin Ekonomik ve Sosyal Bilim Enstitüsü (WSI)'nin yaptığı bir araştırmaya göre Federal Almanya ve Batı Berlin'de 1981 yılında ödenmemiş vergilerin miktarının 35 milyar Mark'a ulaştığı belirtilmektedir. Enstitü aynı zamanda Maliye Dairesi'nin "yetersiz enferyasyon politikasını" da eleştirdi. Sadece bir yıl içinde toplanmamış vergiler konusunda bu denli korkunç bir miktara ulaşabiliyorsa, o zaman son yıllarda ödenmemiş ya da kaçırılmış veya "resmi"

yoldan zimmetine geçirilmiş vergilerin miktarı acaba kaç milyar buluyor? Ayrıca vergileri ücretlerinden doğrudan kesilen işçiler ve memurlar ödemeleri gerekenden daha fazla ödüyorlar. Nedeni açık: Bir çok işçi ve emekçi yıllık vergi denkleştirilmesinde bürokratik kuralları bilmiyorlar. Hele hele yabancı işçilerin durumu ise daha da kötü. Onlar ise lisan zorluğundan dolayı her yıl binlerce Mark fazla ödedikleri vergiyi geri alamamaktalar.

13 bin işçi işten atıldı

Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen ve Kuzey Batı Aşağı Saksonya bölgelerinde son haftalar içinde 13 bin işçi ve memurun çıkışının verildiğini ya da

çıkış listesinde bulunduklarını IG Metall Hamburg Yönetimi yaptığı bir araştırmada belirtmektedir.

Çelik sanayisinde 100 bin işyeri yok edildi

1974'deki krizden bu yana Federal Alman çelik sanayisinde 100 bin işyeri yok edildi. Yalnızca bu yılın ilk on ayı içinde çelik patronları rasyonelleştirme sonucunda 10 bin işyerini yok ettiler. Şu an yuvarlak olarak 100 bin

çelik işçisi kısa çalışmak zorunda. Bu rakamda çelik sanayisinde çalışan işçilerin hemen hemen yarısı kadardır. Şu an çelik sanayisinde mevcut 259 bin işyerinden 30 bini her an yok edilme tehlikesi ile karşı karşıya.

İflaslar artıyor

Eylül ayında Federal Almanya'da en büyük iflas rekoru kırıldı. Wiesbaden Federal İstatistik Dairesi'nin yaptığı bir açıklamaya göre eylül ayında iflas

eden ve tasfiye isteminde bulunan firmaların sayısının 1391 olduğu belirtilmektedir. Bu yılın ilk 9 ayı içinde 11406 işyerinin iflas ettiği kaydedildi.

Grev

Köln-Ehrenfeld'de bulunan makina fabrikası H. Strunk GmbH Yönetimi işletmeyi batacağını açıklayınca geçen

hafta başında işçiler bu kararı protesto etmek amacıyla greve gittiler.

Köln-Bonn Demir Yolu işletmelerinde greve gidildi

Köln-Bonn Demir Yolu (KBE) İşletmesi, 80 işçi arkadaşın çıkışının verilmesini öngören bir "tasarruf paket"i hazırladı. Tasarruf paketinin açıklanmasından sonra geçen hafta cuma günü demir yolu işçileri kararlı bir şekilde greve gidince işletme yönetimi çıkışları geri almak zorunda kaldı.

Köln-Bonn Demir Yolu İşletmesi yönetimi gerici tasarruf önlemleri olarak 80 işçi arkadaşın çıkışını vermek istedi. Bunun üzerine geçen hafta perşembe günü bir işyeri toplantısı yapıldı. Akşam geç saatlere kadar süren ve KBE yönetiminin tasarruf planı üzerinde durulduğu bu işyeri toplantısında hazır bulunan toplam 800 KBE işçisinden 600'ü greve gitme kararı aldılar. Ve 12 Kasım cuma sabahı tüm 800 işçi toptan saat 4.20'de greve gittiler. Köln-Bonn Demir Yolu hattında işleyen tüm tren seferleri ve 11 hatta yapılan otobüs seferleri durduruldu.

Yerel basının açıklamasına göre greve gidildiği gün 20 bin yolcunun tren ve otobüs beklediği belirtilmektedir. Haberde ayrıca bir çok yolcunun grev-

cilerin eylemini haklı buldukları da yazmaktadır.

Grev sabah saat 9'a kadar sürdü. Ve Köln-Bonn Demir Yolu İşletme Yönetimi çıkışların geri alınacağı teminatı verince sona erdirildi.

KBE Yönetimi bu tavizi vermek zorunda kalmadan önce, Köln-Bonn Ulaşım İşletmeleri (KBV) ile işbirliği yaparak grevi kırmaya ve çıkış planlarını gerçekleştirmeye çalıştılar. KBV yapılmamış otobüs seferlerini kendi otobüslerini harekete geçirerek yapmaya çalıştı. Ancak KBV işçileri KBE işçileri ile dayanışmaya girince patronların bu planı gerçekleşmedi. Ve KBV şefi, "işin burada da bırakılmasının zor bela önlendiğini" açıklamak zorunda kaldı.

Neue Heimat sosyal hakları kısıtlıyor

Her kapitalist işletmede olduğu gibi, DGB sendikasına ait yapı tekeli Neue Heimat (NH) Yönetim Kurulu da personel masraflarını azaltarak kârlarını garantilemek istiyor.

Neue Heimat Yönetim Kurulu Başkanı Hoffmann, işletmede çalışan 5000 işçinin ve memurun işletme yaşlılık yardımını kısıtlamak istiyor. O, şimdiye değin geçerli olan işyeri sözleşmesini iptal ederek, işçi temsilciliği ile işletme yaşlılık yardımının düşürülmesi için yeni görüşmelerin sürdürülmesini öngörüyor.

Ancak NH'nin saldırıları sadece bununla da sınırlı değil. NH Yönetim Kurulu personelin izin paralarını da çok tesirli bir şekilde kısıtlamak istiyor. Ve ayrıca personel sayısını da azaltmayı planlamaktadır. Bunun için ise erken emekliye ayrılmayı öneriyor.

NH Yönetim Kurulu işletme zararının faturasını işçi ve memurlara ödetmek istiyor. Bu zararın karşılanması için daha önce de DGB'ye üye sendikalar 100'lerce milyon Mark yatırım yaptılar. Ve sendikaların verdikleri bu paralar üyelerin aidatlarıydı. Kuşkusuz ki bunlar bu gün grev kasalarında eksik olacak.

Her geçen gün, DGB'nin kapitalist rolü ile sendika olarak

görevlerinin, hedeflerinin ve temel ilkelerinin bağdaşmadığını gösteriyor. Bu sadece NH'nin sendikalar için büyük bir maddi yük oluşturduğundan dolayı değil, bundan daha ziyade ahlaki ve siyasi yönden sendikalar için bir engeldir.

Ve bu gün NH işçileri ve emekçileri yönetimin alçakca saldırılarına karşı direnişe geçecek olurlarsa bu yerinde ve haklı olan bir şeydir. Şüphesiz ki burada üzücü olan yön karşı gücün DGB olmasıdır. Bu tür anlaşmazlıklar sendikalarımızın itibarını sarsmaktadır.

Ancak bunun biricik sorumluluğu, sendika ağalarında ve NH patronlarında yatmaktadır. Çünkü onlar kapitalist politikaları uğruna sendikalarımızı kullanmaktadırlar!

Ayrıca şu ana değin NH ve DGB'nin diğer işletmelerinin Yönetim Kurulu'nda yer alanların maaşlarında bir kısıtlama yapıldığını hiç duymadık. Ve DGB tekelinin yardımı ile refahlarını daha artıran Loderer, Pfeiffer vb. gibi sendika ağalarının kasaya çağrıldıklarını ise hiç işitmedik.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halkları birleşin!
„KIZIL ŞAFAK“ısayısından itibaren ısmarlamak istiyorum
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih:İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.

Okuyucularımıza

Dost Okurlar!

Gazetemiz "Kızıl Şafak"ın Türkçe Bölümü'nü bundan sonra düzenli olarak her hafta üç, her 14 günde bir ise 4 sayfa çıkara-
cağız.

Gerçi şimdiye değin bir kaç sayıyı 4 sayfa çıkardık. Ancak ekim ayının sonuna doğru ve kasım ayının başında çıkardığımız sayılar hariç, önceki sayılar düzensiz aralıklarla dört sayfa olarak yayınlandı. Fakat şimdi bunu düzenli kılmak istiyoruz.

Daha önce de "Kızıl Şafak"ın Türkçe Bölümü'nü 4 sayfa çıkarmaktan yanaydık. Ancak Türkçe Yazı Kurulu'ndaki imkânlarımızın darlığı ve Türkiyeli okuyuculardan okuyucu mektupları ve haber sınırlı olarak almamız buna elvermiyordu. Gerçi şimdi de Yazı Kurulu'ndaki imkânlarımızın yeterli olduğu söylenemez. Ancak siz okuyucuların da yardım ve desteği ile bu görevin üstesinden gelebileceğimiz kanısındayız.

"Kızıl Şafak"ın Türkçe Bölümü'nü şu an haftalık olarak çıkardığımız üç sayfanın yanı sıra düzenli periyodla her on dört günde bir 4 sayfa çıkarmamızda, siz okuyucuların çoğunluğunun Almanca'yı bilmemeniz ya da Almanca bilginizin sınırlı olması ve böylece gazetemizin Almanca bölümünde çıkan yazıların en azından bir kısmını takip etmede zorluk çekmeniz rol oynadı. Çünkü sizlerin dil zorluğundan dolayı gazetemizi bir bütün olarak okuyamamanız, Türkçe bölümünde çıkmayan bir dizi önemli yazıyı, takip edememeniz anlamına geliyordu. Şimdi bunu azda olsa, biraz hafifletmek istiyoruz. Ancak bu görevin üstesinden şimdiye değin her hafta çıkardığımız üç sayfa ile gelmek oldukça zordur. Bunun için haftalık üç ve her on dört günde bir ise 4 sayfa çıkarmaya karar verdik.

İsterdik ki, "Kızıl Şafak"ın Türkçe bölümünü her hafta 4 sayfa çıkaralım. Ama bugün olanaklarımızın sınırlı olması buna el vermiyor. Sanırsız bu görevi ilerde yerine getirebiliriz.

Gazetemizin bundan sonra düzenli olarak haftalık üç ve her on dört günde bir 4 sayfa çıkması, tüm okuyucuları ve dağıtıcıları onu en geniş Türkiyeli işçi ve emekçi yığınlarına ulaştırma-ya; işyerlerinde, sendikalarda, okulda, semte gelişen her olayı, örneğin grevi, işyeri işgallerini, yürüyüşü, toplantıyı vs. zamanında Yazı Kurulu'na bildirmeye; haber, eleştiri, öneri göndermeye teşvik etmelidir.

Bu görevi yerine getirdiğimiz oranca, bugün Federal Almanya'da ve Batı Berlin'de siyasi örgüt ve partiler arasında yerli ve yabancı işçilerin birliğini sağlamak için, yabancılardan çoğunluğunu oluşturan Türkiyelilere düzenli olarak seslenen tek partinin, partimiz KPD'nin yayın organı olan "Kızıl Şafak"ın güncelliğini korumasını ve her gelişmeye zamanında tavır almasını sağlamış oluruz.

Fakat şunu da belirtmekte yara vardır. Gazetemizin Türkçe çıkan sayfa sayısının artması, siz okuyucuların Almanca'yı öğrenmeye, gazetemizin Almanca bölümünü takip etmeye olanaklarınız dahilinde çaba harcamanızın önünde asla bir engel oluşturmamalıdır. Unutmamalıyız ki, gazetemizin Türkçe çıkan sayfa sayısının artması Federal Almanya'da ve dünyada gelişen her olay üzerine partimiz KPD'nin görüşlerini öğrenmek için yeterli değil. Çünkü tüm olayları üç ya da dört sayfaya sığdırmanın imkânı yok. Hele hele bundan daha da önemlisi, yerli ve yabancılardan oluşan Batı Alman ve Batı Berlin işçi sınıfının gerçek birliğini sağlamanın, buradaki sınıf mücadelesini, siyasi olayları yakından izlemenin ve bunlara yönelik tavırlar belirlemenin yolu, yaşadığımız ülkenin lisanını bilmemizden geçer. O halde burada yaşayan ve Almanya'daki sınıf mücadelesinde yer almak isteyen herkese olanakları dahilinde bu ülkenin lisanını öğrenmelerini salık veririz.

Yazı Kurulu

Yoğun baskı önlemlerine rağmen

Polonya işçileri korsan gösteri yaptılar

Kapatılmış olan Dayanışma Sendikası, kuruluşunun ikinci yıldönümünden dolayı geçen hafta çarşamba günü için ülke çapında greve gitme çağrısında bulundu. Aynı günü akşam Polonya resmi basını bu çağrının eksik bir karar olduğu propagandasını yoğunlaştırdı. Hükümet sözcüsü Urban ise işçilerin "korkudan dolayı kışkırtılmalarına" izin vermedikleri açıklamasını yapacak kadar ileri gitti.

Kuşkusuz ki, bu gün korku büyük bir rol oynuyordu. Ve bu korku "Dayanışma Sendikası"ndan değil, generallerin terör estirme kampanyasından geliyordu.

Şurası açıkça bilinen bir gerçektir ki, geçmişte ve bugün Polonya işçi hareketinin kaleleri olarak bilinen en önemli işletmeler haftalardan beri ordunun yönetimi altında bulunmaktadırlar. Ursus işletmelerinde, Lenin

Ayrıca askeri cunta başa geldiğinden beri işçi sınıfının düzenlediği her eylemi mümkün olduğunca küçük göstermeye, bir kaç "bazi bozuk" kişinin eylemi olarak lansetmeye çalıştı. Ve bu propagandaya Polonya cuntası geçen hafta da baş vurmaktan kaçınmadı.

Örneğin Varşova'daki resmi makamlar tüm ülke çapında yalnızca 2000 işçinin grev eylemleri örgütlemeye giriştikleri



Her eylemde olduğu gibi bu kez de işçilere karşı askerler seferber edildi.

tersanesinde ve Nova Huta gibi önemli işletmelerde gelişmeleri subayların belirlenmesinin yanı sıra, aynı şekilde fabrika kapılarının önüne de birlikler yerleştirilmiştir.

Askeri diktatörlük, eylem gününden önce, büyük bir grev dalgasını önlemek için gerekirse bir katliama bile girişebileceklerini açıkça ilan etti. Nitekim o siyasetini korku yaratma, terör estirme ve yığınları kaptırma temelinde belirleyen tek güçtü.

sahte propagandasını yaparken, aynı dönemde Breslau radyosu, yalnızca bu şehirde 5000 insanın harekete geçtiği haberini verdi. Eğer Polonya sosyalist cuntası 800 kişinin tutuklandığından bahsediyorsa, buna rağmen eylemlerin kapsamını alabilirdiğince küçük olduğu söylenebilir mi?

Doğru olan şu ki, bugüne değin askeri bir diktatörlüğün kurulduğu hiç bir ülkede işçilerin direnişi Polonya'da olduğu

Sosyal hakların kısıtlanmasına ve işsizliğe karşı

Batı Avrupa işçi sınıfı direnişe geçti

Federal Almanya'da olduğu gibi diğer Batı Avrupa ülkelerinde de burjuva hükümetlerinin bunalımın faturasını işçi sınıfı ve emekçi halka ödetme rotalarına karşı sendikalar protesto eylemleri düzenlediler. Örneğin kasım ayı başında yapılan bir yürüyüşle Danimarka hükümetinin tasarruf programı protesto edildi. Kopenhag'ta düzenlenen bu yürüyüş 80 bin işçi ve emekçi katıldı.

Danimarka Muhafazakâr partisinin oluşan yeni hükümet, işçi ve emekçilerin kazanılmış sosyal haklarını kısıtlamak için bir program hazırladı. Bu programda şimdiye değin hayat pahalılığı ile denkleştirilen yıllık ücret artışı, bundan sonra bir kaç yıllığına rafa kaldırılmış olmaktadır; ayrıca gelecek yılın ilkbahar aylarına kadar ücretlerin tamamen dondurulması öngörülmektedir.

Muhafazakâr hükümet işsizlik parasını, sosyal hakları vs. kısıtladı ve hastalık parasını ise hastalığın ilk üç gününde hiç bir ödeme yapılmamasının ardından vermek istiyor. Ancak Danimarka emperyalist burjuvazisinin ve onun hükümetinin işçi sınıfına saldırıları sadece ekonomik alanda da sınırlı değil, aynı zamanda o siyasi

alandan da saldırılarını yoğunlaştırmaktadır. İşverenler Birliği, sosyal hakların kısıtlanmasına karşı protesto grevleri düzenledikleri için 14 yerel sendika örgütünü mahkemeye verdi. Kapitalistlerin bu pervasızca saldırılarına karşı Kopenhag'ta İşverenler Birliği binasının önünde düzenlenen bir eyleme binlerce işçi katılarak protestosunu dile getirdi.

Öte yandan toptan çıkış planlarının geri alınmasını sağlamak amacıyla Belçika'nın Hainaut ve Brabant şehirlerinde ulaşım işçileri bir kaç günlüğüne greve gittiler.

Ayrıca Norveç Hükümeti'nin tasarruf politikasını protesto etmek amacıyla sendikalar evvelki hafta bir saat süren uyarı grevi düzenlediler.

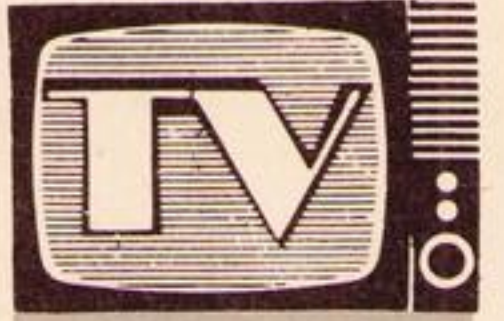
kadar güçlü değildi ve bu kadar uzun sürmemiştir.

Ve doğru olan diğer bir nokta da şu ki, generallerin ve revizyonist "Birleşik İşçi Partisi"nin tüm sahte propaganda-larının aksine onların işçi sınıfının süren direnişini kırmak için yoğun terör estirmeleri, aldıkları sert önlemlere damgasını vurmaktadır.

Diğer yandan Batı'da ise işçilerin can düşmanı olan gericiler, Polonya işçi sınıfının eylemlerini destekler gibi görünmekte. Ve "işçilerin teslim" olacakları üzerine kuşkulandırmaktalar. Çünkü onlar Polonya işçilerinin mücadelesini kendi emperyalist çıkarları yönünde kanalizetmeye çalışıyorlar.

Jaruzelski cuntası, ister sıkıyönetim kamçısını sallasın, isterse de nefes almak için bazı adı tavizler vermeye çalışsın, buna rağmen işçilerin kapitalist hükümeti ile uzlaşmasını sağlamayacak. Çünkü işçileri mücadeleye seferber eden etkenler değişmediği, yeni sümürücü sınıf ile işçiler arasındaki çelişki yok olmadığı sürece onların düzenle barışmaları düşünülemez.

Polonya cuntası işçilerin sendika hareketini, Pinochet'in Şili'de uyguladığı ve Batı Alman kapitalistlerinin ise hayalleri olan tek tek "işyeri sendikaları" modeli ile de susturamayacaktır. Çünkü Dayanışma Sendikası'nın kurulmasına yol açan etkenler hâlâ mevcuttur. Nitekim bu olguyu cunta en koyu terörü estireceğini ilan etmesine rağmen işçilerin geçen hafta eylem düzenlemeleri doğrulamaktadır.



Bu hafta TV'de

21 Kasım, Pazar
Saat 20.15, ARD
Holocaust. Hitler Amanya-sı'nda Yahudi ailesinin başından geçenleri anlatan Amerikan film dizisinin sonuncu bölümü. Yahudi ailesinden sadece tek bir kişi Hitler faşist diktatörlüğünün yenilmesinden sonra hayatta kalamıyor. Filmin bitiminde, saat 22.00'de "Holocaust" üzerine iki saat süren bir tartışma yapılacaktır. Bu tartışmaya diğer kişilerin yanı sıra Heinrich Albertz, Stefan Heym ve Martin Walser gibi tanınmış kişiler katılacak.

24 Kasım, Çarşamba
Saat 22.15, ZDF
Kreuzberg'te iki şarklı. Kreuzberg'te yaşayan Türkiyeli ressam Hanefi Yeter ve İranlı ressam Akbar Behkalam üzerine bir film.

24 Kasım, Çarşamba
Saat 22.15, HR 3
Hata sonucunda çıkan atom savaşı mı? Peter Batty ve Nigel Calder BBC için çevrilen bu belgesel filmde, iki süper devletin silah potansiyelini inceliyorlar.

26 Kasım, Cuma
Saat 20.15, WDR 3
Eyaletle bakış. Nazi diktatörlüğü döneminde Ren ve Ruhr bölgesinde oturan işçilerin durumu.

Yürüyüşe çağrı

İngiliz Birlikleri Ren Ordusu Batı İrlanda'dan çekilmeli!
Almanya'dan çıkmalı

Bu talepler etrafında, dört ay içinde İngiliz işgali altında bulunan Kuzey İrlanda'daki birliklerle, Ren Ordusu'ndan askerlerin değiştirilmesinden dolayı Bochum ve Bremen İrlanda Komiteleri ve Frankfurt Anti-H-Blok Komitesi bir yürüyüşe çağrı yapıyorlar. Gazetemizin bu sayısında Almanca bölümde çıkan yürüyüş çağrısını partimiz KPD'de desteklemektir. Bunun için "Kızıl Şafak" okuyucuları olanakları dahilinde bu yürüyüşü desteklemeye çağırıyor.

Tarih: 27 Kasım, Saat 11'de
Yer: Mönchenwortplatz, Dortmund

Kuzey İrlanda toplantıları

İrlanda Cumhuriyetçi Sosyalist Partisi (IRSP) temsilcilerinin gezi turuna çıkmalarından dolayı çeşitli şehirlerde İngiliz emperyalizmine karşı İrlanda Özgürlük mücadelesi üzerine toplantılar yapılacaktır. Bu toplantılarda IRSP delegasyonu, İrlanda'daki duruma değinecek.

Stuttgart
23 Kasım, Salı, Saat 19.30'da
Eduard-Pfeiffer-Haus'ta, Heusteigstr. 45
Düzenleyenler: KPD, BWK, MLPD

Dortmund
27 Kasım, Cumartesi (yürüyüşten sonra) saat 20.00'de
Gaststätte "Opanos"ta, Adlerstr.
Düzenleyen: Bochum İrlanda Komitesi

Bochum
28 Kasım, Pazar, Saat 20.00'de
Gaststätte "Rotthaus", Langendreer'de
Düzenleyen: Bochum İrlanda Komitesi

Ayrıca 29 Kasım Pazartesi günü Wuppertal "Borsası"nda ve 30 Kasım Salı günü ise Duisburg "Eschhaus"ta birer toplantı yapılacaktır. Toplantıların başlangıç saatleri gazetemiz baskıya verildiğinde henüz bilinmiyordu.

Dünyada kalmamış yerin
Gasp ediliyor alın terin
Zulümüdür sermayenin
Senin adın göçmen işçi.

Göçmen İşçi

Almanya, Fransa, İsviçre
Maden ocakları birer hücre
Mekan olmuş işçilere
Sınıfınla birleş göçmen işçi.

Var gücünle çalışırsın,
Patrona hakkını kaptırırsın
Zulüm diye direnirsin
Atıldın işte göçmen işçi
Al silahını mevziye dayan
Sanma Cellatlar sana hayran
Kurbansız geçmiyor zaman
Gücünü birleştir göçmen işçi

Kızıkaya'yım verilecek işçilerin hakkı
Kaldırarak aradaki farkı
Birleştirerek ezilen halkı
Zulme karşı savaş göçmen işçi.

Stuttgart'tan
bir KŞ Okuyucusu

DÜZELTME

"Kızıl Şafak"ın geçen sayısında 2. sayfanın 4. sütunun 1., 3. ve 4. paragrafında bazı dizgi hataları ve eksiklikler olmuş. Doğrusu şöyle:

1. paragraf: "İdam kararları bekliyorduk. Bu kararlardan etkilenen bazıların

ise düzenlenen yoğun dayanışma eylemleri sonucunda sınır dışı edilmeleri önlenemedi."

3. paragraf: ilerici dernekler kurmaları

4. paragraf: (...) mak için mevcut gerici Yabancılar Kanunu'nu yeterli katılıhta görmüyorlar, çünkü... " düzeltir, özür dileriz.